



MAGAZIN
FÜR JUNGE
LEUTE

D 2835 E

6 Frankfurt/M 1
April 4/68
1,— DM

elan

Presse-Affäre

Kiesinger: Strafantrag gegen elan

Justiz-Aktion
gegen Vietnam-Plakat

Ostermarsch '68

Höhepunkt der
Jugendproteste

Die Fasia Story



Offener Brief an Bundeskanzler Kiesinger

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!
Sie haben gegen unseren Redakteur Hermann Sittner Strafantrag gestellt, weil er Ihnen auf einem Plakat vorgeworfen hat, Sie und die von Ihnen geführte Bundesregierung unterstützten politisch, moralisch und finanziell den Krieg der USA in Vietnam. Sie fühlen sich, so begründen Sie Ihren Strafantrag, beleidigt, offenbar weil Hermann Sittner dieses Verhalten als „Beihilfe zum Völkermord“ bezeichnet hat.

Es geht in dieser Auseinandersetzung nach unserer Meinung nicht um eine „Formalbeleidigung“, sondern um grundsätzliche politische Probleme, die jeden Bürger der Bundesrepublik angehen. Deshalb sehen wir uns veranlaßt, einige konkrete Fragen an Sie zu richten:

1. Wie beurteilen Sie, Herr Bundeskanzler, die Tatsache, daß die USA mit ihrem militärischen Einsatz in Vietnam — unter persönlicher Verantwortung ihres Präsidenten L. B. Johnson — gegen die Charta der Vereinten Nationen, gegen das Genfer Indochina-Abkommen von 1954 und gegen entscheidende Paragraphen des SEATO-Paktes verstoßen haben?

Wir beurteilen diese Tatsachen als eindeutige Verstöße gegen das Völkerrecht. Wir bezeichnen darüber hinaus den Einsatz der US-Truppen in Vietnam als Aggression.

2. Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß die US-Streitkräfte in Vietnam seit Jahren schon Napalm- und Kugelbomben gegen Dörfer in den von der FNL verwalteten Gebieten einsetzen; daß vom US-Oberkommando sogenannte „Feuer-frei-Zonen“ benannt werden, in denen auf alles geschossen wird, was sich bewegt; daß die US-Streitkräfte in Vietnam die von der Hitler-Wehrmacht praktizierte „Taktik der verbrannten Erde“ anwenden; daß mit Giftstoffen planmäßig die Vegetation, die Ernte der Bauern in Südvietnam vernichtet und damit die Ernährung der Menschen zumindest in den von der FNL verwalteten Gebiete in Frage gestellt wird; daß seit Jahren von der US-Armee in Vietnam Giftgas — dessen tödliche Wirkung durch eine Reihe von Einzelbeispielen nachgewiesen wurde — durch Flächenbombardements eingesetzt wird, was zur Folge hat, daß vor allem Frauen und Kinder, die Zivilbevölkerung betroffen wird?

Wir beurteilen diese Handlungen als Kriegsverbrechen und als Maßnahmen, die die Ausrottung ganzer Bevölkerungsgruppen zur Folge haben, also als Völkermord.

3. Ist es nicht eine Tatsache, daß die Bundesregierung seit Jahren Wirtschaftshilfe an das von den USA abhängige Saigoner Regime gibt?

Wir bezeichnen diese Hilfeleistung als direkte Unterstützung der Saigoner Diktatoren und damit als eindeutige moralische Unterstützung der US-Aggression in Vietnam.

4. Ist es nicht eine Tatsache, daß die Zahlungsbilanz der USA, und damit ihre Finanzkraft, durch die Ausgaben für den Krieg in Vietnam zerrüttet wurde, und daß die Bundesregierung „angesichts der schwierigen finanziellen Lage der USA“ (Ihr eigener Ausspruch auf dem CDU-Parteitag Westfalen/Lippe) hilft durch Devisenausgleichszahlungen und den Ankauf von US-Staatspapieren?

Wir bezeichnen diese Maßnahmen als finanzielle Unterstützung — weil weitere Ermöglichung — der US-Aggression in Vietnam.

5. Ist es nicht wahr, daß Sie, Herr Bundeskanzler, 1967 bei Ihrer Rückkehr aus den USA erklärt haben: „Wir denken nicht daran, die Politik der USA in Vietnam zu kritisieren. Wir würdigen die amerikanischen Anstrengungen für die Erhaltung der Freiheit und des Friedens in diesem Teil der Welt.“?

Wir bezeichnen solche und ähnliche Erklärungen von Ihnen selbst und von Mitgliedern Ihres Kabinetts als politische Unterstützung der US-Aggression in Vietnam. Auch das von Ihnen verwendete Argument, wegen der Vergangenheit der Deutschen habe die Bundesrepublik kein Recht, das amerikanische Vorgehen in Vietnam zu kritisieren, ist nicht stichhaltig: Wir sind der Auffassung, daß gerade diese bitteren Erfahrungen uns zur Kritik an jenen verpflichten, die die Verbrechen Nazi-Deutschlands heute in Vietnam wiederholen.

Die oft zitierten demokratischen und friedlichen Absichten der Bundesrepublik würden dann glaubwürdig sein, wenn die Bundesregierung sich von der US-Aggression in Vietnam distanzieren würde, wenn sie die unverzügliche Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam und die Einstellung aller Kampfhandlungen der US-Truppen in Südvietnam, sowie die unbedingte Respektierung der Genfer Indochina-Abkommen durch die USA fordern würde.

Herr, Bundeskanzler, wir meinen, daß die Haltung der Bundesregierung zum Krieg in Vietnam von höchster Bedeutung für uns alle ist. Wir erwarten daher von Ihnen, daß Sie auf die hier gestellten Fragen konkrete Antworten geben.
Hochachtungsvoll

elan, magazin für junge Leute

HERAUSGEBER:
Pfarrer Willi Heintzeler
Bernhard Jendrejewski
Pfarrer Horst Stuckmann
Werner Weismantel

VERLEGER:
Karl Heinz Schröder

CHEFREDAKTEUR:
Karl Hubert Reichel

HERAUSGEBER
Bernhard Jendrejewski,
Pastor Horst Stuckmann,
Werner Weismantel,
Pfarrer W. Heintzeler

VERLEGER
Karl Heinz Schröder
Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR
Karl Hubert Reichel

VERANTWORTL. REDAKTEUR
H. J. Hennecke, Dortmund

LAYOUT
Dmitrij Werschbizkij

REDAKTION
46 Dortmund, Kuckelke 20
Tel. 57 20 10

VERLAG
Weltkreisverlags-G. m. b. H.
6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65

FRANKFURTER BÜRO
6 Frankfurt/M.,
Robert-Mayer-Straße 50
Tel. 77 38 03

PREIS INLAND
Einzelpreis DM 1,—
einschl. Mehrwertsteuer
Jahresabonnement DM 10,—
zuzügl. Zustellgebühr

KONTEN
Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt
Kto.-Nr. 290 221
Postscheckkto. Frankfurt/M.
Kto.-Nr. 2032 90

PREISE AUSLAND

BELGIEN 15 Bfrs. / BULGARIEN 50 stc.
/ CSSR 2 Kr. / DANEMARK 2,30 dkr. /
GROSSBRITANNIEN 3 sh. / IRLAND 3
sh. / FINNLAND 1,20 fmk. / FRANK-
REICH 1,50 ffrs. / ITALIEN 200 Lire /
LUXEMBURG 15 ffrs. / NORWEGEN 2,75
nkr. / NIEDERLANDE 1,10 hfl. / ÖSTER-
REICH 10 Schilling / POLEN 1 Zloty /
SCHWEDEN 2,25 skr. / SCHWEIZ 1,20
sfr. / UdSSR 0,30 Rubel / USA u. a.
40 ct.

DRUCK: HOSCH GMBH., FRANKFURT

ARNO PC 00 ©:

ES GIBT VIELE MÖGLICHKEITEN*

*...OSTERN ÜBER DIE RUNDEN ZU BRINGEN...



Protest ist nicht zwecklos



Von Jochen Richert

Proteste und Demonstrationen wurden lange Zeit kaum beachtet. Sie verliefen ruhig, in einer mit den Behörden vereinbarten Ordnung. Demonstrationen sind erlaubt — nur der Rasen darf nicht betreten werden! Heute wird der „Rasen“ betreten mit dem Erfolg, daß in der Öffentlichkeit — wenn auch unterschiedlich — über die unruhige junge Generation diskutiert wird.

Junge Menschen — Schüler, Studenten und Arbeiter — vertreten ihre Anliegen selbst. Sie warten nicht mehr auf die Hilfe der Parteien und politischen Organisationen in dieser Gesellschaft. Zu oft erlebten sie, wie ihr formulierter Wille seine Erledigung im Papierkorb fand. Heute handelt die junge Generation selbst und wie festzustellen ist — mit Erfolg. In Bremen mußte die Erhöhung der Verkehrstarife durch die Proteste von Schülern und jungen Arbeitern wieder zurückgenommen werden. Konflikte in der „großen Politik“, wie die Notstandsgesetze und der Krieg in Vietnam, riefen Kritik zahlreicher Personen hervor, die nicht schweigen können, wenn Freiheit und Selbstbestimmung eingeschränkt werden. Die Versuche der „Herrschenden“, diese kritischen Proteste zu diffamieren, resultieren aus der Selbsterkenntnis, daß die jahrelang praktizierte Politik sich als angreifbar, als provozierbar, erwiesen hat. Deutlich soll jenen „Herrschenden“ gesagt sein: es geht nicht um Provokation um ihrer selbst willen. Es geht um Fragen von elementarer Bedeutung! Nicht vernichtende Urteile, sondern die Untersuchung von Ursache und Wirkung sollte die Antwort von Regierung, Parteien und allen politischen Gruppen sein.

4 Fortsetzung auf Seite 6



5 Tips für Ihren



Tip 1:
Informieren Sie sich

Ostern 68: Keine Ruhe für Bonn

Geruhige Osterferien werden es nicht sein, die die Politiker der Großen Koalition vor sich haben. Auch wenn sie wieder einmal „Gelassenheit“ exerzieren — die diesjährigen Ostermärsche werden den Regierenden gehörige Kopfschmerzen bereiten.

Schon zu Beginn der Demonstrationen junger Arbeiter, Schüler und Studenten gegen Fahrpreiserhöhungen, gegen Notstand, Vietnamkrieg und die Macht Springers geriet die Obrigkeit außer Fassung. Als dann aber in Bremen gezeigt wurde, daß gemeinsame Demonstrationen Erfolg haben, und daß dieser Erfolg mobilisierend wirkt, sah sich die Regierung offenbar vor einem „Abgrund an Verbrechen“: Innenminister Lücke nannte die in den Städten von der Polizei gegen Demonstranten praktizierte Knüppel-Demokratie „Verbrechensbekämpfung auf diesem Gebiet“. Junge Menschen hatten gewagt, gegen die „von oben“ verordnete Politik und ihre unsozialen Auswirkungen zu demonstrieren — mit ihnen „Geduld“ zu haben sei „unverzeihliche Schwäche“, erklärte Bundeskanzler Kiesinger in der Bundestagsdebatte.

Und auch sein „Bericht über die Lage der Nation“ macht deutlich, daß Kiesinger nicht daran denkt, die Ursachen der Jugenddemonstrationen zu beseitigen; er nannte sie nicht einmal beim Namen. Im Gegenteil, die Rüstungsausgaben sollen weiter steigen, es soll auch weiterhin keine Kritik am amerikanischen Krieg in Vietnam geübt werden.

Als die Jugendlichen in Bremen und anderswo gegen die Erhöhung der Fahrpreise demonstrierten, kämpften sie damit gleichzeitig gegen die unsozialen Auswirkungen der Rüstungspolitik (Geld für Rüstung und soziale Ausgaben gleichzeitig ist nicht zu haben). Wo die Schüler gegen die autoritären Formen der Schule auftreten, treten sie gleichzeitig auf gegen den Anspruch, die Jugend zum Gehorsam gegenüber dem Obrigkeitsstaat zu erziehen. Und wo alle zusammen, Schüler, Studenten und junge Arbeiter, zum Beispiel gegen den Krieg in Vietnam demonstrieren, wird das von den Regierenden verstanden als eine Gefährdung des Verhältnisses „zu unseren Verbündeten“ (MdB Pohle). Wobei dieses „Verhältnis“ einschließt die politische, moralische und finanzielle Unterstützung des US-Krieges in Vietnam.

Gegen diese Politik haben sich die Jugendlichen gewehrt. Sie haben die Demokratie beim Wort genommen — und machten in vielen Fällen mit den besonderen Formen Kiesingerscher „Geduld“ und demokratischer Auffassung Bekanntschaft: mit Gummiknütteln und Wasserwerfern. Gegen die gleiche Politik aber

richtet sich auch der Ostermarsch. Mit wachsender Stärke und sichtbaren Erfolgen. Die „Demonstration der hundert Idealisten“ von 1960 verwandelte sich in wenigen Jahren in eine Massenbewegung für Abrüstung, Demokratie und soziale Sicherheit. Sie hat entscheidend dazu beigetragen, daß Projekte der Regierung wie die Mitverfügungsgewalt über Atomwaffen und die Notstandsverfassung bis heute nicht verwirklicht werden konnten.

Bei den letzten Ostermärschen waren 150 000 Menschen beteiligt. Wir sind sicher, daß es diesmal wieder mehr sein werden, die diese große Gelegenheit zum echten politischen Engagement nutzen. Denn viele Menschen in diesem Lande wollen eine neue Politik. Und gerade die Jugendlichen haben erkannt und bewiesen: Wer etwas ändern will, muß in die Öffentlichkeit gehen.

Wir, Herausgeber und Redakteure des e l a n, sind schon in den vergangenen Jahren beim Ostermarsch mitdemonstriert. Wir werden auch in diesem Jahr dabei sein. Wenn es gilt, die Stärke der Opposition zu zeigen.

Tip 2:
Engagieren Sie sich

Osterfahrplan



Was will die Kampagne?

Aufruf

Seit einem Jahr regiert in der Bundesrepublik die Große Koalition. Diese Regierung kündigte eine Politik der Entspannung und Verständigung an. Was wurde hiervon verwirklicht? Die Regierung der Bundesrepublik tritt weiterhin für eine Stärkung der NATO ein und zementiert damit die Spaltung

Europas in feindliche Militärböcke. Sie hat bis heute nicht den von führenden Politikern aus West und Ost vorgetragenen Plan einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz aufgegriffen, wonach an die Stelle der Militärböcke ein Sicherheitssystem treten soll, das alle europäischen Staaten umfaßt. Die Bundesregierung hält immer noch den Alleinvertretungsanspruch aufrecht und lehnt die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze ab.

Wachsender Widerstand richtet sich gegen die Notstandspolitik und gegen die Unterstützung des Krieges in Vietnam. Diese breite

und vielfältige Opposition muß, wenn sie wirksam werden will, ihre Kritik in eine politische Alternative ummünzen und, wo immer möglich, ihre Aktionen aufeinander abstimmen.

Der Druck der außerparlamentarischen demokratischen Opposition kann die Demokratie in der Bundesrepublik aus ihrer Erstarrung befreien und den Anstoß für eine neue, fortschrittliche Außen- und Innenpolitik geben. Der Ostermarsch '68 wird diese Opposition und diese Alternative zur Rüstungs- und Notstandspolitik zum Ausdruck bringen. Wir rufen auf zur Teilnahme am Ostermarsch '68

Sie sind Ostern dabei



Max von der Grün

MAX VON DER GRÜN,
Schriftsteller

„Da wir keinen Machtapparat haben, bleibt uns nur der Protest, bleibt uns nur die Straße, Protest gegen die Gleichgültigkeit des Volkes, die Anpassungspolitik der Regierung. Indem wir durch unsere Proteste hier etwas ändern, ändern wir auch gleichzeitig dort, wo es kein Gewissen mehr zu geben scheint: der amerikanischen Eskalation in Vietnam.“

GERHARD ZWERENZ,
Schriftsteller

„Da die Obrigkeit auf die Opposition der Jugend und der Intellektuellen mit Aufforderungen zum weißen Terror antwortet und dabei ist, den schamlosen Schlägerjargon der BILD-Zeitung zur Amtssprache zu erheben, erhält der Ostermarsch als Mahnzeichen eines politisch notwendigen und moralisch vollaufrechter Widerstandes größte Bedeutung: gegen die staatlich betriebene Kriegsvorbereitung bei uns und die staatlich



Anita Emruch

geförderte Kriegsverlängerung in Vietnam. Gegen die Refaschisierung unserer Ordnung und für einen neuen Stil in der Politik.“

ANITA EMRUCH (DUISBURG)

„Ich demonstriere beim kommenden Ostermarsch besonders gegen den mörderischen Krieg in Vietnam, weil das Völkermorden endlich für immer aufhören muß und die Mörder als Kriegsverbrecher verurteilt werden müssen.“

DIETER BARTHELMES (DUISBURG), Betriebsrat

„Als IG Metall-Mitglied ist es für mich selbstverständlich, daß ich mich am Ostermarsch beteilige, denn unsere gewerkschaftlichen Forderungen können nur erfüllt werden, wenn wir den Frieden in Europa erhalten und die uns drohenden Notstandsgesetze verhindern. Dagegen muß sich unser Protest Ostern 1968 richten. Meine Kollegen denken da nicht anders. Wir werden aber auch entschieden gegen den Krieg der USA gegen das Volk von Vietnam pro-



Dieter Barthelmes

testieren, weil dieser Völkermord ein Ende haben muß. Ich wünsche nur daß auch meine Partei — die SPD — sich aktiv am Ostermarsch beteiligt. Ich meine, daß jeder Sozialdemokrat, der es ehrlich meint, wenn er von Frieden und Verständigung spricht, sich auch am Ostermarsch beteiligen sollte. Reden und dabei hinterm Ofen sitzen genügt heute nicht.“

GERHARD HIRSCHMANN, (EBERN), z. Zt. Soldat

„Beim Militär gingen mir erst richtig die Augen auf und ich weiß, daß die Bundeswehr nicht nur für Paraden ausgebildet wird. Ich bin noch jung und will keinen Platz im Massengrab, weil eben Verständigung besser als schießen ist. Deshalb unterstütze ich auch die Kampagne für Abrüstung und bin Ostern dabei.“

Tip 3:
Demonstrieren auch Sie zu Ostern

So begann es ...



... Ostern 1960: 80 junge Atomwaffengegner brechen in Hamburg-Harburg zum ersten deutschen Ostermarsch auf. Ihr Ziel ist der 87 Kilometer entfernte britische Raketenstützpunkt Bergen-Hohne in der Lüneburger Heide.

Vier Tage marschieren sie bei eisigem Wetter, auf Feldwegen und einsamen Straßen, von Dorf zu Dorf.

Die Idee zu diesem Marsch hatten junge Teilnehmer der englischen Ostermärsche aus Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig propagiert. Rund 800 Atomwaffengegner aus diesen Städten trafen sich auf der Abschlußkundgebung des ersten deutschen Ostermarsches vor den Kasernen in Bergen-Hohne. Sie führten schwarze Fahnen mit und Transparente mit den Losungen: „Statt Atomwaffen Brot für die Welt“, „Umdenken tut not“, „Sicherheit durch Abrüstung und Verständigung“, „Kein Zweck heiligt Atomwaffen“, „Du sollst nicht töten“.

Belächelt und beschimpft von seinen Gegnern und auch von Anhängern mit Skepsis betrachtet, war dieser Ostermarsch — niemand ahnte dies damals — der Beginn einer breiten Kampagne engagierter Demokraten, die selbst aktiv werden, wenn es um ihre eigene Zukunft geht. Es war der Beginn einer Bewegung, die erfolgreich für die Beendigung der Atomwaffenversuche, gegen das MLF-Atomwaffensystem und gegen Notstandsgesetze kämpfte, die eine starke außerparlamentarische Opposition begründete und in den Organisationen der Jugend, in Kirchen, in Gewerkschaften eine lebhaft diskutierte Diskussion über Demokratie und Abrüstung auslöste. Sie kann heute von den Politikern und in den Zentren der Massenmedien nicht mehr übersehen werden. Was 1960 achtzig junge Menschen begannen, wird heute von Tausenden fortgesetzt.

5 Tips für Ihren Osterfahrplan



Wem nützt die Abrüstung?

Im Weltmaßstab: Jährlich verhungern viele Millionen Menschen. Zu gleicher Zeit werden jährlich 640 Milliarden DM für die Rüstung ausgegeben.

Im Maßstab unseres Landes: Für die Arbeitnehmer hat das Jahr 1967 die geringsten Lohn- und Gehaltserhöhungen seit 1948 gebracht. Vielfach wurden die Löhne sogar gedrückt. Es müssen jetzt 10 Prozent Mehrwertsteuer gezahlt werden, ab Juni 1968 sogar 11 Prozent. Den Lohnsteuerpflichtigen wurden 1967 501,7 Millionen DM mehr abgezogen als im Vorjahr. Es wachsen die Rüstungskosten. Die Militärausgaben machen heute 4,5 Prozent des Volkseinkommens in der Bundesrepublik aus (in Japan: 1 Prozent!).

Dies obwohl die Bundesrepublik von niemand bedroht ist.

Bonn braucht das Geld der kleinen Leute, weil der Rüstungshaushalt wächst und wächst: 1968 betragen allein die direkten Rüstungskosten 18,7 Milliarden DM. 1969 sollen sie bereits auf 20,1 Milliarden und 1971 sogar auf 22 Milliarden DM steigen. Notstandsgesetze sollen weitere Milliarden auslösen. Zur Unterstützung des US-Krieges in

Vietnam werden von Bonn Milliarden bereitgestellt; Devisenhilfe nennt man das

Die Rüstung ruiniert unsere Wirtschaft. Arbeiterfunktionäre haben in einer Solidaritätsadresse an demonstrierende Studenten festgestellt: „Es ist kein Zufall, daß die Verkehrtarife hochgeschraubt und daß zugleich die Preise, die Steuern für den Verbraucher, die Mieten usw. hochgetrieben und unsere Löhne gedrückt werden.“

Es ist kein Zufall, daß der Staat den Schulen und Hochschulen die notwendige Finanzausstattung verweigert und daß er zugleich die nötigen Mittel für wirtschaftliche Strukturverbesserungen, für die Neubeschaffung von Arbeitsplätzen, die Hebung der Kaufkraft usw. nicht aufbringt.“

Jetzt muß abgerüstet werden! Eine drastische Kürzung des Rüstungshaushalts ist erforderlich! So würden Gelder für neue produktive Industrien, für moderne Ausbildungs- und Umschulungsstätten, für Krankenhäuser, Universitäten, Straßenbau und billige Wohnungen frei.

Abrüstung dient dem sozialen Fortschritt.

Tip 4:
Bringen Sie Ihre Kollegen und Freunde mit

Was bringt der Notstand?

Ein Gutachten ergab, daß die jährlichen Kosten zur Durchführung der bisher verabschiedeten Notstandsgesetze jährlich entstehen:

für Bremen (Stadt)	86 427 327,— DM
Bochum (Stadt)	52 554 411,— DM
Dortmund (Stadt)	96 218 997,— DM
Düsseldorf (Stadt)	102 785 340,— DDM
Duisburg (Stadt)	72 333 996,— DM
Essen (Stadt)	107 014 236,— DM
Frankfurt (Stadt)	101 151 876,— DM
Gelsenkirchen (Stadt)	55 251 567,— DM
Hamburg (Stadt)	273 042 357,— DM
Hannover (Stadt)	82 751 004,— DM
Köln (Stadt)	124 651 737,— DM
München (Stadt)	175 314 258,— DM

Münchens OB Dr. Vogel meinte zu dieser Kostentabelle, daß „auf Jahre hinaus dringende Investitionen für Zwecke des Gemeindebedarfs wesentlich eingeschränkt werden müssen“. Welche ruinösen Folgen die Durchführung der „einfachen Notstandsgesetze“ haben werden, vermag sich jeder selbst auszurechnen.

Auch die Bürger müssen tief in die Tasche greifen: Nach dem Selbstschutzgesetz müssen angeschafft werden: Einstellspritze, Fangleine, Löschwasserbehälter, Tragebeutel, Klapphackspaten, Bergungstuch, Fäustel usw. Dieser Notstandsspaß wird jedem Bürger rd. 200,— DM kosten. Doch alles ist nur ein Anfang. Was sagte doch Herr Paulsen, EX-Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, als er gefragt wurde, warum man den Gewerkschaften ihre Lohnforderungen erfülle: „Das müssen wir eben, solange es keine Notstandsgesetze gibt.“

Wenn Bonns Notstandsplaner das Ziel ihrer Wünsche erreichen, dann wird nicht nur aus dem Grundgesetz die „Demokratie raus“ und die „Diktatur reingezwungen.“ Notstandsgesetze bedeuten nicht nur, daß das Parlament entmündigt wird, Männer und Frauen dienstverpflichtet werden, die Bundeswehr gegen die Bevölkerung eingesetzt werden kann und die Gewerkschaften lahmgelegt werden. Durch Notstandsgesetze werden die Bürger und die Gemeinden zur Kasse gebeten.

Tip 5:
Politisch aktiv bleiben

Protest ist nicht zwecklos

Fortsetzung von Seite 4

Keine „Dressur zum politischen Normalverbraucher“, sondern Versäumnisse sowie Fehler erkennen und korrigieren. Die Mißstände sollten bekämpft werden, aber nicht diejenigen, die sagen was sie denken. Nicht diejenigen, die handeln, weil Mißstände vorhanden sind.

In einer Zeitschrift des Hessischen Jugendringes heißt es u. a.:

„Außerdem hängen die Formen des Protestes ab von den Ursachen — und damit von den Zielen. Es ist eine andere Sache, ob es um Leib und Leben geht, um Krieg und Frieden, um den Glauben — oder um Zirkusspiele, Jagdrechte, Prestige. Immer und überall können Zorn und Leiden-

schaften sich entzünden; aber wenn es darum geht, ein Werturteil zu fällen, wenn Rechtfertigung geprüft wird, spielt die Frage nach der Angemessenheit der Mittel eine Rolle.“ Proteste sind Ausdrucksformen für den Menschen, seinen Ort in Politik und Gesellschaft zu be-greifen und kundzutun.

Unser Autor ist Landesjugendsekretär des DGB Hessen und Vorsitzender des Landesjugendringes.

Aktionen in 500 Städten

Die Ostermärsche '68 werden mit vielfältigen Demonstrationen, Veranstaltungen und anderen Aktionen vom 13. bis 15. April in mehr als 500 Städten und Gemeinden der Bundesrepublik durchgeführt. Höhepunkte der Ostermärsche sind am Ostermontag, 15. 4. 68, die Abschlußkundgebungen in folgenden Städten:

Hamburg, 16 Uhr, Moorweide (Dammtor)
Bremen, 12 Uhr, Domshof
Hannover, 16.30 Uhr, Platz vor dem Opernhaus
Dortmund, 16 Uhr Westfalenhalle
Frankfurt am Main, 15 Uhr, Römerberg
Stuttgart, 15 Uhr, Schillerplatz
München, 17 Uhr, Alter Botanischer Garten
Nürnberg, 16 Uhr, Meistersingerhalle
In **Westberlin** findet eine Demonstration am Ostersonntag statt.

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung wird Ostern 1968 demonstrieren

- für sozialen Fortschritt — gegen den Rüstungsstaat
- für Demokratie — gegen Notstandsgesetze
- für Sicherheit in Europa — für Abrüstung in allen Ländern
- gegen den Krieg der USA in Vietnam — gegen Völkermord.

Hier sind Beweise:

Völkermord

„Lassen Sie uns einmal annehmen, wir verlören Indochina. Wenn Indochina verloren geht, dann würde das Zinn und das Wolfram, worauf wir so großen Wert legen, ausbleiben. Wir verfolgen den billigsten Weg, um zu verhindern, daß etwas Furchtbares passiert — daß wir die Möglichkeit verlieren, von den Reichtümern Indochinas und Südostasiens zu erhalten, was wir wollen.“



„Wir werden nicht kapitulieren und wir werden uns nicht zurückziehen. Wir werden — wenn notwendig — hart bleiben, bis Tod und Vernichtung endlich zu dem Konferenzisch geführt haben...“ (Präsident Johnson am 28. 7. 1965)

„Wir gewinnen langsam, aber sicher. Der Krieg wird aus Mangel an Menschen zu Ende gehen.“ (US-Verteidigungsminister McNamara, zitiert nach „Westfälische Rundschau“, 6. 11. 1967)



„Wir führen Krieg, um zu beweisen, daß sich ein Guerilla-Krieg nicht lohnt.“ (General Westmoreland, zitiert nach Jean Paul Sartre.)

Von Januar bis Oktober 1967 wurden von den USA 681 000 Tonnen Bomben auf Vietnam abgeworfen. Zum Vergleich: Während des 2. Weltkrieges wurden auf Deutschland insgesamt 641 000 Tonnen Bomben abgeworfen. (Quelle: „Pardon“, 2/68)

„Die Aktion (der US-Armee) begann in den intensiv kultivierten Randgebieten der roten Dschungelfestung am Vaico-Oriental-Fluß. B 52 von der pazifischen Inselbasis Guam legten einen Bombenteppich. Fallschirmjäger zerstörten alles, was übrig geblieben war. Sie zündeten die Hütten an, räuchernden Tunnelsysteme mit Gas aus, das zwar als „nicht tödlich“ beschrieben wird, aber doch einen australischen Soldaten trotz dessen Gasmaske erstickte. Die Amerikaner sprengten sodann die Tunnel, verbrannten Reisvorräte, vergifteten Baum- und Feldfrüchte mit Chemikalien und töteten Wasserbüffel, Rinder und Schweine. Die Operation „Crimp“ ist ein Teil einer „Verbrannten Erde-Strategie“, die auf alle wichtigen Vietcong-Basen ausgedehnt werden soll. Sie umfaßt, so die „New York Herald Tribune“, Festlegungen von Zonen für unbegrenzte Bombardements, Vernichtung von Reisfeldern mit chemischen Giftstoffen vom Flugzeug aus und Verbrennung von Versorgungsgütern und Häusern in roten Regionen.“ (Der Spiegel, Heft 5/66)

„... in Übereinstimmung mit der üblichen Verfahrensweise wurde beschlossen, ein anderes Ziel anzugreifen... Wahrscheinlich lebten 1000 bis 1500 Menschen in dem Dorf, das wir (mit Napalm und schweren Splitterbomben) angegriffen hatten. Es ist schwer zu schätzen, wie viele getötet wurden. Es ist genauso schwer zu beurteilen, ob sich tatsächlich irgendwelche Vietcong in dem Dorf befanden und wenn ja, ob welche von ihnen getötet wurden...“ (Aus „Ramparts“, Dezember 1965)

- Bonn hilft



„Möge auch der gegenwärtige Kampf, den Ihr Land als Vorkämpfer der Freiheit in Südostasien führt, von Erfolg gekrönt sein.“

(Grußbotschaft im Namen des Deutschen Volkes an den US-Präsidenten Johnson, anlässlich des amerikanischen Nationalfeiertages, Absender: Bundespräsident Heinrich Lübke)



„Die Deutschen sollten sich davor hüten, sich als Schulmeister anderer Völker aufzuspielen... Die USA sind das Land, das sich überall in der Welt am stärksten für den Frieden und die Freiheit eingesetzt hat. Darin müssen die Deutschen die Amerikaner unterstützen!“ (Bundeskanzler Kiesinger am 20. 2. 68 vor dem Bundesvorstand und dem Bundesausschuß der CDU in Bonn, zitiert nach „Bild“, 21. 2. 68)

General Steinhoff, Inspekteur der Luftwaffe, hat während seines Besuches in den USA vom 13. bis 16. 2. 1967 den Einsatz von Bundeswehrpiloten in Süd-Vietnam erörtert. Die ersten deutschen Piloten sollten noch 1967 „auf freiwilliger Basis“ zur Vorbereitung auf den Einsatz in Süd-Vietnam zu amerikanischen Einheiten abkommandiert werden. (Quelle: Berliner Extradienst vom 24. 6. 67)

„Wir werden helfen angesichts der schwierigen finanziellen Lage der USA.“ (Bundeskanzler Kiesinger auf dem CDU-Parteitag Westfalen/Lippe 1968, zitiert nach „DVZ“, 23. 2. 68)

„Wie aus der neuen Statistik des amerikanischen Finanzministeriums hervorgeht, hat die Bundesbank bisher Schatzanweisungen der USA-Regierung im Betrag von 2,9 Milliarden Mark aufgekauft.“ („Die Tat“, 9. 3. 1968)

„Hauptspender auf bilateralem Sektor ist die Bundesrepublik Deutschland, die in den vergangenen zwei Jahren 16 Millionen Dollar Unterstützung (an Süd-Vietnam) gezahlt hat.“ (Aus dem Artikel „Die nichtmilitärische Hilfe für Vietnam wächst“, des Amerikadienstes vom 16. 6. 1967. — Herausgeber: Botschaft der USA, Bad Godesberg)

Seit Mai 1966 liefert das Werk Dormagen (Bayer Leverkusen) auf amerikanische Bestellung über die Spedition Walter, Düsseldorf, chemische Giftstoffe — Totalherbizide — nach Süd-Vietnam. Mit Totalherbiziden in derart hochkonzentrierter Form, wie sie vom Werk Dormagen geliefert wird, werden von den US-Truppen in Vietnam die Reisernnen vernichtet. Das Mittel ist in dieser Konzentration außerdem Haut- und Knochen-schädigend. (Quelle: „Konkret“, 3. 68)

„Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung stehen für 1967 bis 1971 jährlich 30 Mill. DM für die humanitäre Hilfe in Süd-Vietnam zur Verfügung. Damit steht der deutsche Beitrag nach den Leistungen der USA an zweiter Stelle!“ (Bulletin der Bundesregierung v. 29. 2. 68, zitiert nach „bonner korrespondenz“, 11. 3. 68)

General Steinhoff, Inspekteur der Luftwaffe, hat während seines Besuches in den USA vom 13. bis 16. 2. 1967 den Einsatz von Bundeswehrpiloten in Süd-Vietnam erörtert. Die ersten deutschen Piloten sollten noch 1967 „auf freiwilliger Basis“ zur Vorbereitung auf den Einsatz in Süd-Vietnam zu amerikanischen Einheiten abkommandiert werden. (Quelle: Berliner Extradienst vom 24. 6. 67)

Das fordert der Ostermarsch

Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten stellt sie sich vorbehaltlos hinter die amerikanische Politik in Vietnam, wo der mächtigste Militärapparat der Welt gegen ein kleines Volk eingesetzt wird, das für nationale Unabhängigkeit und soziale Emanzipation kämpft; wo die Regierung der USA den Modellfall einer Unterdrückung legitimer Unabhängigkeitsbewegungen praktiziert; wo militärische Eskalation und Pläne zur Invasion Nordvietnams in den globalen Krieg hineinzuführen drohen.

- Schluß mit jeder Unterstützung des Krieges der USA in Vietnam durch die Bundesregierung. Eintreten für die Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam und für Frieden in Vietnam auf der Grundlage der Genfer Vereinbarungen.

Bis zum Sommer soll die Notstandsverfassung vom Bundestag verabschiedet sein. So plant es die Bundesregierung.

Wer über die Gefahren der Notstandsgesetzgebung mitreden will, sollte es gelesen haben. Das neue

Notstands ABC

Von Karl Hubert Reichel
Alles über den Stand der Bonner Notstandspläne.
Einzelpreis der e l a n - Beilage 0,30 DM.
Zu beziehen durch:
Weltkreisverlags GmbH., 6 Frankfurt/M., Robert Mayer-Str. 50

Der Partisanenkrieg

das erste Mal in der Bundesrepublik:
der authentische, ungekürzte Text mit allen Fotos
Abbildungen und Skizzen der Originalausgabe
LA GUERRA DE GUERRILLAS, La Habana 1960
160 Seiten. DM 4,-

Vorwort Karl Heinz Roth
CICERO PRESSE 2 Hamburg 6 Fettstr. 5-7

Erhältlich in jeder politischen Buchhandlung

Der Partisanenkrieg

ERNESTO CHE GUEVARA



Briefe

WARUM JOHNSON DOCH EIN MÖRDER IST

1968 ← → 1945

ELAN 2/68: Gegen e l a n wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil wir in e l a n 168 Johnson einen Mörder nannten.

8. August 1945: Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion kommen überein, den internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg auf der Basis gegenseitiger Verträge zu errichten. Dessen Hauptaufgabe besteht darin, die Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achsenmächte einer sofortigen und gerechten Untersuchung und Verurteilung zuzuführen. Artikel 6 der Charta des IMT lautet: „Folgende Handlungen, einzeln oder in Tateinheit, fallen als Verbrechen, für die Täter persönlich verantwortlich gemacht werden, unter die Rechtsprechung des Tribunals.“

a) **Verbrechen gegen den Frieden:** nämlich **Planung, Vorbereitung, Auslösung oder Führung eines Angriffskrieges oder eines Krieges der internationale Verträge verletzt;** ferner Zustimmung oder Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder einer Verschwörung, die irgendeine der oben genannten Handlungen ermöglichen soll.

b) **Kriegsverbrechen:** nämlich Verletzung des Kriegsrechts oder Kriegsgebrauch. Solche Verletzungen schließen ein: **Mord,** Mißhandlungen oder Verschleppung der Zivilbevölkerung besetzter Gebiete in Arbeitslager oder zu irgendeinem anderen Zweck; **Mord oder Mißhandlungen von Kriegsgefangenen** oder Schiffsbrüchigen, Plünderung öffentlichen Eigentums, **willkürliche Zerstörung von Stadtgrenzen, Städten oder Dörfern oder nicht durch militärische Erfordernisse gerechtfertigte Verwüstung** – sind aber nicht auf diese Handlungen beschränkt.

c) **Verbrechen gegen die Menschlichkeit:** nämlich **Mord, Völkermord,** Versklavung, Verschleppung und andere unmenschliche Handlungen, die an der Zivilbevölkerung vor dem Krieg oder während des Krieges begangen

wurden; Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, in Ausübung von oder in Verbindung mit Verbrechen, die der Rechtsprechung dieses Tribunals unterliegen, gleichgültig, ob sie das Recht des Landes, wo sie begangen wurden, verletzt haben oder nicht.

Führer, Organisatoren, Anstifter und Beihilfer, die an der Formulierung oder Ausführung eines gemeinsamen Plans oder einer Verschwörung zur Durchführung irgendeines der vorgenannten Verbrechen beteiligt waren, sind für die Handlungen verantwortlich, die von jeder beliebigen Person bei der Durchführung dieses Planes begangen worden sind.

11. Dez. 1946: Auf Antrag der USA werden die Charta und die Urteile des Nürnberger Gerichtshof und die von ihm aufgestellten Völkerrechtsnormen durch einstimmigen Beschluß der Vollversammlung der Vereinten Nationen bestätigt. **Das Völkerrecht ist Bestandteil unseres Rechts.** (Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten, 1957)

Darum ist Johnson ein Mörder und muß wie Eichmann... als Kriegsverbrecher verurteilt werden.

Wir fordern jeden vernünftig denkenden Menschen auf, die verbrecherischen Machenschaften Johnsons zu verurteilen. – Die Regierung der Bundesrepublik zu zwingen, Johnson nicht weiter zu unterstützen.

Rainer Wegener Dieter Wessel

(Eine Selbstanzeige) als Antwort auf die heutige Strafanzeige „gegen Unbekannt“ von Kiesinger!
JENS-JÖRG KOCH, Dipl.-Psychologe, Frankfurt a/M.

Da ich Ihr Postscheckkonto nicht kenne, sende ich meinen Beitrag (DM 10,-) zu Ihrem Kampf gegen die Völkermörder mit diesem Schreiben. In Kampfverbundenheit
GEORG GRIMMIG, Erlangen

Der § 103 StGB ist für die oben genannten Beschuldigungen nicht zuständig, da es sich hier weder um eine Beleidigung noch Verleumdung, sondern um unumstößliche Tatsachen handelt.
WOLFGANG MACKWARD, Hamburg

Haben Sie recht herzlichen Dank für die Übersendung der Selbstanzeige-Formulare wegen (sog.!) Beleidigung fremder Staatsoberhäupter, sprich LBJ. Selbstverständlich möchten wir Sie so tatkräftig wie möglich im Kampf gegen die imperialistische Aggression in Südvietsnam und im Kampf gegen die heuchlerische westdeutsche Justiz unterstützen.
DIETER NENTWIG, Höchster Jugendclub e. V.

Für Ihre Bemühungen zur Aufklärung des scheußlich-brutalen Krieges in Vietnam und für die mutigen Bemühungen, die Herren in Bonn endlich Farbe bekennen zu lassen, danke ich Ihnen recht herzlich. Ich hoffe, es werden sich der „Aktion Selbstanzeige“ noch viele Persönlichkeiten anschließen. Dieses Vorhaben muß endlich den längst fälligen Schritt der Distanzierung der Bundesregierung von der amerikanischen Politik heraufbeschwören, genau so, wie die Aktionen um Lübke (durch Nannen u. a.) den endgültigen und schleunigen Rücktritt Lübkes bewirken müssen.
ROLAND HERZOG, Rottweil

Ich bin über die regierungspolitischen Machenschaften, über die gegen Sie erhobene Klage empört. Völker- und staatsrechtlich lassen sich die Bedenken der Regierung nicht halten. Der Tatbestand des abscheulichen Völkermordes ist gegeben. Es geht nicht an, daß die Regierung (das sah man jetzt wieder in Berlin!) die Mörder Johnson und Co. verteidigt und unterstützt. Wert der Unterstützung ist das andere, das wahre Amerika! Ich werde Sie mit Nachdruck unterstützen und bitte Sie, ohne Furcht auch in Zukunft für die Wahrheit einzutreten.
ROLAND HERZOG, Rottweil

Daß L. B. Johnson, der Präsident der USA, ein Mörder ist, vergleichbar etwa mit Hitler, ist eine in aller Welt längst bekannte Tatsache. Wenn die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a/M wegen der Feststellung dieser Tatsache gegen e l a n ein Ermittlungsverfahren einleiten will, so zeigt das nur, daß der westdeutsche Staat eine enge Komplizenschaft zu den Massenmördern in Vietnam unterhält. In einem Rechtsstaat würde daher nicht e l a n vor Gericht zitiert, sondern Leute wie Johnson und seine amerikanischen Hintermänner. Gestatten Sie mir, daß ich als Bürger eines Rechtsstaates auch diese Tatsache feststelle.
ERIK NEUTSCH, Halle, DDR
Schriftsteller

Als langjähriger Leser Ihrer Zeitschrift möchte ich Ihnen meinen Dank aussprechen für Ihren Mut. Sie sind die einzige Zeitung, die sich nicht scheute, über Johnson die Wahrheit zu schreiben. Johnson ist nicht nur ein Mörder, sondern ein Massenmörder. Ich möchte Sie unterstützen in Ihrem weiteren Kampf um Recht und Wahrheit und schicke Ihnen hier 10,- Mark.
BERNHARD RASMUS, Hannover

Gefährliche Bundeswehr

ELAN 2/68: „Tagebuch des Rekruten X“ Reinhard Junge berichtete aus seinen Erfahrungen, die er in bisher 270 Bundeswehr-Diensttagen sammeln mußte.

Beim Lesen dieses Artikels wurde ich bei jedem Satz an die Verhältnisse in unserer eigenen Kompanie erinnert. Was Rekrut Junge erlebt hat, ist bei der Buwe kein Einzelfall. Sinnlose Schinderei, Verharmlosung der Atombombe, krankhafter und primitiver Antikommunismus und die Erziehung der Rekruten zu regelrechten Untertanen, das glaube ich, sind die traurigen und beschämenden Merkmale unserer Armee. Man hat in der Bundeswehr nichts, aber auch garnichts aus dem letzten Krieg gelernt. Und schon wieder singt man in einem anderen Lied, daß sich die deutsche Infanterie „mit Waffen leicht, mit Waffen schwer“ vor der ganzen Welt Ruhm erworben hat, „der nie vergeht und ewig in den Sternen steht“, „braucht sich nicht vor der Welt zu schämen“.

Wann und in welcher Weise hat sich wohl die deutsche Infanterie vor dem polnischen, dem russischen oder dem französischen Volk Ruhm erworben? Vielleicht indem sie diese Länder überfiel und mordend und raubend durch das Land zog? Lieb Vaterland magst (un)ruhig sein, sie singen schon wieder die alten Lieder! Was ist das für eine Armee, in der

- solche Lieder gesungen werden?
- in der Soldaten nicht zu Staatsbürgern, sondern zu Untertanen erzogen werden?
- in der man Losungen wie „Nie wieder Krieg“ aus dem Spind entfernen muß?
- in der an der Stelle der objektiven Information über den anderen deutschen Staat die permanente Hetze und Lüge steht?

Das ist die Armee eines Staates, der die Realitäten in Europa nicht anerkennt, der Atomwaffen fordert und sich mit Händen und Füßen gegen jeden Abrüstungsvorschlag von seiten der DDR-Regierung wendet. Das ist die Armee eines Staates, der Notstandsgesetze gegen seine Bevölkerung plant und plant, daß wir Soldaten auf unsere eigenen Arbeitskollegen schießen sollen. Das ist die Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland.
WALTER LISTL, Panzerschütze

Am 15. 2. 68 bekam unser Fla-Bataillon einen neuen Kommandeur, Herrn Major W. Der in der ganzen Bundeswehr als Schleifer bekannte Major ist das Produkt einer preußischen Kadettenanstalt in Potsdam. Als ehemaliger Oberleutnant der Hitlerwehrmacht hat er eine sehr eigenartige Vorstellung vom Staatsbürger in Uniform. In seiner Antrittsrede vor 96 Unteroffizieren unseres Bataillons erklärte er, sie könnten gegenüber den Soldaten sehr weit gehen, er würde ihr Verhalten zu jeder Zeit abdecken. Über die heutige Jugend sagte er: „Die“ haben ja nur ein Ziel: einen Beruf mit viel Geld, ein Auto und viel Freizeit. Das müsse alles anders werden. In erster Linie müsse es lauten: Dienst am Vaterland, Härte, Mut, fürs Vaterland zu sterben usw. Über den Haarschnitt der Soldaten bemerkte er: „Die“ laufen ja herum wie die Berliner Juden. Den Journalisten Sebastian Haifner bezeichnete er als ein Dreckschwein. Was mich überraschte, war nicht der Ton dieses Offiziers, er ist typisch für den Geist der Bundeswehr, – sondern die erschreckende Tatsache, daß keiner der anwesenden 96 Unteroffiziere den Mut aufbrachte, gegen eine solche Person eine Meldung zu schreiben. Die Rede wurde mir von einem Unteroffizier glaubhaft berichtet. Er gab selbst zu, daß auch er keinen Mut dazu habe.
NAME der Redaktion bekannt.

KPD soll reden dürfen

ELAN 3/68: Interview mit Herbert Mieß, der sich als Funktionär der verbotenen KPD bezeichnete. Mieß begründete die Vorlage des neuen Programm-Entwurfes der KPD.

e l a n hat berichtet, daß die KPD den Entwurf ihres Programms in Frankfurt der Öffentlichkeit übergeben wollte. Ich bin dringend daran interessiert, auch das Programm dieser Partei kennenzulernen. Doch unsere Regierung verhindert das durch Verbot. Es ist unverschämt, daß in Bonn darüber entschieden wird, was ich lesen darf und was nicht.
REINHARD VEDDER, Dortmund

Endlich einmal eine Zeitung, die die Meinung eines Kommunisten zu drucken wagt. Über dieses Interview und die darin angesprochenen Fragen habe ich viel mit meinen Freunden diskutiert. Dabei wurde immer wieder festgestellt, wie gering die Kenntnisse über die Meinungen, Vorstellungen und Probleme der Kommunisten sind. Wie sollte es auch anders sein, wenn die Bundesregierung die Diskussion mit Kommunisten und beispielsweise über ihr neues Programm mit Polizei, Verhaftungen und Beschlagnahmungen zu verhindern sucht. Wo bleibt da die grundgesetzlich verankerte Meinungs- und Informationsfreiheit?
Von der KPD wird behauptet, sie sei grundgesetzwidrig. Wie kann

sie das Gegenteil beweisen, wenn sie durch schikanöse Maßnahmen daran gehindert wird? Von der KPD wird behauptet, daß sie gar nicht wiederzulassen werden will, sondern aus der Illegalität (dem „Image wegen“) arbeiten will. Die Aktionen der Frankfurter Polizei beweisen aber doch, daß die verantwortlichen Leute in unserer Regierung eine Wiederzulassung verhindern wollen. Ich meine, jeder Demokrat sollte diese Einengung der demokratischen Freiheiten als einen Schlag ins Gesicht empfinden, den er nicht ohne Protest und Gegenwehr hinnehmen kann. Ich fordere alle demokratischen Kräfte auf, sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß die Kommunistische Partei Deutschlands, das stärkste Gegengewicht zur sozialfeindlichen Politik der Bonner Regierung und der neofaschistischen NPD, wieder zugelassen wird.
PETER SCHÄFER, Frankfurt/M.

Peter Dürrbeck dankt

e l a n berichtete im Dezember 1967 über die politischen Gefangenen Otto Hans und Peter Dürrbeck.

Für Euren Einsatz um meine Freilassung aus dem Gefängnis möchte ich mich recht herzlich bedanken. Nachdem der Artikel über Otto Hans und mich erschienen war, erhielt ich eine Reihe Briefe von jungen Leuten aus verschiedenen Teilen der Bundesrepublik. Nicht zuletzt Eurem Einsatz ist es zu verdanken, daß Otto Hans und ich vorzeitig aus der Haft entlassen werden mußten. PS. Bitte um Entschuldigung für die benutzte Briefmarke mit dem Lübke-Bild. Es war leider keine andere erhältlich.
PETER DÜRRBECK, Misburg

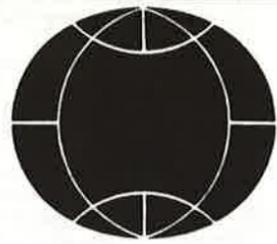
Wer schreibt Ihnen?

Aus Polen erhielten wir folgenden Brief:

Wir sind polnische Sammler von Filmstar-Bildern. Außerdem sammeln wir Postkarten von anderen Ländern. Bitte sendet uns Fotos von Schauspielern und Postkarten Eures Landes. Schon heute herzlichen Dank.
Natalia und Józef FORMALCZYK, Post Józefow n/Wista, Powzáz: Opole-Lub., Woj: Lublin, Poland

LESERBRIEFE
erwünscht. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

BEILAGENHINWEIS
Einem Teil unserer Auflage liegen zwei Prospekte der Kampagne für Demokratie und Abrüstung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.
Redaktion e l a n



Sofia 1968

In wenigen Monaten ist es soweit. In der Zeit vom 28. Juli bis 6. August 1968 werden die IX. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für Solidarität, Frieden und Freundschaft stattfinden.

20 000 Jugendliche aus aller Welt, darunter 500 Teilnehmer aus der Bundesrepublik, werden dabei sein, wenn die Delegationen aus allen fünf Kontinenten zur Eröffnungsfeier in das Stadion von Sofia einziehen.

Anmeldung

zur Teilnahme an den IX. Weltfestspielen der Jugend und Studenten für Solidarität, Frieden und Freundschaft, die im Sommer 1968 in Sofia stattfinden.

Ich möchte an den IX. Weltfestspielen teilnehmen und bitte mich dafür vorzumerken.

Name:

Vorname:

Anschrift:

geb. am:

geb. in:

Reisepaß Nr.:

ausgestellt am:

ausgestellt von:

Staatsbürgerschaft:

Beruf:

Arbeitsstätte:

Organisation:

Funktion:

Unterschrift:

Unterschrift der Eltern,
wenn nicht volljährig:

Senden Sie Ihre Anmeldung an:

Arbeitskreis Festival
Offenbach/Main
Postfach 250

PS.: Falls Sie noch nicht im Besitz eines Reisepasses sind, bitten wir, dennoch Ihre Anmeldung uns zu übersenden und die Reisepaßangaben nachzusenden.



Tagebuch der Redaktion

523 mal: Johnson = Mörder

Die Aktion Selbstanzeige 103 hat eingeschlagen. Wir waren überrascht, nach kurzer Zeit schon 523 Anzeigen der Frankfurter Staatsanwaltschaft übergeben zu können. Als erste Rate.

Kiesingers Beihilfe

elan Redakteur Hermann Sittner gab im Zusammenhang mit der Aktion Selbstanzeige ein Plakat heraus: „Wanted! For Murder!“ Im US-Genre aufgemacht, wurde dort per Steckbrief Johnson wegen Anführerschaft bei organisiertem Völkermord in Vietnam gesucht und Bundeskanzler Kiesinger wegen Beihilfe. „Kiesinger und sein Kabinett unterstützen einen Mörder“, stellte Hermann Sittner fest. Der Herr Bundeskanzler nahm es ihm übel und — erstattete Strafantrag. Vorsorglich nicht nur gegen ihn, sondern auch gegen die Verantwortlichen des elan. In Bonn wittert man offensichtlich die Chance, eine nicht konforme Zeitschrift mundtot machen zu können.

Wir brauchen Hilfe

Hermann Sittner ist bereit, den Wahrheitsbeweis für seine Feststellung auch vor Gericht zu erbringen. Herausgeber, Redaktion und Verlag des elan meinen: „Da auch diese Bundesregierung politisch, finanziell und moralisch die Vereinigten Staaten und ihr Saigoner Marionettenregime unterstützt, leistet sie Beihilfe zum Völkermord.“ Doch es genügt nicht, vor Gericht Recht zu behalten. Prozesse kosten viel Geld. Und das ist bei einer oppositionellen Zeitschrift wie elan natürlich nicht vorhanden. Mehrere hundert Mark sind inzwischen als Spenden bei uns eingegangen. Wir bedanken uns dafür herzlich!

Lieber Leser, wir sind dankbar für jede Unterstützung, und wenn sie noch so klein ist. Und wenn finanziell nichts

drinliegt, wie wärs mit praktischer Solidarität: Werbung neuer Leser?! Wir brauchen die Hilfe unserer Leser und Freunde. Schreiben Sie uns, wie Sie über diese Auseinandersetzung denken.

Internationale Solidarität

Inzwischen sind in der Redaktion Solidaritätsadressen aus verschiedenen Ländern eingegangen. Die sowjetischen Jugendzeitungen „Der junge Kommunist“ und „Rowesnik“ (Redakteure beider Moskauer Zeitschriften besuchten uns im November 1967) telegrafierte:

„Liebe Freunde, mit Empörung erfahren wir von der gerichtlichen Verfolgung Ihrer Zeitschrift. elan bedeutet Mut, Wahrheit und Ehrlichkeit. Die Verfolgung solcher Ideen weckt Besorgnis, besonders weil elan gegen solche Dinge wie Revanchismus und Neonazismus in der Bundesrepublik auftritt und die Verbrechen der amerikanischen Imperialisten in Vietnam anprangert. Im Namen unserer Leser und im eigenen Namen begrüßt die Redaktion „Rowesnik“ Ihren Kampf für die Demokratie in der Bundesrepublik und gegen die Vietnam-Aggression der USA. Wir bleiben immer mit den Deutschen in der Bundesrepublik solidarisch, die gegen die Verfolgung der demokratischen Presse im Lande auftreten.“

Wir stehen nicht allein

Der Schriftsteller Martin Walser schrieb als Kritik zur Vietnam-Debatte des Bundestages im „Spiegel“ (12/68): „Wer diesen Krieg in Schutz nimmt, wer jetzt den Schritt zur Verurteilung nicht findet, wer sich jetzt nicht wenigstens auf die Seite des protestierenden Amerika stellt, wer jetzt noch im Dulles-Rusk- und Texas-Stil den Völkermord rechtfertigt, der ist vorerst einfach mal unglaubwürdig.“

Die Fasia Story

Von Hermann Sittner

In der Essener Gruga-Halle brodelte es. 10 000 Menschen sind versammelt, Protest-Kundgebung gegen die Notstandsgesetze.

Auf den Plakaten angekündigt sind, neben den Rednern, als Sänger Dieter Süverkrüp und Fasia Jansen.

Der Versammlungsleiter berichtet: „Fasia kann leider nicht hier sein. Sie ist krank geworden.“ Enttäushtes Murren, Sprechchöre:

„Fasia, Fasia, Fasia.“ Daß Süverkrüp singt, ist Klasse. Aber es fehlt etwas — Fasia Jansen fehlt.





Die dunkelhäutige Sängerin ist populär und beliebt. Ihr politisches Engagement wird anerkannt, wo sie auch auftritt: beim Ostermarsch, bei der IG-Metall-Jugendshow oder beim evangelischen Kirchentag. Ihre Zuhörer spüren, daß dieses Mädchen da auf der Bühne überzeugt ist von dem was sie singt, daß sie genau das singt, was sie auch wirklich denkt.

Hamburg, Ausschläger Elbdeich 52; ein kleines Häuschen, einfach, Marke Nachkriegs-Eigenbau. Hinten fließt die Elbe vorbei. Ein winziges Gärtchen zwischen Fluß und Haus. Hier, bei ihrer Mutter, ist Fasia zu finden, wenn sie Ruhe braucht, wenn sie ausgelaugt ist, wenn ihr Herz ihr wieder zu schaffen macht. Und im Moment braucht sie Ruhe. Trotzdem – ich durfte sie besuchen. Sie soll mir aus ihrem Leben erzählen.

„Eine Negerin – furchtbar!“

Sie ist 1930 geboren. Unverheiratet. „Ja, 38 bin ich jetzt – und du?“ „Ich bin 33.“ „Und hast erst jetzt geheiratet? – Mensch da hab ich ja Chancen, auch noch einen abzukriegen.“ Sie lacht, aber gleich wird sie wieder ernst. Meine erste Frage bringt die Erinnerung an ihre Kindheit, die nicht glatt war und schön: „Fasia, du bist waschechte Hamburgerin – wo hast du deine dunkle Hautfarbe her?“ „Die habe ich von meinem Vater. Er war Generalkonsul aus Liberia, meine Mutter hatte bei ihm gearbeitet. Es war natürlich sehr schwer, in der Nazi-Zeit mit so 'ner Hautfarbe rumzurennen. Die anderen Kinder durften nicht mit mir spielen, und wenn ich mich in einem anderen Stadtteil blicken ließ, dann zog eine Horde von aufgehetzten Kindern hinter mir her. Und nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene brüllten: ‚Neger, Neger‘. Meiner Mutter hat man den Vorschlag gemacht, mich umzutauschen. Sie sollte ein weißes Kind bekommen und ich, so wurde gesagt, sollte in eine der Kolonien. Aber meine Mutter behielt mich. Und als ich 11 war, besuchte ich eine Tanzschule. Ich wollte Tänzerin werden.“ Mit 13 aber wurde Fasia's Traum, einmal als Tänzerin auf der Bühne zu stehen, begraben. Kurz vor dem Abschluß wurde sie aus der Tanzschule gewiesen: „Stellen sie sich vor, der Vorhang geht auf, und dahinter steht eine Negerin – furchtbar! Nicht auszudenken!“ Das war 1943.

1944 kam Fasia aus der Schule. Sie mußte einen Beruf haben. Tänzerin – das schied aus. Eine Bekannte wollte sie in ihrem Büro beschäftigen. Das Arbeitsamt verbot es: „Fasia Jansen fällt auf Grund ihrer rassischen Herkunft unter die Kategorie der Halbjuden, Zigeuner und Mischlinge. Sie darf nur für minderwertige Arbeiten verwendet werden.“ Das zarte, zierliche Mädchen kam zur Küchenarbeit in ein Internierungslager für Ausländer. Es war Schwerstarbeit für Fasia in einer kalten, primitiven Baracke.

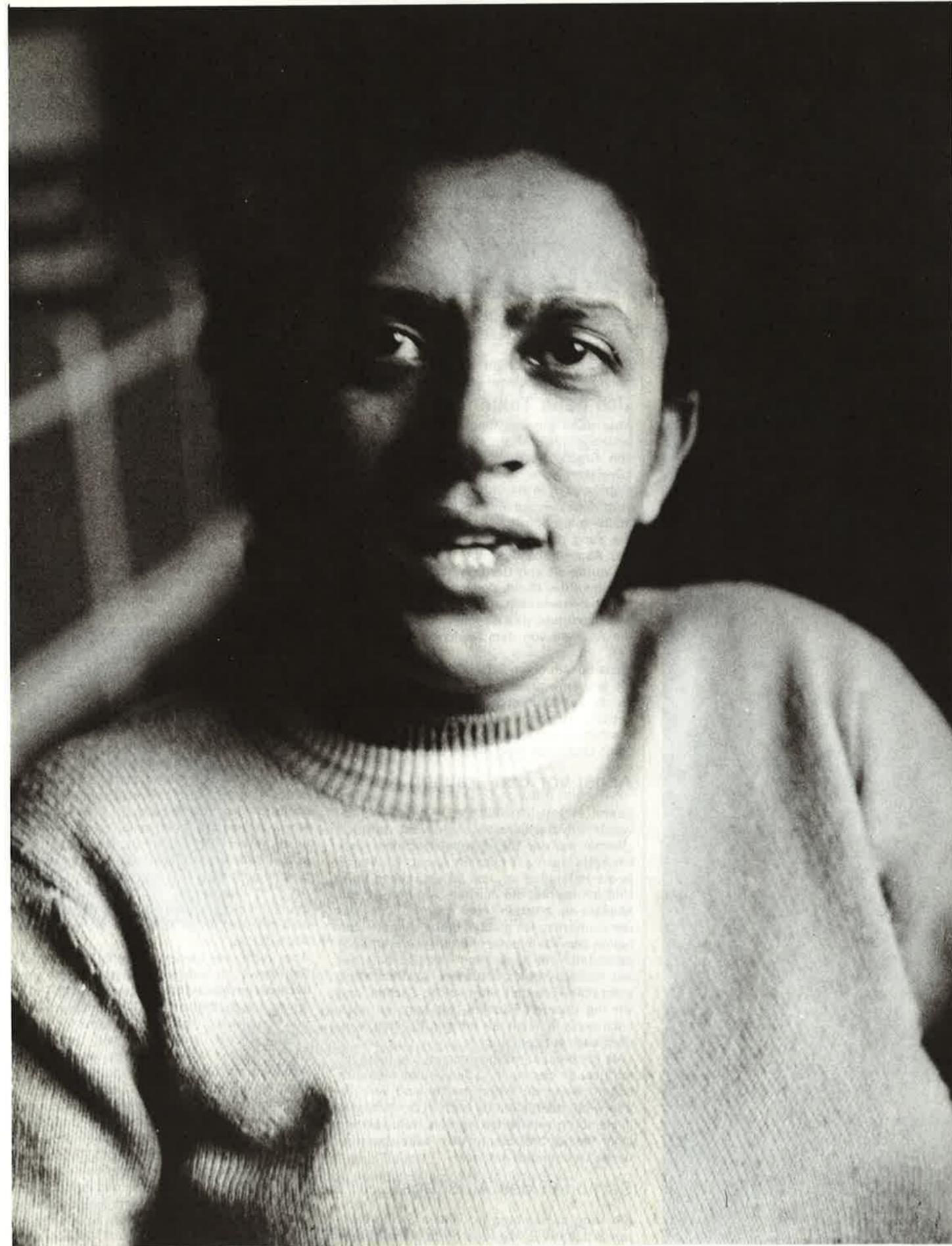
„Da bin ich zum erstenmal mit Ukrainern zusammengekommen, auch mit Italienern und Franzosen. Wir haben Volkslieder gesungen, jeder in seiner Sprache. Und der Franzose, er war Kommunist, hat mir von seiner Organisation erzählt, und davon, was man machen müßte, wenn der Krieg zu Ende sei. Es war schon eine Art Schule für mich.“ Eine zu harte Schule. Ende 1944 brach Fasia bei der Arbeit zusammen, kam ins Krankenhaus, und konnte es erst Ende Mai 45 verlassen. Aber ihr schweres, im Lager entstandenes Herzleiden und das Krankenhaus blieben bis heute – mit mehr oder weniger kurzen Unterbrechungen – ihre Begleiter.

Trotzdem, und trotz ihrer Arbeitsunfähigkeit, erhielt Fasia keine Wiedergutmachung. Und erhält sie bis heute nicht. 75 Mark Wohlfahrtsunterstützung war alles, was Fasia erhielt. Was Fasia aber behielt, war ihre Stimme, war ihre Freude an der Musik, am Singen. Aber wie sich weiterbilden? Wie die Stimme kontrollieren?

Singen im Takt der Maschine

„Dazu wollte ich mir ein Tonbandgerät kaufen. Weil das mit 75 Mark nicht geht, habe ich mir doch 'ne Arbeit gesucht, in einer Fabrik.“

Da kam ich an eine Maschine, die hatte oben eine Öffnung, wo die Gase abziehen. Aber die war nicht in Ordnung. Aber ich wollte durchhalten, ich wollte mein Tonband abbezahlen. Und dann bin ich umgekippt, hatte eine Vergiftung. Dann habe ich mir eine andere Arbeit gesucht, in einer Holzfabrik. Den ganzen Tag bücken und ein Fließband beladen. Schon Mittags war ich ganz erschlagen, ich habe nur immer gedacht: du mußt dein Tonband bezahlen, sonst holen sie es dir weg. Während dieser Zeit konnte ich gar nicht mit dem Tonband arbeiten, ich war viel zu müde dazu. Nur während der Arbeit habe ich oft





gesungen, im Takt der Maschine. Ich habe immer so eine Art Erleichterung gefunden in der Musik."

Ein paar Monate hielt Fasia die Arbeit aus, dann mußte sie wieder ins Krankenhaus.

„Ich habe Texte für Sie“

Aber dann ging es langsam aufwärts. Ihren ersten großen Auftritt hatte sie mit Liedern von Brecht im Hamburger Laienspielverein „Dreiklang“. Im Ruhrgebiet kam sie mit dem Ostermarsch in Berührung, sang – völlig unvorbereitet – auf einer Ostermarsch-Veranstaltung ein Spiritual, kam beim Publikum an. Sie sang das Lied auf dem Marsch und auf der Abschlußkundgebung in Dortmund. Und da wurde sie von Gerd Semmer gehört. Gerd Semmer, der Mann, der mit Dieter Süverkrüp zusammenarbeitete, der Texte übersetzte und selbst schrieb. Und Semmer sagte: „Mensch, die Adresse von dem Mädchen muß ich haben.“

Fasia bekam einen Brief, Semmer habe Texte für sie, sie müsse an sich arbeiten. Er gab ihr den „Weltuntergangs-Blues“, eine Übersetzung aus dem englischen. „Ich war ganz erschüttert von dem Text. Das wollte ich singen.“ Und Fasia sang dieses Lied.

Angst vor den „rauhem Kerls“

Zuerst in Helsinki, bei den Weltfestspielen, vor Bauarbeitern und auf einer Werft.

„Vorher war der Text übersetzt worden. Aber ich hatte doch ein bißchen Angst. Ich kenne ja die Hafenarbeiter, das ist ein rauhes Volk. Und ich dachte, die machen ‚Äh‘ und so und hänseln ein bißchen. Aber gar nicht. Sie waren sehr ernst. Ich glaube, daß sie verstanden hatten was ich meinte, und einige waren auch beschämt, weil sie dachten – ein Dolmetscher hat mir das später übersetzt –, Mensch, da steht eine Frau und singt solche Sachen, und wir mit unseren Fäusten, wir könnten doch auch was tun, nicht nur mit den Fäusten, sondern auch mit dem Kopf.“

„Als ich dann zurückgekommen bin, habe ich mir gesagt: das mußst du den Leuten hier auch sagen. Wenn du schon in Finnland verstanden wirst, dann mußt du auch in Deutschland, in Hamburg verstanden werden, wo du keinen Dolmetscher brauchst.“ Fasia hatte das politische Lied für sich entdeckt.

Stationen des Aufstiegs

Sie sang in Hamburg bei einem Skiffle-Wettbewerb, hatte Erfolg, und hörte die erstaunte

Frage der Journalisten: Kommt denn diese Welle jetzt auch zu uns? „Diese Welle“ – damit waren die amerikanischen Protestsänger Bob Dylan und Joan Baez gemeint.

Sie fuhr nach Düsseldorf zu Gerd Semmer und Dieter Süverkrüp, und Süverkrüp wurde ihr Vorbild: „Ich habe gesagt: ich will auch politische Lieder singen. Ich brauche Texte.“ Sie bekam ihre Texte. Semmer gab ihr welche, im „Politischen Liederbuch“ fand sie einige, sie lernte Hannes Stütz kennen und Degenhardt und Hein und Oss. Die erste Ostermarsch-Schallplatte wurde mit ihr gemacht. Sie sang auf Burg Waldeck und in Bologna und Turin bei internationalen Folksong-Treffen. Fasia sang sich in die internationale Garde der politischen Folk-Sänger. Mit ihrem Lied „An meinen amerikanischen Brieffreund Jonny“ holte sie sich den 2. Preis bei einem Wettbewerb des Südwestfunks. Und schrieb jetzt auch selbst Texte.

Es war wie ein Funke

„Wie entsteht eigentlich ein Lied bei dir, Fasia?“ Einen Augenblick überlegt sie, dann springt sie auf, holt die Gitarre, schlägt ein paar Takte. „Weißt du, der Gedanke zu einem Lied – er ist plötzlich da. Beim Ostermarsch 1966 habe ich das gemerkt. Vor mir ging ein Kind mit einem Plakat auf dem Rücken: ‚Schluß mit dem Krieg in Vietnam‘. Und plötzlich hatte ich einen Griff, einen Rhythmus, sang die Losung. Es wurde das erste Mal etwas, wie auch die Neger es haben, ich sang also diesen Text, der vor mir ging, diese Losung – und auf einmal sang der ganze Zug, Tausende sangen ‚Schluß mit dem Krieg in Vietnam‘. Und ich sang immer dazwischen: ‚Wir protestieren‘ und ‚Die Städte brennen‘ und ‚Mister Johnson – Schluß mit dem Krieg in Vietnam‘. Und zum erstenmal merkte ich, daß man Losungen singen kann, und daß die Leute das verstehen und daß sie mitgehen. Es war so etwas wie Agitprop, gute Agitprop, glaube ich. Man kann viel lernen aus der alten Agitprop-Bewegung, und man kann da Vorbilder haben, Bertold Brecht zum Beispiel. Natürlich, ich muß versuchen, auf meine Art etwas zu sagen. Jeder sollte so singen, wie er zu sprechen gewöhnt ist. Das ist ja auch so bei dem Dieter Süverkrüp. Wir haben das gleiche politische Ziel, aber er hat eine andere Art, und das ist gut so. Wir brauchen viele Leute mit eigenen Ausdrucksweisen, und man muß eine Richtung haben, muß wissen, wohin soll's gehen.“

Aber nicht alle Lieder entstehen so einfach. Seit Fasia im Ruhrgebiet lebt, hat sie sich auch mit gesellschaftlichen und sozialen Problemen beschäftigt, mit den Notstandsgesetzen und den Entlassungen der Bergarbeiter.

„Wenn ich ein Lied machen will, dann gehe ich zu Leuten, beteilige mich an Flugblatt-Aktionen, an Diskussionen und Versammlungen. Ich erfahre, was die Leute sagen. Da bekomme ich meine Argumente. Ich kann gar nicht arbeiten ohne Diskussionen. Und diese Argumente setzte ich um in Melodien und Rhythmus. Es sind dann einfache Argumente, aber ich glaube, daß sie verstanden werden.“ Sie werden verstanden. Und das ist auch das Geheimnis des Erfolges von Fasia Jansen. Jeder versteht sie. Und jeder spürt: dieses Mädchen ist überzeugt von dem was sie sagt.

der neue om-song



Manfred Vosz

Lied vom Karren und vom Dreck

Du kannst den Karren nicht aus dem Dreck zieh'n
gemeinsam mit dem Dreck,
Denn der Dreck, der zieht nach der andern Seite
und zieht dir den Karren weg.

Drum laß dich nicht von der Bild-Zeitung bilden
und sag **nicht**, Politik läßt dich kalt,
denn von zahmen Tieren ernähren sich die Wilden,
und vom Wegsehen lebt die Gewalt.

Und wird morgen bei uns das Recht gebogen
und der Bogen überspannt,
dann macht die Welt einen Bogen um uns,
und die Boger schaukeln das Land.

Drum laß dich nicht von der Bild-Zeitung bilden ...

Von denen, die Heil gerufen haben
wird Deutschland nicht geheilt.
Drum gib du dem Maulkorb-Mann einen Korb,
denn der Maulkorb wird schon verteilt.

Drum laß dich nicht von der Bild-Zeitung bilden ...

Du kannst den Karren nicht aus dem Dreck zieh'n
gemeinsam mit dem Dreck,
denn der Dreck, der zieht nach der andern Seite
und zieht dir den Karren weg.

Drum laß dich nicht von der Bild-Zeitung bilden ...

Text: Erich Fried
Musik: Manfred Vosz

Eine neue
»pläne« Schallplatte:

MIKIS THEODORAKIS ICH RUFE ZUM KAMPF!

Mikis Theodorakis, Politiker und Komponist, dessen Musik nach dem Militärputsch in Griechenland unter Androhung von hohen Strafen verboten wurde, ist heute das Symbol für den Widerstand des griechischen Volkes gegen das herrschende faschistische Regime. Elf seiner Lieder sind auf dieser Schallplatte, gesungen von Dora Giannakopoulou, die durch das Theater mit Theodorakis und seiner Musik zusammenkam. Nach dem Putsch verließ sie mit ihrem Ensemble Griechenland. Zur Zeit ist sie auf Europatournee und singt für ihre in der Emigration lebenden Landsleute die Lieder von Mikis Theodorakis.

Bestell-Nr. S 55110
mit Textbeilage DM 19,-

Verlag „pläne“ GmbH
46 Dortmund
Humboldtstr. 12 - Tel. 33996 15

elan sprach mit Betriebsjugendvertretern der Dortmunder Großunternehmen Hoesch, Zeche Hansa und Zeche Gneisenau:

Brauchen wir Mitbestimmung in allen Bereichen der Wirtschaft? Nützt die Mitbestimmung uns jungen Arbeitern? Einhellige Meinung:

„Die Unternehmer sagen uns nichts von technischen Veränderungen im Betrieb. Wir wissen nicht, ob unser Beruf morgen noch gefragt ist, weil wir eben keine Informationen bekommen. Weil wir nicht mitentscheiden können. Deshalb fordern wir unsere jungen Kollegen auf:

diskutiert auch ihr das Problem Mitbestimmung am Beispiel eures Betriebes!“ elan informiert über die Situation in Sachen Mitbestimmung. Wir eröffnen die Diskussion: wie kann die Mitbestimmung in eurem Betrieb den Jugendlichen nützen? Schreibt uns eure Meinungen.

Hans-Jörg Hennecke

„Wir wollen mitbestimmen!“

„Nichts wird mich veranlassen, mir irgend etwas abtrotzen zu lassen. Ich erwarte und verlange volles Vertrauen – mit der Versicherung, daß ich auf meinem Boden Herr sein und bleiben werde.“¹⁾

96 Jahre sind ins Land gegangen, seit Alfred Krupp seinen Arbeitern mit diesen Worten klarmachte, wer im Betrieb etwas zu sagen und wer kleine Brötchen zu backen hatte. Gewaltige technische Veränderungen kennzeichnen das vergangene Jahrhundert. Durch den ständigen Kampf der Gewerkschaften wurde erreicht, daß wir nicht mehr 14 Stunden täglich arbeiten müssen, wie unsere Urgroßväter. Statt im 4. Klasse-Abteil fahren viele von uns mit dem eigenen Gebrauchtwagen zur Schicht. Doch die Herrschaftsmethoden in den Betrieben sind in diesem Jahrhundert kaum erschüttert worden.

„Die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Abhängigkeit vom Marktgeschehen, von privater Wirtschaftsmacht und die Ungleichheit der Bildungschancen sind nicht überwunden!“ Das stellt der DGB in seinem Grundsatzprogramm fest.

Stopschild für Demokratie

Mit allen Mitteln stemmen sich die Unternehmer gegen die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeiter. Sie haben der Demokratie in ihren Betrieben Hausverbot erteilt. Sie wol-

len die alten Besitz- und Machtverhältnisse aus dem vorigen Jahrhundert beibehalten. 0,3% der Bürger unseres Landes besitzen mehr, als die restlichen 99,7%. Das soll so bleiben.

Mit dieser wirtschaftlichen Machtposition bestimmen die Unternehmer über Millionen Arbeiter. Wenn es ihnen aus privaten Profitgründen notwendig erscheint, werfen sie Tausende auf die Straße. Wie im Fall Opel-Bochum geschehen.

Und dann wird diese kapitalistische Gesellschaftsordnung auch noch als „Vorteil“ für die arbeitenden Menschen hingestellt. Prof. Siegfried Balke (CSU), Präsident der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände: „Privates Eigentum aber ist das Fundament dieser Ordnung, das entscheidende Kriterium des Unterschiedes zwischen der westlichen und der östlichen Welt. Darum gehen Angriffe, die auf das Eigentum als Institution gerichtet sind, an das Fundament dieser Ordnung.“²⁾

Deutlicher kann wohl kaum gemacht werden, daß die Unternehmer diesen Staat als ihr Privateigentum betrachten.

Sie wollen ihre Herrschaftsrolle für alle Zeiten zementieren. Das wird indirekt selbst von Springern unternehmerfreundlicher Zeitung „Die Welt“ zugegeben. Dort schreibt Heinz Pentzlin als Entgegnung auf die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften: „Mit-

dieser Regelung würde den Gewerkschaften... ein beherrschender Einfluß in der gesamten Wirtschaft und damit in der Gesellschaftsordnung eingeräumt.“³⁾

Hier wird also unverhüllt bestätigt, daß unsere Gesellschaftsordnung von denen bestimmt wird, die die Macht in der Wirtschaft ausüben. Und das sind uneingeschränkt die Unternehmer.

Deshalb ist der Kampf um gleichberechtigte Mitbestimmung vom Arbeitsplatz bis zur staatlichen Wirtschaftsplanung eine der wichtigsten Kampfaufgaben der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften. Mitbestimmung ist die Voraussetzung der Demokratie.

Mitbestimmung - Voraussetzung der Demokratie

Auf der Großkundgebung des DGB „Mitbestimmung – eine Forderung unserer Zeit“ erklärte Ludwig Rosenberg: Mitbestimmung bedeutet das Ende des Herr-im-Hause-Standpunktes, das Ende der Diktatur einer Gruppe der Wirtschaft über alle anderen. Und auch das Ende der gewollten Unmündigkeit der Arbeitnehmer.

Den Unternehmern warf er vor, sie wollten längst überholte Privilegien erhalten. „Sie wollen Herren im Hause bleiben, und wer Herren will, muß auch Knechte wollen.“⁴⁾ In der Praxis sieht das so aus: der Dreherlehrling Horst-Dieter Matzpol in Duisburg be-

stand seine Gehilfenprüfung mit der Note 1, wurde aber trotzdem sofort entlassen. Durch technische Veränderungen im Betrieb war er den Anforderungen seines Berufes nicht gewachsen.

Über ein neues Ausbildungssystem, das den Erfordernissen von Rationalisierung und Automation gerecht wird, sollen nach dem Willen der Unternehmer weder junge Arbeitnehmer, Jugendvertreter noch Betriebsräte mitentscheiden. Sie erhalten keinerlei Information über technische Veränderungen an ihrem Arbeitsplatz. Und werden schließlich von einem Tag auf den anderen mit der Tatsache konfrontiert, daß sie stempeln gehen müssen. Gerade deshalb bringt die Mitbestimmung besonders den jungen Kollegen echten Nutzen. Deshalb fordert der DGB als ersten Schritt die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Unternehmen, die mindestens zwei der folgenden Merkmale aufweisen:⁵⁾

- 2000 Arbeitnehmer
- 75 Millionen DM Bilanzsumme
- 150 Millionen DM Umsatz

Die Regierung der Großen Koalition hat sich auch in der Mitbestimmungsfrage auf die Seite der Unternehmer geschlagen. Per Sach-

verständigenausschuß wurden alle gesetzgeberischen Initiativen auf Eis gelegt. Mit Befriedigung konnte der Arbeitgeberverband daher feststellen: „Auch die Bundesregierung wird, wie sich aus der Regierungserklärung ergibt, keine Gesetzesinitiativen mehr zur Mitbestimmungsfrage ergreifen.“⁶⁾

Die regierungsoffizielle Einschätzung der Mitbestimmung wird deutlich im staatsbürgerkundlichen Unterricht z. B. der Bundeswehr. In den Unterrichtsweisungen für die entsprechenden Unterführer und Offiziere heißt es dort: „Eine Mitbestimmung ist nicht möglich bei der sachlichen Planung und Führung des Betriebes, also vor allem bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden durch Automation (Rationalisierung)...“⁷⁾

Begründung: „Dem Arbeitnehmer fehlen dazu die Kenntnisse...“ Die Haltung des DGB macht deutlich, daß hier der wichtigste Bereich der Mitbestimmung liegt:

„Da die wichtigsten Entscheidungen, die für die Lage des Arbeitnehmers bestimmend sind, in den Unternehmensspitzen fallen, gilt es hier Einfluß zu nehmen. Die Entsendung von Kollegen in den Aufsichtsrat garantiert eine früh-

zeitige Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen. Sie stellt einen wirksamen Schutz gegen Willkürmaßnahmen dar.“⁸⁾ Mitbestimmung bedeutet nicht nur, die Aufsichtsräte der Kapitalgesellschaften zur Hälfte mit Arbeitnehmervertretern zu besetzen. Es geht darum, die Rechte des einzelnen, des Betriebsrates und der Jugendvertretung nach dem Betriebsverfassungsgesetz auszubauen. Es geht um Mitbestimmung im Betrieb, auf Konzernebene, im Wirtschaftsbereich bis hin zur staatlichen Wirtschaftsplanung. Wer die Demokratie ernst nimmt, darf sie den Menschen im Betrieb nicht vorenthalten, denn dort ist ihre Existenzgrundlage.

¹⁾ Alfred Krupp vor den Arbeitern der Gußstahlwerke Essen, Juli 1872. Zitiert nach „Das Mitbestimmungs-gespräch, Düsseldorf, 5-7/64“

²⁾ Prof. Balke auf der Jahrestagung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 7. 12. 67 in Bad Godesberg

³⁾ Heinz Pentzlin: „Erweiterte Mitbestimmung?“, Leitartikel in „Die Welt“, 15. 3. 68

⁴⁾ DGB Nachrichtendienst, Düsseldorf, 12. 3. 68

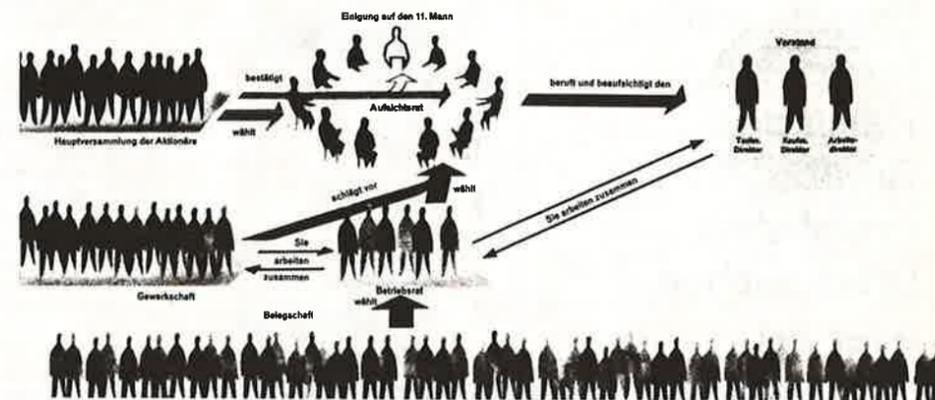
⁵⁾ Gesetzentwurf des DGB vom 12. 3. 68

⁶⁾ Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1967, Seite 18

⁷⁾ Information für die Truppe, 9. 1967, Seite 609

⁸⁾ Dipl. Volkswirt B. Otto in DGB-Broschüre „Mitbestimmung – Argumente, Informationen, Düsseldorf 1967“

Mitbestimmung im Betrieb



10 000 Gewerkschafter demonstrierten in Köln für die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft.

1.000 Arbeiter der Ford-Werke und Studenten erklärten nach einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung, „daß der Druck auf die Studenten... ebenso wie der auf die Arbeiter den wirtschaftlichen Gewinninteressen entspringt. Ihre gemeinsame Forderung lautet deshalb: Demokratisierung der Betriebe, Demokratisierung der Universität!“



druckt
von DIN A 6 bis
DIN A 2
Bücher,
Broschüren,
Prospekte,
Kataloge,
Briefbogen,
Preislisten,
Drucksachen
aller Art

HOSCH GmbH.
6 Frankfurt
am Main W 13
Kurfürstenplatz 42
Tel. 778273

Peter Rath



STECK BRIEFE



PAWEL NAUMOW



**Bonn
Macht & Ohnmacht**

Hans Georg Anscheidt



MITARBEITER DER ZEIT untersuchen in PERSPEKTIVE 1980 Deutschlands Chancen, im Wettlauf der Industrienationen nicht auf der Strecke zu bleiben. Ihr Rezept: „In Bonn muß ein ‚Ministerium für Forschung und Technologie‘ gegründet werden... Regierung und Parlament müssen Milliarden und aber Milliarden für die ‚Finanzierung der Zukunft‘ zur Verfügung stellen... Wir müssen neue politische Prioritäten formulieren.“ Doch wer wie Mitautor Klaus Seemann die Aufhebung „der die Bundesrepublik einseitig diskriminierenden Rüstungsbeschränkungen“ fordert, dürfte Orwells 1984 näher sein, als 1980.

(Dieter Stolze (Hrsg.): PERSPEKTIVE 1980, Deutschland: Industriestaat ohne Zukunft?, DIE ZEIT BÜCHER, Wegner Verlag, 154 S.)

IM TITEL dieses Gedichtbandes, ein Ergebnis internationaler Kooperation auf dem Gebiet der sozialistischen Poesie, klingen die Schlußfragen aus dem Solidaritätslied von Brecht und Eisler an: „Wessen Straße ist die Straße? Wessen Welt ist die Welt?“

Schriftstellerverbände in Sofia, Prag, Berlin, Ulan-Bator, Warschau, Moskau und Budapest trugen zusammen, was 160 Autoren aus sozialistischen Staaten zeichnen: „Unsere Straße“, ihren und unseren Weg durch die Geschichte und das Ereignis, das sie vereint: der Große Oktober.

(WESSEN WELT..., Verlag Volk und Welt, Berlin (DDR), 322 Seiten, Leinen, 7,80 DM)

AN DEN HEILIGEN GÜTERN der amerikanischen Nation rüttelt John Kenneth Galbraith, Harvard-Professor und Kennedy-Freund in seinem Buch „DIE MODERNE INDUSTRIEGESellschaft“. Er räumt gründlich auf mit den herrschenden Vorstellungen von der freien Marktwirtschaft und der Ideologie vom freien Unternehmertum.

Seiner provozierenden Schlußfolgerung, daß sich östliche und westliche Industriegesellschaften aneinander angleichen, kann man jedoch nicht zustimmen, denn Wirtschaften unter der Herrschaft des Privatkapitals oder des Gemeineigentums zeigen deutliche Unterschiede.

(John Kenneth Galbraith „DIE MODERNE INDUSTRIEGESellschaft“ Dreemer Knauer, 464 Seiten, Leinen, 24,- DM)

BONN – MACHT UND OHNMACHT, für Sowjetbürger geschrieben, kommt nun auch in die Hände deutscher Leser. Sein Autor, Pawel Naumow, kennt die Bundesrepublik aus eigener Erfahrung als Prawda-Korrespondent in Bonn. Die Sowjetunion hat im 2. Weltkrieg die größten Opfer bringen müssen. Heute wird unser Verhältnis zur UdSSR nach wie vor von einem sterilen Antikommunismus bestimmt. Man muß wirklich die Frage stellen: „Sollte dieses Meer von Blut umsonst vergossen worden sein, hat die Geschichte einen bösen Scherz mit denen getrieben, die ihr Leben hingaben?“

(Pawel Naumow: BONN – MACHT UND OHNMACHT, Röderberg-Verlag, 376 Seiten, Leinen 14,60 DM)

KLAR UND OHNE UMSCHWEIFE schildert Hans Georg Anscheidt in seinem Buch MEIN LEBEN ZWISCHEN START UND ZIEL die Härte des Motorsports. Anscheidt, mehrfacher Deutscher und Weltmeister im Motorsport beschreibt darin anschaulich, wie er seine sportliche Laufbahn begann und wie er nach harten und entbehrungsreichen Jahren seine großen Erfolge errungen hat, durch die er sich in die Weltelite der Motorsportler einreichte.

(Hans Georg Anscheidt, MEIN LEBEN ZWISCHEN START UND ZIEL, 124 Seiten, Leinen, Teubner-Verlag, Stuttgart)

Die Jugendpolitik der Großen Koalition (I)

For— mierung im Sinne der Bonner Außen— politik

„Diese lebendige Bereitschaft zur Freundschaft mit der Jugend der Welt bietet der deutschen Politik die einzigartige Chance, über die Jugend ihre außenpolitischen Bestrebungen und Notwendigkeiten in die Zukunft zu tragen und sie für Generationen zu festigen.“ Dieser Satz stammt nicht aus einem Geheimbericht über Möglichkeiten der Manipulierung der Jugend — er stammt vielmehr aus dem ersten Jugendbericht der Bundesregierung, der im Juni 1965 veröffentlicht wurde, aber erst im Oktober 1967 im Bundestag Beachtung fand. *) In schöner Offenheit heißt es in diesem Bericht, die internationale Jugendarbeit sei ein „wichtiges Mittel politischer Bildung und ein bedeutsames Element deutscher Außenpolitik“.

Die Bundesregierung hat seit einigen Jahren ihre Bemühungen verstärkt, die internationale Jugendarbeit der Jugendverbände in die von ihr gewünschten Bahnen zu lenken. Um die Jugendverbände von den „außenpolitischen Notwendigkeiten“ (Jugendbericht) zu überzeugen, wurden mehrere Institutionen geschaffen. Während

„Der VDS wehrt sich entschieden gegen Tendenzen, die ihre Ziele in einer Gleichschaltung der Jugend im Sinne einer Staatsjugend der Bundesrepublik haben. Die Gründung von Institutionen wie der Internationale Jugendaustausch- und Besucherdienst (IJAB) oder das Bundesjugendkuratorium, lassen deutlich erkennen, daß man beabsichtigt, den Willensbildungsprozeß der Jugendverbände seiner Eigenständigkeit zu berauben. Auf diese Weise sollen die Jugendverbände durch finanzielle Abhängigkeit politisch manipuliert werden. Der VDS zieht seine Vertreter aus den genannten Institutionen zurück und bemüht sich um den Aufbau ei-

man sonst in Bonn auf eine allgemeine Finanzknappheit verweist, wenn die Jugend Forderungen erhebt, wurde die internationale Jugendarbeit auch finanziell zu einem besonderen Schwerpunkt: Die Förderungsmittel auf diesem Gebiet steigerten sich von 7 Mill. DM 1965 auf 8,6 Mill. DM 1966 und auf 10,5 Millionen DM 1967. Hinzu kommen jährlich 20 Millionen DM, die in den gemeinsamen, deutsch-französischen 40-Millionen-Fonds für den Jugendaustausch zwischen beiden Ländern fließen.

Geld nur für Bonner Politik

Damit dieses Geld im Sinne der Bundesregierung richtig angewendet wird, hat der internationale Referent des Bundesfamilienministeriums, Ministerialrat Dr. Hanns Ott, klar gestellt: „Es erübrigt sich fast, von jedem internationalen Jugendprogramm zu verlangen, daß es vor allem dann, wenn es aus öffentlichen Mitteln gefördert werden soll, höchsten Qualitätsanforderungen entspricht und eine pädagogisch politische Wirkung aus-

ner gemeinsamen Front mit anderen Jugend- und Studentenverbänden, die gleichfalls zu einer formierenden Mitarbeit in solchen Gremien nicht bereit sind. Er beteiligt sich nicht an dem projektierten, nur scheinbar größere studentische Repräsentanz gewährleistenden ADS *). Der VDS warnt ausdrücklich davor, die Jugendverbände ihrer Selbständigkeit zu berauben, sie durch Gleichschaltung an bestimmte Interessen zu binden und sie zu einer Staatsjugend formieren und integrieren zu wollen. Der VDS fordert alle Jugend- und Studentenverbände der Bundesrepublik auf, diese restaurative Entwicklung wachsam zu verfolgen und sich ihr energisch zu widersetzen.“

„Wie sieht nun diese Außenpolitik aus, die in der internationalen Jugendarbeit Anwendung finden soll? Diese Frage wird besonders in einem Augenblick bedeutsam, da sich die Bundesregierung anschickt, den Wunsch der Jugendverbände nach Verständigung mit der osteuropäischen Jugend verstärkt im Sinne ihrer Politik zu unterlaufen.“

Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Egon Klepsch, führte im Herbst 1967 auf einer Veranstaltung seiner Organisation aus, „daß nach wie vor die Regierung der Großen Koalition auf den folgenden drei Grundsätzen bestehen werde: 1. keine staatliche Anerkennung des Regimes in Mitteleuropa; 2. unverbrüchliche Verbindung zwischen der Bundesrepublik und Berlin; 3. keine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie vor einem endgültigen Friedensvertrag.“ *) Also keine Änderung der bisherigen Außenpolitik gegenüber Osteuropa, weiterhin Nichtanerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen, weiterhin

Diesen Beschluß verabschiedeten die Vertreter von 280000 Studenten bei der Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) im März in München. Der Beschluß beleuchtet die Jugendpolitik der Großen Koalition in Bonn. Wenn man in Bonn nicht gerade damit beschäftigt ist, die von ihren Grundrechten Gebrauch machenden jugendlichen Demonstranten zu diffamieren, ist man dort durchaus bestrebt, die Jugend im Sinne der eigenen Politik einzuspannen. Mit diesen Bemühungen beschäftigt sich unsere Serie über die Jugendpolitik der Großen Koalition. Die Serie beginnt mit einer Darstellung der internationalen Jugendpolitik.

der Anspruch für ganz Deutschland zu sprechen und Westberlin in die Bundesrepublik einzugliedern. Und für diese Politik sollen die Jugendverbände eingespannt werden.

Koordination in der Ostpolitik

Am 20. Juni 1967 hatte der Bundesfamilienminister Dr. Heck den Jugendverbänden die Grundsätze der Bundesregierung für eine gesamtdeutsche Politik zugeleitet, mit der Aufforderung, diese Grundsätze „in entsprechender Weise“ zu berücksichtigen. Darin heißt es, die DDR-Kontakte müßten der Wiedervereinigung Deutschlands „in einem freiheitlichen Rechtsstaat“ und „der Kräftigung des freiheitlichen Bewußtseins dienen und nicht dem etablierten Herrschaftssystem der Zone“. Mit anderen Worten: Übertragung des „westlichen

*) ADS = Arbeitskreis Deutscher Studentenschaften, geplanter Zusammenschluß zur Verteilung der Bundesjugendplanmittel, in dem der VDS nicht mehr die Vertretung der Studentenschaften wäre.





freiheitlichen" Systems auf die DDR. Die Bundesregierung fordert in diesen bisher nicht revidierten Grundsätzen dazu auf, „unkoordinierte Aktionen zu vermeiden“. Für die Förderung der Ostkontakte der Jugend ist noch immer die Bestimmung des Bundesfamilienministers vom 18. Juni 1965 gültig, die eine Konsultation mit dem Auswärtigen Amt vor Antritt der Reise vorschreibt. Ferner wird eine sorgfältige Auswahl der Teilnehmer und ihre Schulung über die „besonderen Umstände“ eines solchen Besuchs verlangt. Der Leiter der deutschen Teilnehmer muß dem Bundesfamilienministerium nach Abschluß der Reise einen ausführlichen Bericht in dreifacher Ausfertigung über Verlauf und Ergebnisse der Begegnung vorlegen.

Instrumente der Formierung

Zur Durchsetzung ihrer außenpolitischen Zielsetzung im Rahmen der Jugendarbeit hat sich die Bundesregierung ein Instrumentarium mit mehreren Institutionen geschaffen, um Aufgaben in Regierungsverantwortung zu übernehmen, die bisher den Jugendverbänden vorbehalten waren.

Es fing 1963 mit der Schaffung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes (DFJW) an, das heute zur Propagierung der Außenpolitik der Bundesregierung in Frankreich genutzt wird. Gleichberechtigte und unabhängige Kontakte zu den zahlenmäßig sehr starken kommunistischen und linkssozialistischen Gewerkschaften und Jugendverbänden sind im Rahmen des DFJW verboten.

Kein Platz beim DFJW — und das ist bezeichnend — war für die Sekretärin Beate Klarsfeld, die an Bundeskanzler Kiesingers Nazi-Vergangenheit erinnerte und deshalb entlassen wurde¹⁾. Das Kuratorium des DFJW hat diese Maßnahme gegenüber Frau Klarsfeld nicht kritisiert — kein Wunder, sind doch die demokratischen Ju-

gendverbände in diesem Gremium hoffnungslos unterrepräsentiert. Gegen den heftigen Widerstand der Jugendverbände installierte die Bundesregierung 1967 einen Internationalen Jugendaustausch- und Besucherdienst (IJAB) der — so Dr. Ott — ein „überaus wertvolles Instrument ebenso für die nichtorganisierte Jugend wie für die Verbände und Einrichtungen zur Verwirklichung wertvoller und exemplarischer internationaler Kontaktprogramme“ sein werde²⁾. Die Schaffung des Besucherdienstes war bereits vor Bildung der Großen Koalition in Absprachen von CDU- und SPD-Politikern vereinbart worden. In einem IJAB-Kuratorium, das wurde als Trostpflasterchen gewährt, sollen die Jugendverbände „mitwirken“ dürfen, nicht jedoch „mitbestimmen“. Die Formierung der Kräfte für die bundesdeutsche Außenpolitik — „Zusammenspiel der freien und öffentlichen Träger“ nennt es der IJAB in einem Prospekt — soll die Zurückdrängung solcher Jugendverbände bewirken, die sich der Gleichschaltung widersetzen. Dr. Ott nörgelt an diesen Verbänden herum: Sie bekundeten „alles andere als einen Reichtum an Ideen und Initiativen für neue Formen und Programme der internationalen Jugendarbeit“³⁾.

Besonderes plant der IJAB offenbar im Rahmen der Ostkontakte. In dem Aufgabekatalog des IJAB wird angekündigt: „Planung und Durchführung von zentralen jugendpolitischen Maßnahmen im Rahmen des Ost-West-Austausches, soweit andere geeignete Träger in der Bundesrepublik Deutschland nicht vorhanden sind.“

Im Zuge der Okkupation von Aufgaben der Jugendverbände durch Regierungseinrichtungen hat der Besucherdienst jetzt einen Informationsdienst „Nachrichten aus dem Bereich des Internationalen Jugendaustausches“ herausgegeben und die Schaffung einer Briefpartnerkartei angekündigt, um Kontakte mit jungen Leuten in Osteuropa und Übersee herzustellen.

Besonders intensiv sind die Bemühungen des Bundesfamilienministers und CDU-Generalsekretärs Dr. Bruno Heck der Jugend der Bundesrepublik die faschistischen Jugendverbände in Portugal und Spanien als Kontaktpartner schmackhaft zu machen. Wiederholt konferierte er mit seinen Ministerkollegen in Madrid und Lissabon über den

Jugendaustausch und lud faschistische Jugendführer in die Bundesrepublik ein.

„Teile und herrsche“ bei Olympia-Fahrt

Das Prinzip „Teile und herrsche“ wendet Bonn gern an, um im Bereich der Jugendverbände seine jugendpolitischen Vorstellungen durchzusetzen. Dabei werden die Meinungsverschiedenheiten ausgenutzt, die entstehen können, wenn im Bundesjugendring der Verteilerschlüssel für die Förderungsmittel aus dem Bundesjugendplan beschlossen wird. Alljährlich versucht die Führung der Deutschen Sportjugend (DSJ) dabei den Schlüssel zu ihren Gunsten und zu Lasten der anderen Verbände zu ändern. Da diese Bemühungen nicht fruchten, wenden sich die DSJ-Funktionäre gern an Dr. Heck, der der DSJ seinerseits mit Zusagen für internationale Programme entgegenkommt. So erhielt die Sportjugend die Mehrzahl der Teilnehmerplätze bei der „Japanfahrt der deutschen Jugend 1967“ und die Leitung dieses Unternehmens zugeschanzt. Sie durfte die „deutsche Jugend“ in Japan repräsentieren⁴⁾. Gleiches soll bei der diesjährigen Olympiade der Jugend nach Mexiko-City geschehen: Auf Antrag der CDU/GSU-Fraktion erhielt die Sportjugend die Trägerschaft für diese Fahrt zugesagt. Bundesminister Lücke erklärte dazu im Bundestag: „Die Jugendlichen der Delegation sollen die ganze Jugend der Bundesrepublik repräsentieren.“ Die Einwände des Bundesjugendringes, wenn es um die Repräsentation der Jugend gehe, habe auch er ein Wort mitzureden, wurden vom Tisch gefegt. Ministerialrat Dr. Ott und DSJ-Bundesvorsitzender Buchholtz fuhren nach Mexiko, um den Besuch von 80 Jugendlichen aus der Bundesrepublik vorzubereiten; um vollendete Tatsachen zu schaffen.

Das Alleinvertretungsrecht für die Jugend der Bundesrepublik, das Heck aus taktischen Erwägungen der DSJ zugesteht, soll offenbar auch bei den Olympischen Spielen 1972 in München Fortsetzung finden. Ohne den Bundesjugendring zu konsultieren, berief das Organisationskomitee der Münchener Olympiade den DSJ-Vorsitzenden Dieter Buchholtz zum stellvertretenden Vorsitzenden eines Ausschusses für das Internationale Jugendlager⁵⁾, das 1972 in München stattfindet. Wie man jetzt beim Taktieren der Sportjugend hinsichtlich einer Festival-Teilnahme fest-

stellen konnte, trägt das „Teile-und-herrsche“ Dr. Hecks Früchte: Die Sportjugend-Führung torpedierte die Erklärung des Bundesjugendringes zum Weltjugendfestival als „einseitig“, weil in ihr die Vietnam-Politik der USA verurteilt wurde.

Wem soll europäisches Jugendwerk dienen?

In den Jugendverbänden hat der Wunsch nach Verständigung und Freundschaft mit der Jugend ganz Europas die Forderung nach einem Europäischen Jugendwerk immer lauter werden lassen. Auch die Parteien der Großen Koalition haben sich dieser Forderung angenommen und eine Verwirklichung in Aussicht gestellt. Angesichts der Formierungstendenzen der Jugendarbeit im Sinne der Bonner Außenpolitik muß jedoch vor der Schaffung eines solchen Jugendwerkes die Frage beantwortet werden: Welchen Charakter soll ein solches Europäisches Jugendwerk haben? Soll es den Alleinvertretungsanspruch Bonns und die Isolierung der DDR propagieren? Soll damit den jungen Polen die Grenze vor 1937 schmackhaft gemacht werden? Soll es bei den Jugendlichen der CSSR Verständnis für revanchistische Kräfte in der Bundesrepublik wecken?

Das gegen Entspannung und Verständigung gerichtete Konzept der großen Koalition kann kaum ein geeignetes Konzept der Jugend sein — nicht in der Bundesrepublik und nicht in Europa.

Uwe Sommer

1. Bericht über die Lage der Jugend und die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe gemäß § 25 Abs. 2 des Jugendwohlfahrtsgesetzes — Jugendbericht, Bundestagsdrucksache IV/3515, 14. 6. 1965.
2. Dr. Hanns Ott „Grundzüge der heutigen und zukünftigen internationalen Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland“, in „Jahrbuch 1966/67“ der Gesellschaft für Internationalen Jugendaustausch, Bonn, Juni 1967.
3. JW-Dienst, Wiesbaden 10. November 1967, 8 0688.
4. Siehe „elan“ Nr. 3 68, März 1968.

Festival:

Jugendring gegen US-Krieg

Im Deutschen Bundesjugendring hat eine Mehrheit der Jugendverbände den Krieg der USA in Vietnam verurteilt. Gleichzeitig verdeutlichte der DBJR seine Haltung zum Weltjugendfestival in Sofia, an dem er teilnehmen möchte. Mit dem Arbeitskreis Festival hat er Verhandlungen aufgenommen. Und am 18. März trafen sich Vertreter des internationalen Vorbereitungskomitees (IVK), des Arbeitskreises und des DBJR in Frankfurt/Main zu einer Aussprache.

Zum Schrecken der Bundesregierung erklärte die Mehrheit der DBJR-Verbände: „Wir fordern die sofortige Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam durch die Amerikaner, die unverzügliche Beendigung aller Kriegehandlungen und die sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen aller Beteiligten.“ Die Jugend der Bundesrepublik wird zu einer Spendenaktion für eine Poliklinik in Nordvietnam und für ein buddhistisches Waisenhaus in Südvietnam aufgerufen. Weiter fordert der Bundesjugendring zum Kampf gegen Kolonialismus und Neozinismus, für nationale Befreiung, normale Beziehungen zwischen allen Staaten, Abrüstung und Gewaltverzicht auf. Der Bundesjugendring: „Wir wollen uns im Sinne dieser Erklärung an den IX. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Sofia beteiligen, um dort unsere Auffassung im Geiste der Zielsetzung für Solidarität, Frieden und Freundschaft zu diskutieren.“

Der Arbeitskreis Festival, der in der Bundesrepublik die Weltfestspiele vorbereitet, hat die Erklärung des Bundesjugendringes als eine Abkehr von bisherigen Anti-Festival-Positionen begrüßt. Er befürwortet die Reise eines gemeinsamen Teilnehmerkreises, dem Delegationen der Mitgliedsorganisationen des Arbeitskreises, des DBJR und anderer Vereinigungen angehören. Gleichzeitig stellte der Arbeitskreis mit Unterstützung des IVK klar: Die revanchistische Deutsche Jugend des Ostens hat sich selber aus dem Festival ausgeschlossen. Ihre Mitglieder, die sich ein Vertretungsrecht für die Jugend Osteuropas anmaßen, sind beim Festival unerwünscht.

Leider hat sich der Bundesjugendring zu der DJO-An-

maßung bisher ausgeschwiegen. Es wäre sicher auch notwendig, daß der Bundesjugendring einen Apell an die Bundesregierung richtet und sie auffordert, ihre Unterstützungspolitik für den US-Völkermord in Vietnam einzustellen. Dies würde der Haltung der Mehrheit der Jugend entsprechen. In Offenen Briefen hat der Arbeitskreis die Sportjugend

und die Beamtenjugend aufgefordert, ihre Haltung zum Festival zu überprüfen. Beide Verbände hatten der DBJR-Erklärung nicht zugestimmt und sie als „einseitig“ bezeichnet. Der Arbeitskreis: Die DBJR-Erklärung zeigt eine der Möglichkeiten für die Solidarität. Es kommt auf Friedensinitiativen an: in Wort und Tat, gegen die US-Aggression. Arno Rann

Informationen - Termine

SEINEN 1. JUGENDELEGIERTEN-TAG will der Deutsche Bundesjugendring am 8./9. Juni 1968 in der Frankfurter Paulskirche veranstalten. Thema dieses Treffens von 900 Jugendlichen ist „Denken und Handeln für den Frieden“. In Arbeitsgemeinschaften soll über Erziehung, Politik, Entwicklungshilfe und kirchliche Probleme im Zusammenhang mit dem Friedens-Thema beraten werden. Eine Podiumsdiskussion und eine kulturelle Revue-Veranstaltung für die Frankfurter Jugend schließen sich an.

DEN RÜCKTRITT DES BUNDES-PRÄSIDENTEN DR. H. LÜBKE haben die Deutschen Jungdemokraten und der Gründungsausschuß für eine revolutionäre sozialistische Jugendorganisation gefordert. Die Jungdemokraten erklärten: „Der Bundespräsident kann die unerträgliche Diskussion um seine Person nur durch seinen Rücktritt beenden.“ Der Gründungsausschuß: „Der ehemalige KZ-Baumeister Heinrich Lübke ist untragbar für das hohe Amt des Bundespräsidenten.“

„1. MAI — FRIEDEN, DEMOKRATIE, SOZIALE SICHERHEIT“ ist das Motto einer großen Vorveranstaltung zum 1. Mai, die der 19-Uhr-Club der Essener IG Metall am 28. April 1968 veranstaltet. Es spricht Georg Benz, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

„AUF DEUTSCHEM BODEN“ bestehen zur Zeit faktisch zwei Staaten deutscher Nation. Von dieser Situation hat jede realistische Deutschlandpolitik auszugehen.“ Dies stellte die Bezirksjugendkonferenz der OTV in Hamburg fest, die Verhandlungen mit der DDR auf allen Ebenen sowie Kontakte der Gewerkschaften zum FDGB forderte. Die Konferenz forderte außerdem den OTV-Hauptvorstand auf, an der Konzertierte Aktion nicht mehr mitzuarbeiten.

EINEN STERNMARSCH NACH BONN gegen die Notstandsgesetze planen das Kuratorium Notstand der Demokratie und die Kampagne für Demokratie und Abrüstung für den Fall, daß es zur zweiten Lesung der Notstandsverfassung kommt. Die 3. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier stimmte diesem Vorhaben zu.

DIE 35. VOLLVERSAMMLUNG DES BUNDESJUGENDRINGES findet vom 13. bis 15. November 1968 in einer Stadt in Rheinland-Pfalz statt. Bei dieser Vollversammlung sollen Satzungs- und Strukturfragen des Bundesjugendringes weiterbehandelt werden, die bei der 34. Vollversammlung verhandelt wurde.

ZU EINER VIETNAM-SPENDEN-AKTION haben DGB-Bundesvorstandsmitglied Günter Stephan und DGB-Bundesjugendsekretär Helmut Neukirch die Gewerkschaftsjugend aufgefordert. Spenden können auf das Konto der Hilfsaktion Vietnam, Postscheckkonto 1768 Essen der Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf (Vermerk „Hilfsaktion Vietnam“) eingezahlt werden.

ERFOLGE MELDET DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS für eine revolutionäre sozialistische Jugendorganisation: Ihm gingen über 800 Zustimmungserklärungen und Spenden zu. In Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Bayern wurden Gründungsausschüsse gebildet. In den Städten Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Solingen und Wuppertal traten städtische Gründungsausschüsse an die Öffentlichkeit. Bis zum Gründungskongreß am 4. Mai 1968 sollen in allen Bundesländern und vielen Großstädten Ausschüsse gebildet werden. Nobelpreisträger Max Born schrieb dem Gründungsausschuß: „Ich begrüße Ihren Plan, die Jugend durch Organisation für Ideen der Linken zu gewinnen.“

DEN OKTOBERCLUB, EINEN ARBEITSKREIS FÜR MARXISMUS, haben junge Arbeiter, Schüler und Studenten in Bensheim, einer kleinen Stadt an der Bergstraße, gegründet. Der Klub will sich intern dem Studium des Marxismus widmen und mit öffentlichen Veranstaltungen hervortreten. Anschrift: Oktoberclub Bensheim, Arbeitskreis für Marxismus, c/o Klaus Klott, 614 Bensheim/Bergstraße, Promenadenstr. 16.

EIN ELAN-JUGENDKLUB FÜR WEINHEIM und Umgebung ist jetzt gegründet worden. Der Club will besonders die Zusammenarbeit mit den elan-Clubs in Heidelberg und Mannheim pflegen. Er plant ein Vietnam-Forum. Anschrift: Monika Rittersbacher, 694 Weinheim, Leibengäßchen 1.

IM RAUM STADE — BUXTEHUDE — BUCHHOLZ in Niedersachsen wirkt seit Januar 1968 die „Junge Linke“. Die Jugendgemeinschaft hat bereits mehrere öffentliche Veranstaltungen durchgeführt. Anschrift: Werner Vogel, 216 Stade, Breite-Blöcken-Ring 22.

4. April 1968: Dieter Söverkrupp trägt seine widerborstigen Gesänge vor. Veranstalter: Club International, Jugendzentrum Essen, Papenstr. 1, Eintritt DM 2,50.



elan-Lexikon: „Klassen“

An dieser Stelle sind wir bemüht, bestimmte viel gebrauchte Begriffe zu erläutern. Diesmal schreibt Bernd Hartmann aus Köln.

Das Verdienst von Marx und Engels ist nicht, daß sie die Existenz von Klassen entdeckt, sondern daß sie nachgewiesen haben, „daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist“. Indem die Menschen die Naturkräfte immer besser nutzen lernten, erhöhten sie den Ertrag ihrer Arbeit immer mehr über das hinaus, was zur unmittelbaren Daseinsfristung notwendig war. Es entstand so ein Mehrprodukt. Das konnte nun auch von Nicht-Produzenten angeeignet werden, wenn diese Eigentümer der Produktionsmittel waren. Die Höherentwicklung der Produktivkräfte, die großen gesellschaftlichen Arbeitsteilungen und das sich herausbildende Privateigentum an den Produktionsmitteln bilden die objektiven Grundlagen für die Entstehung der Klassen. Das wesentliche Unterscheidungsmerkmal der Klassen ist ihr Platz in dem System der gesellschaftlichen Produktion und das dadurch gegebene Verhältnis zu den Produktionsmitteln, ist die Antwort auf die Frage, wer ist Besitzer, wer hat letztlich die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Alle anderen Merkmale leiten sich von diesem Merkmal ab. So ist z. B. Klassenzugehörigkeit nicht eine Frage der sozialen Herkunft. Jemand, der in die Arbeiterklasse hineingeboren ist, kann Kapitalist werden und umgekehrt. Das bedeutet heute: solange in der Bundesrepublik das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln unangestastet bleibt, solange bleiben die Grundklassen dieser Gesellschaft, Bürgertum und Proletariat bestehen.

Lieder der Arbeiterjugend

Soldatenlied, das dann später ebenfalls umgewandelt wurde (u. a. wurden die Namen Liebknecht und Luxemburg darin angeführt), wurde erstmalig von uns beim Einmarsch in Elberfeld nach der Flucht des Freikorps „Lichtschlag“ und der Sipo 1) in der neuen Fassung gesungen.“

Durch seine Beliebtheit und seine große Verbreitung hat sich dieses Lied mit dem unpräzisen Text seinen Platz in den Arbeiterliederbüchern erzwingen. Es ist 1920 zum erstenmal veröffentlicht worden. In ungezählten Situationen, in den Kämpfen beim Kapp-Putsch im Ruhrgebiet und Mitteldeutschland, bei Streikversammlungen und Demonstrationen, bei den Treffen des Roten Frontkämpferbundes, der Arbeitersportler und der Arbeiterjugend ist der Schwur an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gesungen worden.

Das Lied geht auf ein um die Jahrhundertwende veröffentlichtes Soldatenlied gleichen Titels zurück. Neben der hier veröffentlichten Fassung entstanden noch andere Textvarianten. So in den zwanziger Jahren in Berlin: „Wir fürchten nicht die Noske-Polizei“ oder „... die grüne Polizei.“ (Die Berliner Polizei trug in den Jahren 1918 bis 1921 grüne Uniformen, „Grüne Heringel“, später dann blaue.)

Ich lernte das Lied 1960 von Jugendlichen aus dem Flüchtlingslager Friedland kennen, die aus der DDR geflohen waren und die nun, geschockt durch die Behandlung im „freien Westen“, als Provokation dieses Lied sangen.

1) Sipo = Sicherheitspolizei

Manfred Vosz

Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen

„Ordnung herrscht in Berlin! Ihr stumpfen Schergen! Eure ‚Ordnung‘ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon ‚rasselnd‘ wieder in die Höh‘ richten und zu Eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!“
Rosa Luxemburg

„Himmelhoch schlagen die Wogen der Ereignisse — wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel. Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird — leben wird unser Programm: es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!“
Karl Liebknecht

Das sind die Schlusssätze der letzten Artikel die von Rosa Luxemburg am 14. Januar 1919 und von Karl Liebknecht am 15. Januar 1919 in der „Roten Fahne“ erschienen. Am 15. Januar 1919 wurden sie von der Wilhelmsburger Bürgerwehr, einer reaktionären Soldatenformation, verhaftet, erschlagen und erschossen. Die revolutionäre Arbeiterklasse verlor ihre Führer. Verraten und verkauft von einer rechten SPD-Führung konnte sie sich so schnell nicht von diesem Schlag erholen.

Das waren die Ereignisse vor fünfzig Jahren. Die Konsequenzen aus dieser Niederlage beschreibt das Lied: „Auf, auf zum Kampf!“. Es erzählt von der Bereitschaft des revolutionären Proletariats, nun erst recht im Sinne von Luxemburg und Liebknecht zu kämpfen, auch um den Preis des eigenen Lebens. Die Texte entstanden anonym und wahrscheinlich spontan in Arbeiter- und Soldatenkreisen. Ein Arbeiterveteran, ein Mitkämpfer der Roten Ruhrarmee von 1920 schreibt: „Auch ein anderes

Auf, auf zum Kampf

1. Auf, auf zum Kampf, zum Kampf! Zum Kampf sind wir ge-
bo-rea. Auf, auf zum Kampf, zum Kampf, zum Kampf sind wir be-
reit! Dem Karl Lieb-knecht ha-ben wir's ge-schwo-ren,
der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand! Dem Karl Hand!

2. Wir fürchten nicht, ja nicht, / den Donner der Kanonen! /
Wir fürchten nicht, ja nicht, / die Noskepolizei! / Den Karl
Liebknecht haben wir verloren, / die Rosa Luxemburg fiel
durch Mörderhand.

3. Es steht ein Mann, ein Mann, / so fest wie eine Eiche. / Er
hat gewiß, gewiß schon manchen Sturm erlebt. / Vielleicht ist
er schon morgen eine Leiche, / wie es so vielen unsrer Brü-
der ging.

4. Auf, auf zum Kampf, zum Kampf! / zum Kampf sind wir
geboren. / Auf, auf zum Kampf, zum Kampf, / zum Kampf
sind wir bereit! / Dem Karl Liebknecht haben wir's geschwo-
ren, / der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand!

elan magazin

Seit 12 Monaten Terror

Griechische Obristen lassen weiter foltern. Bonn unterstützt die Diktatur.

Von Peter Rath

Es war am 21. April 1967. Athener Nato-Obristen fürchteten den Ausgang der bevorstehenden Wahlen. Unter dem Vorwand, ein kommunistischer Umsturz stehe bevor, liquidierten sie die Demokratie. Will man den Obristen glauben — deutsche Politiker reden es ihnen nach — dann herrscht in Griechenland „Ruhe und Ordnung“. Doch diese „Ruhe und Ordnung“ bedeutet:

- Militärdiktatur
 - Verbot demokratischer Parteien
 - Verbot der Gewerkschaften
 - Post-, Telefon- und Pressezensur
 - Herrschaft der Geheimpolizei
 - KZ-Inseln
- In einem Satz: Griechenland wurde zum perfekten Notstandsstaat.

Ohne Gerichtsbeschluss werden in Griechenland 2777 Menschen auf den KZ-Inseln Yaros, Partheni und Leros Laki in Haft gehalten. Unter ihnen sind auch viele der 284 Gefangenen, die zwar aufgrund der Weihnachtsamnestie entlassen, doch in Wirklichkeit nach einem anderen Gesetz auf die KZ-Inseln übergeführt wurden. Dies geht aus einem Bericht von Amnesty International „Die Lage in Griechenland“ hervor, der über die Folterungen an

den politischen Häftlingen in Griechenland berichtet. Athens Obristen, denen die Bundesregierung Militärmaterial liefert, legen Wert auf „moralische Größe“. Während sie sich einerseits auf die Werte des Christentums berufen, erlauben sie andererseits ihren KZ-Schlägern die übelsten sexual-sadistischen Exzesse. Die von der Sicherheitspolizei (Asphalia) und der Militärpolizei (Ethnik i Stratiotiki Astinomia) praktizierten Folterungen werden offiziell geduldet. Die zu Anfang stets praktizierte Routinefolterung ist die Falanga. Dabei wird der Gefangene auf eine Bank gebunden und seine Fußsohlen werden mit Stöcken geschlagen. Außer der Falanga werden ausgeführt: das Hervorrufen von Erstickungserscheinungen (häufig durch uringetränkte Stoffknebel), Sandsackschläge auf den Schädel, Auspeitschen,

Aufhängen an den Handgelenken; Ausreißen von Kopf- und Körperhaaren; Ausreißen von Zehen- und Fingernägeln; Elektroschocks; Auf-den-Magen-treten bei liegenden Gefangenen. Die physischen Foltermethoden sind nach Aussagen von Zeugen noch schlimmer: tagelanger Aufenthalt in Dunkelzellen; fingierte Erschießungen; das erzwungene Zuhören bei Folterungen in benachbarten Räumen (der vor kurzem wieder „frei“-gelassene Komponist Mikis Theodorakis hat durch diese Methode einen Nervenzusammenbruch erlitten). Der Kommentar in einem Artikel der Monatszeitschrift „Außenpolitik“ die von Kanzler Kiesinger, Prof. Hallstein und Helmut Schmidt herausgegeben wird: „Man kann sich auf die Polizei verlassen“. Bonns schwarz-rote Regierer sehen keine Veranlassung,

dem Athener Regime deutsches Mißfallen spüren zu lassen. Im Gegenteil: die Bundesregierung liefert Waffen nach Griechenland. elan wollte es genau wissen und fragte bei Willy Brandts Auswärtigem Amt an. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes: „Wir liefern nach Griechenland militärische Güter über die Nato. Wenn man im Nato-Rat der Ansicht ist, wir sollen liefern — egal welche Güter — dann wird geliefert. Wir haben früher Waffen geliefert, seit dem Umsturz haben wir nur noch leichtes Gerät geliefert.“ Bonn hält weitere Waffen und sogar Torpedoschnellboote (dringend benötigt für den Küsten- und Inseendienst!) für Athens Obristen bereit. Ob sie geliefert werden, hänge von der Entscheidung des Nato-Rates ab, sagt man in Bonn. An Bonn soll es also nicht liegen . . .



Karl Marx



hoch aktuell

Junge Marxisten berieten über das „Kommunistische Manifest“ und die Strategie von heute.

Von Reinhard Junge

Eingeladen vom Gründungsausschuß für einen revolutionären sozialistischen Jugendverband trafen sich über 150 junge Marxisten in Duisburg zu einer Forumdiskussion. Anläßlich des 120. Jahrestages der Erstveröffentlichung des kommunistischen Manifestes von Marx und Engels sprach Dr. Heinz Hümmeler, Gesellschaftswissenschaftler aus der DDR, über die geschichtliche Bedeutung dieser Schrift. „Nie zuvor haben 25 Seiten Literatur solch revolutionäre Veränderungen ausgelöst,“ sagte er und wies darauf hin, daß diese Wahrheiten von 1848 noch heute

Gültigkeit besitzen und richtungweisend sind. Dr. Heinz Jung aus Frankfurt/M. sprach über die „Strategie und Taktik der Arbeiterklasse“, zu den Zielen und Aufgaben also, die unsere Zeit den Sozialisten stellt. In einer langen und ausführlichen Diskussion untersuchte das Forum die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Und ein junger Kumpel aus dem Ruhrgebiet sprach schließlich aus, was alle dachten. „Die Politik der Herrschenden richtet sich gegen alle Schichten der Bevölkerung. Man will uns Arbeiter dumm lassen, damit wir nicht erkennen, wer in Wirklichkeit die Früchte unseres Fleißes erntet; man will die Studenten in die Hörsäle verbannen, damit sie nur das lernen, was der herrschenden Klasse nicht schadet. Man gibt uns auf der einen Seite Subventionen und auf der anderen Prügel — wir sollen es lernen, den Mund zu halten“.

Innerhalb dieses Gesellschaftssystems kann es nach der Überzeugung der jungen Marxisten keine Lösung der Widersprüche geben. „Man wird den Arbeitern, den Angestellten und Studenten hin und wieder einen Groschen geben — damit sie die Mark nicht verlangen,“ sagte einer. Und: „Solange es Ausbeutung gibt, kann es keine soziale Gerechtigkeit geben!“

Die Versammlungsteilnehmer vergaßen über den Fernzielen nicht die wichtigen Aufgaben der Gegenwart. Wir können es nicht dulden, schreiben sie in ihrem Aufruf zum Ostermarsch, daß ein ganzes Volk für die militärischen Interessen einer fremden Regierung vernichtet wird. Und sie fordern die Bundesregierung auf, ihre Schützenhilfe für den Schreibtischmörder Johnson einzustellen.

Der Kampf um die Erhaltung und um den Ausbau der Demokratie ist die wichtigste innenpolitische Aufgabe der Marxisten. Und um die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu verhindern, wollen sie dazu beitragen, daß sich alle fortschrittlichen Kräfte in unserem Land vereinigen.

Arbeiter und Studenten, Lehrlinge und Professoren müßten eine gemeinsame Sprache finden und Seite an Seite für eine gesicherte Zukunft in Frieden und Demokratie streiten. „Denn solange wir uns von den Regierenden spalten lassen, werden wir zu schwach sein, unsere Rechte auf Wissen, Arbeit und Freiheit zu erkämpfen.“ Folgerichtig hat der Gründungsausschuß der neuen marxistischen Jugendorganisation auch die Entschließung



„Protest-Chanson-Soul-Texte“, das war der Titel der diesjährigen Ostermarsch-Revue. 17 Künstler und eine Band warben in 14 Städten zwischen Nürnberg, Kassel und Bielefeld

des Verbandes Deutscher Studentenschaften gegen Formierungstendenzen in der Jugendpolitik Bonn begrüßt. Gemeinsam mit den Studenten will die neue Organisation der politischen Gleichschaltung der Jugendverbände durch den CDU-Familienminister Heck entgegenwirken. Zahlreiche Teilnehmer des Forums unterzeichneten einen Aufruf junger Sozialisten, in dem zur nächsten großen Aktion aufgerufen wird: zum Ostermarsch.

Spitzel gegen „Widerstand“

Weiteres Ermittlungsverfahren gegen Vietnam-Kriegsgegner

Von Ulrich Sander

Die bundesdeutsche Justiz, der Weißmacher für die Weste des Völkermörders Johnson? Diese Frage drängt sich auf, wenn man hört, daß jetzt auch gegen den 29jährigen Karl Ludwig May aus Neustadt an der Weinstraße ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Der Mitarbeiter des Radikaldemokratischen Klubs Neustadt wird des „Vergehens der Beleidigung gegenüber dem Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und gegenüber dem Staatsoberhaupt der Vereinigten Staaten Johnson“ verdächtigt. May hatte in einer von ihm herausgegebenen Schrift US-Präsident Johnson wegen des Vietnam-Krieges einen Mörder genannt und Bundeskanzler Kiesinger wegen der moralischen, politischen und finanziellen Unterstützung der Amerikaner Beihilfe zum Völkermord vorgeworfen. (Siehe auch Seite 2 und 10.) Die Aufforderung, an der Aktion „Selbstanzeige 103“ teilzunehmen, war seine Schlußfolgerung. Das sah der Verfassungsschutz nicht gern und setzte seine Spitzel auf Karl Ludwig May an. Die Spitzeltätigkeit gegen den Jugendfunktionär wird in einem Beschluß des Amtsgerichts Neustadt aktenkundig, in dem Hausdurchsuchungen bei May und seiner Tante angeordnet werden: „Die Durchsuchung der Wohnung der Anna May ist deshalb gerechtfertigt, weil der Beschuldigte am Abend vor der am 8. 3. 1968 in Neustadt/

Weinstr. abgehaltenen Versammlung, in der das die Beleidigung enthaltende Flugblatt verteilt wurde, gesehen wurde, wie er mit einer Aktentasche das Haus seiner Tante verließ und unmittelbar den Versammlungsraum aufsuchte; er hat auch in den Tagen vor der Versammlung mehrfach mit der Aktentasche das Anwesen seiner Tante aufgesucht, so daß zu erwarten ist, daß er die Flugblätter dort deponiert hat.“ Gegen diese Spitzelmethode wehrt sich Karl Ludwig May. Er bleibt bei seiner Verurteilung des US-Krieges in Vietnam. Der Titel seines periodischen Flugblattes lautet: „Widerstand“.

Linke Lektüre

Schülerzeitung veröffentlicht den KPD-Programm-Entwurf

Von Arno Rafter

Protest gegen den Bonner Maulkorb: Die Frankfurter Schülerzeitung „Akelei“ veröffentlichte den Programm-entwurf der Kommunistischen Partei Deutschlands, den nach Vorstellungen des Bundesinnenministeriums nur der Verfassungsschutz, nicht aber die demokratische Öffentlichkeit begutachten darf. An vier Schulen wurde der Programm-entwurf verbreitet. Die Redaktion sprach sich nachdrücklich für die Aufhebung des KPD-Verbots aus. Noch ehe die Staatsanwaltschaft Maßnahmen gegen die Zeitschrift einleiten konnte, war die Auflage vergriffen. Der Schülerzeitungsredakteur Benjamin Ortmeier: „Wir haben toll verkauft.“ Junge Menschen wollen sich eben nicht den Mund verbieten lassen. Sie finden Wege, um auch die Meinung von Kommunisten kennenzulernen.



Die größte Demonstration gegen die US-Aggression in Vietnam, die Hannover je erlebte. Tausende, vor allem junge Leute forderten von Bundesregierung und Bundestag: Distanzierung vom schmutzigen Krieg. Keine weitere Unterstützung der amerikanischen Verbrechen.

20 Jahre erfolgreich reich

Gewerkschaftliche Kleinarbeit einer Münchner Jugendgruppe

Von Armin E. Cullmann (Jugendleiter der IG Druck- und Papier)



die Jugendgruppe der IG Druck und Papier München

DER BLICKPUNKT

Mitteilungsblatt der Münchener IG-Druck-Jugend

In München feierte die Jugendgruppe der IG Druck und Papier ihr 20jähriges Bestehen. Lange vor den Studenten protestierte sie mit anderen Gewerkschaftsjugendgruppen, bereitete ihren „Oberen“ Ärger und trug konkrete gesellschaftspolitische Forderungen vor. „20 Jahre Münchner Jugendgruppe ‚Druck und Papier‘ sie war stets Mittel zum Zweck, nie typisch deutscher Verein, sondern eine kritische, unbequeme Gruppe. Keine zeitgebundene Zufallserscheinung, sondern immer aktiver Teilbereich der Arbeiterbewegung,“ wie Eberhard Kremer, derzeit

Landesbezirksjugendleiter, es einmal kommentierte. Die Druck-und-Papier-Jugendgruppe in München wird seit Jahren von Konformisten innerhalb des DGB als „kommunistisch“ und „wirrköpfig“ verketzert. Trotzdem kann mit einer erfreulichen Bilanz aufwartet werden: Ohne Unterbrechung 20 Jahre harte kontinuierliche Arbeit.

Den Hauptanteil im Jahresprogramm nimmt die Bildungsarbeit mit dem Ziel der Bewußtseinsbildung ein. Es geht dabei nicht nur um die Vermittlung von Sachkenntnissen, sondern vielmehr um Zusammenhänge herstellendes, vergleichendes Denken, verbunden mit der Frage nach dem Warum.

Die Einsparungsmaßnahmen des DGB machen sich auch hier auf dem Sektor Bildung empfindlich bemerkbar. Das Fehlen hauptamtlicher Jugendsekretäre bürdet den ehrenamtlich Tätigen große Lasten auf. Ein kleiner Zahlenvergleich: in Bayern sind 180 hauptamtliche Jugendfunktionäre der klerikalen Verbände tätig, dagegen gibt es nur zwei hauptamtliche Sekretäre der Gewerkschaftsjugend!

In München treffen sich dennoch jeden Freitag junge Arbeiter. Dem Teenageralter entwachsen, kehren viele Kollegen der Gewerkschaftsjugend den Rücken und gehen dann meist der gewerkschaftlichen Arbeit verloren. Nicht so in München. Die Jugendgruppe ergänzt den

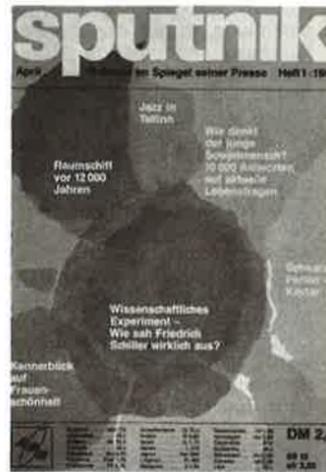
Arbeitskreis. Ehemalige Gruppenmitglieder kommen jeden Mittwoch ins Gewerkschaftshaus und diskutieren über gesellschafts- und sozialpolitische Probleme.

Lassen wir zum Schluß noch einmal Eberhard Kremer zu Wort kommen: „Um Großes zu vollbringen, muß man mit dem Kleinen beginnen. Mit Kleinem fortfahren, um erreichtes Großes zu bewahren. Stück für Stück, Frage für Frage, lästige Kleinarbeit, zermürbende Erörterungen also, das ist gewerkschaftliche Jugendarbeit im engeren und genaueren Sinne.“

Ein Sputnik in Stuttgart

Neue Zeitschrift in deutsch-russischer Co-Produktion

Von K. H. Reichel



„Full-house“ signalisierte ein Dirndl im schwäbisch-züchtigen Mini dem Verleger Hans Weitpert; Journalisten in Kompagniestärke, Prominenz aus Moskau und Erich Kuby waren im großen Konferenzsaal des Belser-Verlages versammelt, um den Start eines ungewöhnlichen Zeitungsprojektes zu erleben, mit dem der Stuttgarter Verleger den westdeutschen Zeitungsmarkt zu erobern gedenkt.

„sputnik“ heißt die neue Zeitschrift, deren Untertitel künftig „Sowjetunion im Spiegel ihrer Presse“ lauten wird. Verleger Weitpert: „Die erste Zeitschrift auf dem bundesdeutschen Markt, die aus der Sowjetunion kommt u. von einem deutschen Verleger herausgegeben wird.“ Das 216-Seiten-

Magazin im Taschenbuchformat kostet zwei Mark. Ein russisches 15-Mann-Team besorgt in Moskau die Redaktion; der Belser-Verlag organisiert den Druck und Vertrieb des „roten Digest“.

Um den Absatz ist den Stuttgarter „sputnik“-Verkäufern nicht bange: Eine Marktuntersuchung ergab, daß 93 Prozent aller Befragten das Erscheinen der Zeitschrift begrüßen. Die Startauflage wurde vorsorglich auf 130 000 Exemplare aufgestockt.

In der ersten deutschsprachigen „sputnik“-Ausgabe — die Zeitschrift erscheint inzwischen in England, Japan und Frankreich — erfährt der Leser, etwas über „Profisport in der UdSSR“ und „Jazz in Tallin“, er kann sich eine interessante Befragung von 10 000 jungen Sowjetbürgern und über „Eine Stadt ohne Straße“ informieren. Als Zugabe wird ihm ein „Russisch-Training“ geboten. Information aus erster Hand also, die darauf abzielt, „die nahezu 40jährige Verteufelung der Sowjetunion abzubauen“ (Erich Kuby) und „von einer häufig durch Einseitigkeit getrüben Betrachtungsweise abzukommen“ (Verleger Weitpert). Bleibt zu wünschen, daß dieser Sputnik (Sputnik heißt im Russischen ständiger Weggefährte) seinem Namen alle Ehre machen und das Echo und Interesse finden wird, das er verdient.

Osterpflicht '68

Martin Walser



Sprich mit deinem Nachbarn solange, bis er auch einsieht, daß in Vietnam ein Volk ermordet wird. Sagt dein Nachbar dir, Kiesinger und Brandt hätten gesagt die Deutschen sollten sich nicht aufspielen als Schulmeister anderer Völker, dann sag deinen Nachbarn:

Kiesinger und Brandt spielen die Pose deutscher Zerknirschtheit um einen weiteren Völkermord mit deutscher Billigung zu segnen. Daß Erhard, Leber, Lübke den Mord begrüßten, dem Mord zustimmten, zum Mord gratulierten

das hat den Kanzler und den Vize nicht gestört, da dachten sie nicht daran, daß der Deutsche lieber die Büßerklamotte spielen soll anstatt zum Mord zu gratulieren. Sobald aber einer den Mord kritisiert, sagt Kiesinger, das ist antiamerikanische Stimmungsmache.

So sehr identifiziert unser Kanzler den Mord mit Amerika. Sag deinem Nachbarn: wer 20 Pfennig aufwenden kann, schreibe eine Karte an die CSPDU nach Bonn und wünsche blutige Ostern.

Stil Kittner

dietrich kittner

Er ist 32, raucht Roth-Händle und legt pro Jahr eine Strecke zurück, die auf dem Äquator zweimal um den Erdball führen würde. Ein-Mann-Kabarettist Dietrich Kittner — „Leid-Artikler“ aus Hannover — erreicht mit diesem Einsatz von Reifen und Nerven einen jährlichen Zuschauerschnitt von 90 000.

Kein Wunder, daß ihm in den vergangenen 5 Monaten ganze 7 (!) vorstellungsfreie Tage blieben.

„Die Zeiten sind gar nicht so schlecht fürs Kabarett: es geht ja bergab! Und je autoritärer die Mächtigen sich gebärden, um so mehr gibt es für unsereinen zu tun. Vollbeschäftigung!“

Hinter den Worten Kittners steckt politischer Ernst. Seine Kabarett-Show dürfte mit zu dem Schärfsten gehören, was in bundesdeutschen Landen auf diesem Gebiet zu haben ist.

Er selbst charakterisiert sein Kabarett so: „Angriffslust anstelle von Poeterei, Satire statt Witzeln, nicht streicheln: zu packen!“

Den Beginn seiner Angriffslust bekamen die Göttinger zu spüren. Dort studierte Dietrich Kittner die Rechte und Geschichte. Doch sein 1960 gegründetes „Göttinger Studenten- und Dilletanten-Kabarett“ war ihm wichtiger. Er hängte die Studiererei an den Nagel und siedelte nach Hannover über. Der erste Erfolg als Ein-Mann-Kabarettist war ihm dort auf offener Straße beschieden: humorlose niedersächsische Polizisten verhafteten ihn, als er unter Stahlhelm und Gasmaske in der City Hannovers pflichteifrig Bonner Vorschläge zum Bevölkerungsschutz trainierte.

Doch Kittners politische Haltung ist keine Einzelshow. Bei der diesjährigen Ostermarschrevue war er ebenso zu finden, wie bei der Gewerkschaftsjugend. Und er hat auch die Courage gehabt, sich mit der Feststellung „Johnson ist ein Mörder“ an der Aktion Selbstanzeige § 103 zu beteiligen.

Diesen Kittner sollte man kennen. Und wenn nicht gerade die Chance besteht, ihn auf den Brettern zu erleben, so seien zumindest seine bei Philips erschienenen Schallplatten empfohlen. Insbesondere die neueste Scheibe „Bornierte Gesellschaft“.



Weltgendarmerie

Persien, Griechenland, Türkei, Formosa, Korea, Guatemala, Santo Domingo, Laos, Thailand, Kuba, Vietnam. Tausende US-Soldaten kämpften und kämpfen gegen die Völker dieser Länder. Tausende Meilen von zu Hause entfernt. US-Soldaten sind rings um die sozialistischen Länder stationiert. Bei der Bevölkerung verachtet, von den Herrschenden ins Land geholt, sind sie die Weltgendarmerie der Erde geworden. Ein Bundesvorstandsmitglied des SDS schrieb diesen Report aus marxistischer Sicht.

Von Herbert Lederer



USA



Lerne lügen ohne rot zu werden

Nie haben die USA ihre Finger im Spiel gehabt. Nie haben sie völkerrechtliche Grundsätze verletzt. Nie haben sie Putsch unterstützt. Nie haben sie fremde Territorien zum Zwecke der Spionage verletzt – weder durch Flugzeuge noch durch Schiffe. Nichts haben sie mit der Invasion in der Schweinebucht von Kuba zu tun gehabt – im Wortsinne „nichts“.

Genau so stellt sich die Situation immer dann dar, wenn die USA bei einem ihrer Abenteuer erwischt worden sind. Stets sind es Zufälle, Versehen, höchstens einmal eigenmächtiges Verhalten irgendeines untergeordneten Mannes, immer aber böswillige Verleumdungen der freiheitlichen Auffassungen der USA, die sie mit solchen Verletzungen des Völkerrechts in Verbindung bringen.

Mischungen aus Halbwahrheiten und Lügen werden aufgetischt, um die eigene Bevölkerung und das kritische Ausland, vor allem auch die UNO irrezuleiten. Wahre Lügenexperten haben sich im Pentagon, dem sogenannten Verteidigungsministerium, und im Weißen Haus herangemausert. Amerikanische Studenten haben den Satz geprägt: „Für die, die lernen wollen zu lügen ohne rot zu werden, empfehlen wir, ein aufmerksames Ohr den nationalen Führern in Washington zu schenken.“

Der Zwang zur Lüge, zur Verschleierung der Tatsachen, ergibt sich für den amerikanischen Imperialismus unmittelbar aus der Existenz des sozialistischen Weltlagers.

Die alten Kolonialisten hatten es nicht nötig ihre Greuelthaten zu beschönigen. Niemand konnte sie zur Rechenschaft ziehen, ungestraft konnten sie in fremde Länder einfallen und sie ausrauben. Heute jedoch werden auf der Tribüne der UNO, auf den Straßen der Städte in Ost und West diese charakteristischen Aktionen des Imperialismus angeprangert. Heute ist es nötig für den Imperialismus zu lügen, weil jede wahrheitsgemäße Darstellung der Fakten hilft, den unterdrückten Völkern, aber auch jenen, die noch ehrlich an die USA als die Schutzmacht von „Freiheit und Demokratie“ glauben, sich vom Einfluß des imperialistischen Herrschaftssystems freizumachen.

„Heute helfen die USA Südvietnam, sich des Ansturms kommunistischer Kräfte zu erwehren, so wie sie 1946 Persien, 1947 Griechenland und der Türkei, 1950 Formosa und Korea und von 1948 an Berlin geholfen haben.“ (Zitiert aus „Information für die Truppe“, Heft 1/67, herausgegeben vom Bundesverteidigungsministerium.)

Wie und zu welchem Zweck die USA „geholfen“ haben, sei an einigen Beispielen dargestellt. Sie sind dokumentiert durch die unwidersprochenen Ausführungen der zwei bürgerlichen amerikanischen Journalisten David Wise (New York Herald Tribune) und Thomas B. Ross (Chicago Sun Times) in ihrem Buch über den CIA „Die unsichtbare Regierung“.

Schah in Nöten

Berlin, 2. Juni 1967. Benno Ohnesorg, Student, wird von einem Polizisten erschossen. Er hat an einer Demonstration teilgenommen, die sich gegen den Besuch des Mannes richtet, der mit blutiger Unterdrückung von Arbeitern und Studenten tagtäglich seine Herrscher-Existenz rechtfertigt vor denen, die ihn eingesetzt haben. Kein Zweifel besteht, daß er auf den Schultern des CIA und einiger mobilisierter faschistischer Ringer den Pfauenthron wieder bestiegen hat. Was war vorausgegangen? 1951 war der bürgerliche Politiker Mossadegh zum Ministerpräsidenten des Iran (Persien) ernannt worden. Schon bald begann er mit einer Politik, die im Interesse der Bevölkerung Hungersnot und Kinderarbeit beseitigen sollte. Unabänderliche Voraussetzung dafür war die Verstaatlichung von ausländischen Ölkonzernen, die sich bis dahin auf Kosten Persiens riesige Gewinne aneigneten. Im April verstaatlichte er die britische Anglo-Iranian Oil Company und beschlagnahmte die riesige Abadan-Raffinerie am Persischen Golf. Die Engländer griffen zu dem Mittel, das die Perser „gewaltlos“ in die Knie zwingen sollte: sie boykottierten persisches Öl und riefen ihre westlichen Kompagnons zur Solidarität auf. Da Mossadegh auch gar nicht daran dachte, die kommunistische Tudeh-Partei zu verbieten, hockten sich Washington und London zusammen, um im Interesse der Demokratie und zum „Schutze vor dem Kommunismus“ Persien zu „befreien“. Vor allem wurde befürchtet, daß Persien zu Übereinkünften mit seinem

Nachbarn, der Sowjetunion, käme. Für den anstehenden Sonderauftrag wurde ein interessantes Trio ausgesucht: Kim Roosevelt, CIA, später Vizepräsident der Gulf Oil Corporation; General Fazaloh Zahedi, leidenschaftlicher Kommunistenjäger und Nazi-Freund, Mossadegh als Innenminister aufgezogen; Brigadegeneral H. Norman Schwarzkopf, aus USA importierter Ausbilder und Organisator der Teheraner Polizei. Beschlossen war, Mossadegh zu stürzen. Am 13. August unterzeichnete ihre Marionette, der Schah, das Entlassungspapier für Mossadegh und setzte Zahedi an seine Stelle. Doch man hatte die revolutionäre Energie der Bevölkerung unterschätzt: sie zwang den Schah, das Weite zu suchen. Doch während seine Flucht in Teheran mit wahren Volksfesten gefeiert wurde, konferierte US-Geheimdienstchef Allen Dulles in Rom mit dem verjagten „Herrscher“. Seine Rückkehr sollte durch eine schon vorbereitete Konterrevolution in Persien ermöglicht werden.

Mossadegh konnte sich nicht entschließen, sich mit den Kommunisten gegen die Bourgeoisie und den Großgrundbesitz zu verbünden. So gelang es dem CIA und den inländischen Polizeitruppen, unter Einsatz von Millionen Dollar ein merkwürdiges Lumpenproletariat aus Ringern, Zuhältern und Gymnasialisten anzuheuern und mit ihm die Bevölkerung „umzustimmen“. Mossadegh wurde gestürzt, die Tudeh-Partei verboten und der Schah kehrte aus seinem Schlupfwinkel an der Côte d'Azur zurück.

Die Folgen dieses „selbstlosen“ amerikanischen Eingriffs in die Angelegenheiten Persiens:

Ein 25-Jahresvertrag wurde unterzeichnet, nach dem die britische Anglo-Iranian Ölgesellschaft wieder persisches Öl ausbeuten darf. Allerdings muß sie die Beute mit einer Gruppe amerikanischer Ölgesellschaften teilen: beide erhalten je 40 Prozent des persischen Öls. Die Folgen für das persische Volk: noch heute knüpfen 8jährige Kinder Teppiche, noch heute sind die Heuschrecken für persische Bauern die einzige Nahrungsquelle.

„Smiling Jack“ rettet Guatemala vor der Demokratie

18. Juni 1954 in Guatemala-City. Die US-Botschaft trifft Party-Vorbereitungen. Botschafter 29



John E. Peurifoy, auch „Smiling Jack“ genannt, verspricht dem Personal: „Morgen um diese Zeit haben wir Grund zum Feiern, Jungs.“ Genau an diesem Tag marschierte Oberst Carlos Castillo-Armas, Karriereoffizier und nach einem mißglückten Putsch aus dem Gefängnis ins Ausland entwichen, mit 150 Mann von Honduras kommend in Guatemala ein. Lange war dieser Einmarsch von Eisenhower, dem US-Präsidenten, Allen Dulles, dem Chef des CIA, und ihren Teams vorbereitet worden. 1953 hatte Eisenhower seine Entscheidung getroffen: die Regierung von Guatemala, Jacobo Arbenz Guzman mußte gestürzt werden. Was hatte Arbenz Guzman verbrochen?

Im Juni 1952 hatte der Nationalkongreß Guatemalas eine Bodenreform beschlossen: der Zustand, das 2 Prozent der Bevölkerung 70 Prozent des Landes besaßen, sollte verändert werden. Allen Besitzern von mehr als 200 Hektar Land sollte ein Teil ihres Besitzes gegen Entschädigung enteignet werden. Von dieser Maßnahme war allerdings auch „La Frutera“, die amerikanische „United Fruit Company“, nicht ausgenommen. Diese Firma besaß allein 230 000 Hektar Land und war gleichzeitig der größte Eisenbahn-Aktionär. Sie mußte 160 000 Hektar Boden abgeben, und die Gewerkschaften verlangten von der Firma gleichzeitig höhere Löhne für die Arbeiter, die bei „La Frutera“ 1,36 Dollar pro Tag (!) erhielten.

Gegen das Reformgesetz protestierte die United Fruit Company über ihre Regierung in Washington. Arbenz Guzman aber wies den Protest zurück. Das war der Anlaß, zum altbewährten Mittel im weltweiten Klassenkampf von oben zu greifen: Arbenz Guzman wurde zum „Bolschewisten“, zum „Agenten und Produkt des internationalen Kommunismus“ abgestempelt, und die USA entfachten eine riesige propagandistische Welle gegen ihn. Doch der Propaganda-Terror ist nur eines, und oft nur das erste Mittel des Kampfes des Imperialismus. Bald folgte die direktere Tat. In Nicaragua, der Heimatstadt der berühmten Familie Somoza, und in Honduras begann die Ausbildung einer Söldner-Armee zum Sturz Arbenz Guzmans und seiner Regierung. Eine Million Dollar stellte die United Fruit Company zur Verfügung. Waffen wurden u. a. von der Hamburger Firma H. F. Cordes geliefert. Trainiert wurden die Sabotagetrupps von CIA-

Offizieren. Das schlagkräftigste Instrument der Putschisten, die P-47 Thunderbolt und C-47 Transportmaschinen wurden von Amerikanern geflogen. Wie die UNO später feststellte, waren diese Kampfflugzeuge der Form halber von den USA zunächst an Nicaragua verkauft worden.

Nach 14 Tagen war der Krieg, der am 18. Juni begonnen hatte, zu Ende. Die von den Amerikanern im Namen von Freiheit und Demokratie, im Kampf gegen den Kommunismus in den Sattel gehobene Regierung konnte handeln: Das Wahrecht für alle Analphabeten wurde abgeschafft — das betraf 70 Prozent der Bevölkerung. Verfassungsmäßige Grundrechte, vor allem die für Arbeiter und Gewerkschaften, wurden aufgehoben — unsere Notstandsplaner haben schon ihre Vorbilder. Den Bauern wurden rund 222 000 Hektar Land wieder abgenommen, wobei die United Fruit Company ihren gesamten Besitz wieder zurück erhielt.

4000 Personen wurden unter dem Verdacht des Kommunismus verhaftet, 72000 wurden karteimäßig erfaßt.

Castillo blieb nicht lange Präsident: er wurde ermordet. Und auch seine Nachfolger lösten einander in schneller Folge ab. Aber jeder brachte seine eigene Variante ins Spiel. Mit Demokratie hatte jedenfalls keiner etwas zu tun. Der erste Nachfolger Castillos, Ydigoras, stellte übrigens den Amerikanern für ihre Schweinebucht-Invasion Gelände zur Verfügung.

Militär-Junten als Regierungen, 80 Cent Lohn pro Tag, fast noch genauso viel Analphabeten, reiche Gutsbesitzer und unangefochtene Profite für die amerikanischen Monopole — das sind die Folgen der „demokratischen und freiheitlichen Lösung“, die die USA dem guatemalischen Volk gebracht hat.

„US-Senatoren verlangen Atomvergeltung“

Diese düster-drohende Überschrift brachte „Bild“ am 26. 1. 68. Am 25. 1. hatte „Bild“ gefragt: „Befreit US-Flotte die gekaperte „Pueblo“?“ Die Kriegsgeilheit von Springers „Bild“ war nicht zu überhören. Was war der Anlaß?

Dienstag, 23. 1. 68, Morgens 4 Uhr: vier nord-

koreanische Schnellboote zwingen das US-Spionageschiff „Pueblo“, in den Hafen Wonsan einzulaufen. Washington reagiert, als sei ein Feriendampfer von roten Bonds verschleppt worden: unschuldig-empört. Die Empörung pflanzte sich fort — westlicherseits. Die liberale Wochenschrift ZEIT stellt sich dumm: „Niemand weiß bis zur Stunde, warum die Nordkoreaner das amerikanische Aufklärungsschiff aufgebracht haben.“ Die USA selbst sprechen von einem Piratenakt und leugnen, daß ihr Spionagedampfer in nordkoreanischen Gewässern erwischt worden ist. Aber selbst der Kapitän der „Pueblo“, Lloyd Mark Bucher gibt zu: „Wir erhielten im Hafen von Sasebo vom Oberkommandierenden der US-Flotte, Konteradmiral Frank Johnson, den Auftrag, im Küstenbereich des sowjetischen Fernen Ostens und an den Küsten der Koreanischen Volksdemokratischen Republik zu spionieren.“ Als das Schiff entdeckt wurde, befand es sich auf der Position 39 Grad, 17,4 Minuten nördlicher Breite und 127 Grad, 46,9 Minuten östlicher Länge, das heißt innerhalb der 12-Meilenzone der VDR. Und auch Außenminister Dean Rusk gab die amerikanische Völkerrechtsverletzung, wenn auch in einer typisch juristischen Formel, zu: „Selbst wenn die Koreaner mit ihrem Vorwurf recht hätten ist die Kaperung des Schiffes nicht das geeignete Mittel.“ Klarer formulierte Senator Fulbright: „Wir sind bei einer Geheimdienstoperation ertappt worden.“

Die „Pueblo“-Affäre war nur die letzte einer ganzen Reihe von Provokationen der USA gegen Nordkorea.

Bis 1945 war Korea durch den japanischen Faschismus besetzt. Nach der Befreiung des Landes durch sowjetische Truppen wurden im Norden des Landes zahlreiche demokratische und soziale Reformen (Vergesellschaftung des Großgrundbesitzes) durchgeführt. Im Süden dagegen sicherte sich der Großgrundbesitzer unter der Schirmherrschaft der USA auch die politische Macht. Ihre Marionette: Syng-man Rhee. Er erklärte bereits am 24. 8. 1948 in Washington: „Der Marsch nach Norden ist die wichtigste Aufgabe.“ Und ganz zufälligerweise begann 10 Tage, nachdem Mitte Juni 1950 US-Außenminister John Foster Dulles Südkorea besucht hatte, am 25. 6. 1950 der Angriff gegen Nordkorea. Vorgegangen waren 1000 Grenzüberfälle, 71 Grenz-



überflüge und 42 Grenzverletzungen von See aus, waren 100 000 Südkoreaner von US-Beratern ausgebildet worden. Das nordkoreanische Volk leistete erbitterten Widerstand, trieb den Gegner zurück. Die Niederlage des Rhee-Regimes schien unvermeidlich. Jetzt griffen die USA — unter dem Deckmantel der UNO — offen in den Kampf ein. Ihr Vormarsch konnte jedoch mit Hilfe chinesischer Freiwilligenverbände am 38. Breitengrad gestoppt werden.

Der amerikanische Völkerrechtler Prof. F. B. Schick urteilt über das Eingreifen der USA: „Eine strenge Einhaltung der Regeln des Völkerrechts unterstützt die militärische Aktion der Vereinigten Staaten... jedoch nicht.“

Der verbrecherische Krieg hatte ganz Korea in Schutt und Asche verwandelt, der Bevölkerung riesige Verluste beigebracht. Mit Hilfe der sozialistisch strukturierten Gesellschaftsordnung gelang der VDR Korea jedoch ein unwahrscheinlicher wirtschaftlicher und kultureller Aufschwung. Der Nachbar im Süden dagegen leidet noch heute unter dem Einfluß der USA — unter Armut, Unterernährung, Reichum bei Wenigen, Armut bei Vielen, Terror, Arbeitslosigkeit (vor allem auch bei Intellektuellen), Ausbeutung durch die herrschende Klasse und die amerikanischen Monopole, Verwicklung in den Krieg der USA in Vietnam. Bei diesen Gegensätzen liegt es eigentlich auf der Hand: Die USA und die herrschende Militär- und Wirtschaftsclique in Südkorea mußte auch nach dem Krieg von 1950 bis 53 alles tun, um durch Sabotage, Grenzüberfälle und Spionage wie im Falle „Pueblo“ die Entwicklung Nordkoreas zu stören.

Hilfe nur für Diktatoren

Der Mexikaner Carlos Fuentes stellte einmal — angesichts der Situation in Lateinamerika — die folgenden Fragen an die Amerikaner: „Warum gebt ihr euch so hysterisch, so eifersüchtig, so ungehalten, wenn eine Revolution die befreiten Energien des Volkes in Aktion bringt? Und warum zeigt ihr euch so gleichgültig, so gelassen, wenn die Völker ausgebeutet, tyrannisiert und erniedrigt werden durch eine feudale Oligarchie? Warum wurde keine Pressekampagne geführt gegen Somoza (Diktator in Nicaragua)? Warum gab es keine Invasion in Venezuela, als Pérez Jiminéz an der Macht war? Warum wurde Trujillo 30

Jahre lang unterstützt? Warum habt ihr euch nicht gegen Stroessner erklärt? Was meint ihr, sollen wir denken, wenn ihr heute wie eh und je Regime des Verbrechens und der Korruption unterstützt und zu Felde zieht gegen die Regime der Anständigkeit und der Arbeit: gegen Kuba?

Warum? Weil eine herrschende Klasse, die sich in allen kapitalistischen Ländern findet, mit Napalm und BILD, mit CIA und Franco, mit Krieg und Völkerrechtsverletzung, mit „Entwicklungshilfe“ und Investitionen, mit Rüstungswirtschaft und KZs, mit Notstandsgesetzen und Kommunistenverfolgung, mit Putsch und Korruption, mit Giftgas und Möchtegern-Hitlers sich gegen ihren historisch überfälligen Sturz in die Mottenkiste der Weltgeschichte wehrt. Diese herrschende Klasse besteht aus den Privateigentümern an den Produktionsmitteln, ihr gesellschaftliches System ist der Kapitalismus.

Imperialismus ist kein Schlagwort

Trotz der vielen Beispiele, die uns Charakter und Erscheinungsformen des Imperialismus deutlich machen, kommen wir nicht an einigen theoretischen Erörterungen vorbei. Wird uns doch immer wieder gesagt, Imperialismus sei kein wissenschaftlicher Begriff, sondern ein Schlagwort.

Mit dem Begriff „Imperialismus“ wird ein bestimmtes Stadium des Kapitalismus insgesamt bezeichnet. Dieses Stadium wurde etwa um die Jahrhundertwende erreicht durch eine schnelle Entwicklung der Produktivkräfte, deren Organisation und Ausnutzung nur durch riesige Monopole möglich war. Die massenhafte Produktion von Waren war möglich geworden.

Neue Märkte gesucht

Das Drauflosproduzieren der mächtigen Monopole unter den neuen Bedingungen führte zwangsläufig dazu, daß der nationale Markt gesättigt war: die eigenen Landsleute konnten das Angebot nicht mehr kaufen. Das ist erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß die Kapitalisten stets so niedrige Löhne zahlen wie irgend möglich und jeder Pfennig Lohn ihnen abgerungen werden muß, sie auf der anderen Seite soviel wie möglich produzieren

in der Hoffnung, möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Mit der Zeit sammeln sich riesige Lager unverkäuflicher Waren. Ergebnis: Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit. Ein Ausweg: Der Kapitalist sucht Märkte im Ausland, wo er seine Waren verkaufen kann. Wo diese Märkte finden? Doch dort, wo er auch Einfluß hat, wirtschaftlichen und politischen. Das waren früher die Kolonien, es sind heute die mit neokolonialistischen Mitteln unterdrückten Völker der Dritten Welt.

Billige Rohstoffe gesucht

Die Massenproduktion erfordert weiterhin Unmengen an billigen Rohstoffen (Gummi, Öl, Kupfer usw.). Die Quellen im eigenen Land reichen nicht aus. Wo die Rohstoffquellen finden unter Ausnutzung billiger Arbeitskraft? Und schließlich: wohin mit den so gewonnenen riesigen Profiten? Wo das überschüssige Kapital anlegen? Märkte — Rohstoffe — Kapitalexport: drei entscheidende Ursachen des Imperialismus.

Die große Verschleierung

Der Imperialismus unterscheidet sich in vielen Punkten, in seinen Methoden teilweise vom alten Kolonialismus wie ihn am eindeutigsten Spanien und Portugal noch heute in Afrika (Mozambique, Port. Guinea, Angola) üben. Das Terror und Krieg zu seinem festen Instrumentarium gehören, wir haben es gesehen. Auf die verschiedenen, verschleierte Formen seiner Politik kann hier nur in Stichworten eingegangen werden, jedes Stichwort provoziert einen neuen Aufsatz:

Entwicklungs„hilfe“: Die Monopolindustrie brachte für ihre Herren riesige Profite mit sich, mehr Profite, mehr Geld als die Kapitalisten verbrauchen oder im eigenen Lande lohnend anlegen, investieren konnten. Aus dem Wunsch, trotzdem profitabel Kapital anlegen zu können, ging als Ergebnis der Export von Kapital in andere Länder hervor in Form von staatlichen und privaten Krediten, Anleihen usw., auch in Form von direkten Investitionen. Dadurch kontrollieren die USA weitgehend den Handel (Ein- und Ausfuhr), verhindern z. B. den Handel mit sozialistischen Ländern, lassen weiter die einheimische Bourgeoisie so verschulden, daß diese den USA jegliche politische und militärische Inter-

Ehrenerklärung für den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Lyndon B. Johnson!



Werner
Georg
Backert

Lyndon B. Johnson ist ein ehrenwerter Mann. Wenn es nach ihm ginge und wenn Präsident Kennedy noch lebte, dann wäre er nie Präsident der USA geworden, sondern könnte in Ruhe und Frieden auf der Ranch in Texas seine Kühe schlachten lassen. So aber haben ihn der dumme Zufall mit dem Attentat, das Schicksal und die Stimme des Volkes an die Spitze der Nation gerufen, um die Freiheit des Landes und die Freiheit der ganzen Welt zu verteidigen. Wenn es nach ihm, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten ginge, gäbe es überhaupt kein Vietnam, und die vielen kräftigen boys, die jetzt das fremde Land von Vietcong säubern müssen, hätten zu Hause bleiben können, um die Neger-slums zu säubern.

Lyndon B. Johnson ist ein ehrenwerter Mann. Niemand wird ihm nachsagen können, daß er Nord- oder Südvietnam den Krieg erklärt hat. Bevor man einen Menschen beschuldigt, daß er einen grausamen Krieg führt, muß man fragen, ob er wirklich einen Krieg erklärt hat. Das aber hat der ehrenwerte Lyndon B. Johnson wirklich und wahrhaftig nicht getan. Und wenn er öffentlich erklärt, daß er die Bombenangriffe auf Nordvietnam nicht einstellen wird, falls die Nordvietnamesen nicht sofort an den Verhandlungstisch springen, dann sieht man allein daran, wie ernst es ihm mit einer friedlichen Beilegung des Konflikts ist und wie schwer er in Wahrheit unter der Bombardierung dieses armen Landes leidet. Auch hat er, Lyndon B. Johnson, nie den Befehl gegeben, zivile Ziele in Nordvietnam anzugreifen. Wenn die Nordvietnamesen ihre militärischen Ziele nicht eindeutig markieren, sind sie selbst schuld, wenn die Bomben auch auf Zivilisten fallen. In seiner, Lyndon B. Johnsons Absicht, lag es nie, Nordvietnam in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Das hätte er leichter haben können. Einer seiner Vorgänger ließ eine Bombe auf Hiroshima werfen, die ganze Arbeit leistete. Er, Lyndon B. Johnson, hat heute die Verfügungsgewalt über viele solcher Bomben, aber er setzt sie nicht ein. Eben erst haben seine Flugzeuge ein paar dieser Bomben über Grönland verloren. Wäre es nicht ein leichtes für sie gewesen, ihre Last über Vietnam zu verlieren? Nein, leichtfertig ist er nicht, dieser Lyndon B. Johnson, dazu ist es ihm zu ernst. Ihm liegt wirklich am Frieden in der Welt und an seiner Wiederwahl im Herbst zum Wohle des amerikanischen Volkes und seiner Neger.

Lyndon B. Johnson ist ein ehrenwerter Mann. Er weiß, daß nur der „american way of life“ die Menschheit glücklich machen kann. Nicht er befiehlt den Soldaten, an die Front zu ziehen, nein, sie selbst wollen es. Sie drängen sich in Scharen zu den Waffen, um Amerika vor der vietnamesischen Invasion zu retten.

Und wie glücklich sind die amerikanischen Mütter, daß er, Lyndon B. Johnson, ihren Söhnen wieder eine sinnvolle Arbeit verschafft hat.

Nur dumme Menschen sagen, der Krieg in Vietnam sei ein sinnloser Krieg. Ein Krieg ist niemals sinnlos. Die Schlacht um Stalingrad zum Beispiel, die sich gerade wieder jährt, zeigt noch heute, wie sinnvoll es ist, anderen Ländern die Überlegenheit der eigenen Rasse und Weltanschauung demonstrieren zu wollen. Auch er, Lyndon B. Johnson, hat aus der Geschichte gelernt. Manche Leute behaupten, die Schlacht in Vietnam sei Massenmord, und er, Lyndon B. Johnson, zeichne dafür verantwortlich. Was aber kann er dafür, wenn sich immer mehr Vietcong und südvietnamesische Zivilisten vor die Mündungen seiner Soldaten drängen? Was kann er dafür, daß sich die Vietnamesen gegen die friedliche Besetzung ihres Landes zur Wehr setzen? Wie sollen seine Truppen die verstockten Gegner aus ihren Erdlöchern herausholen, wenn nicht mit Napalm und mit chemischen Reinigungsmitteln? Nein, er, Lyndon B. Johnson, ist nicht verantwortlich für den Widerstand der Vietnamesen und ihre hartnäckige Behauptung, daß sie die Geschicke ihres Landes selber regeln könnten. Er kann auch nichts dafür, daß die südvietnamesische Bevölkerung bei den letzten Wahlen gegen Ky und seine Freunde entschieden hat und daß diese dann trotzdem die Regierung gebildet haben. Er, Lyndon B. Johnson, muß sich an die amtierende Regierung halten, er kann sie nicht einfach zum Teufel jagen lassen. Das wäre eine zu einfache Regelung des Problems. Er, Lyndon B. Johnson, ist ein Demokrat durch und durch.

Und wenn die ganze Welt protestiert, er, Lyndon B. Johnson, ist ein ehrenwerter Mann. Das Recht der Nürnberger Prozesse ist nicht das Recht von 1968, denn in Südvietnam geht es um die Freiheit und für die Freiheit zu sterben, ist auch für die Vietcong ehrenvoll.

Lyndon B. Johnson ist unschuldig am Tod der zahllosen tapferen Amerikaner, er ist unschuldig am Tod der zahllosen Vietcong, er ist unschuldig am Tod der zahllosen süd- und nordvietnamesischen Zivilisten, er ist unschuldig an der verbrannten Erde Vietnams, denn er hat nicht einen einzigen Schuß abgefeuert, und er würde so gern wieder in Ruhe auf seiner Ranch leben. Das aber wird ihm das amerikanische Volk frühestens im Herbst nach den Wahlen gestatten. Auch die amerikanischen Soldaten auf dem Schlachtfeld in Vietnam dürfen dann ihre Stimme abgeben.



Vietnam

ventions(Einmischungs-)rechte einräumt, kontrollieren den Aufbau neuer Industriezweige und sorgen dafür, daß nur Monokulturen (Einfucht-) aufgebaut werden und sie der einzige entscheidende Abnehmer sind. Dieser Kapital-export wird heute oft heuchlerisch Entwicklungshilfe genannt. Entwicklungshilfe – ja. Aber für wen? Für das nimmersatte imperialistische Kapital! Was die USA dabei noch verdienen, dafür nur ein Beispiel: Zwischen 1950 und 1955 sind 2 Milliarden Dollar nach Lateinamerika investiert worden, 3 1/2 Milliarden Gewinn sind gemacht worden, 1 1/2 Milliarden in die USA zurückgeholt worden. Nicht nur so „hilft“ der Imperialismus. Er gibt auch Militär„hilfe“: Seine Berater bilden die einheimischen Truppen aus und machen sie zu treuen Ergebenen. Gleichzeitig bringen sie – zur Sicherheit – immer mehr eigene Soldaten ins Land. Auch Vietnam hat einmal mit einer Handvoll amerikanischen Berater angefangen. Inzwischen sind nach amerikanischen Angaben 20 000 dort gefallen. Kulturelle, technische, kirchliche und wissenschaftliche „Hilfe“, ausgerichtet nach der kapitalistischen Ideologie.

Der treueste Verbündete der USA

Schreiben wir über den US-Imperialismus, so darf sein treuester Verbündeter, der westdeutsche nicht vergessen werden. Durch die Jahre des Hitlerfaschismus und der staatlich gelenkten Völkerausrottung etwas belastet, kann und darf er nicht ganz so wie er will. Das insbesondere in einem Zeitpunkt, in dem alle entscheidenden Staats- und Machtstellungen mit Paladinen des Dritten Reiches besetzt sind. Neben der enorm wichtigen moralischen Unterstützung sämtlicher amerikanischen Kriegs- und Kolonialabenteuer und der eindeutig faschistischen Staaten, die ihn zum Mitschuldigen dieser Verbrechen stempelt, bleibt er aber auch materielle Hilfe nicht schuldig, beteiligt auch er sich an der Ausbeutung der Dritten Welt. Wie schreibt ein westdeutscher Professor so schön offen auf die Entwicklungshilfe seiner Regierung bezogen: „Der entscheidende Motor der Entwicklungshilfe ist aber das Absatz- und Bezugsinteresse für die eigene Volks-

wirtschaft.“ Durch den Verkauf von Flugzeugen an die Portugiesischen Faschisten hilft die Bundesregierung bei der Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien mit. Nach einer Meldung der bürgerlichen Wochenschrift „Nouvel observateur“ vom 18. 7. 1966 sollen deutsche Jäger zusammen mit Bombern vom Typ B-26 Angriffe gegen Dörfer in Portugiesisch Guinea und Angola geflogen haben. Immer mehr westdeutsche Firmen sind an der Rohstoffausbeutung (Erz und Öl) in Afrika (vor allem Liberia) beteiligt. Aber auch hier ist VIETNAM wieder besonders beispielhaft.

Von 1960 bis 1964 exportierte die westdeutsche Industrie Waren für insgesamt 533 Mill. DM nach Südvietnam. Hinzu kommen noch Kredite, Kapitalhilfen, Ausbildung und das Lazarettsschiff „Helgoland“ für das Ky-Regime. Schon am 24. 7. 63 hieß es im SPIEGEL: „Die BRD gewährt der Regierung Südvietnams Militärhilfe . . . Ngo Diem bekam von Westdeutschland 15 Mill. DM, mit denen der Bau „strategischer Dörfer“ finanziert werden soll.“ Bei den strategischen Dörfern handelt es sich bekanntlich um Konzentrationslager-ähnliche Internierungslager, in denen zeitweilig mehr als 7 Mill. Südvietnamesen zusammengefercht werden. Vielleicht könnte man als Entwicklungshilfe Fachleute zur Verfügung stellen und damit den Streit um den Bundespräsidenten beenden. Alle Maßnahmen der BRD sind einseitige Parteimaßnahmen zugunsten der amerikanischen Kriegsführung und ihrer Marionette in Saigon. Wen wundert es, daß der zum Verkehrsminister hinaufgekrochene Georg Leber die Gegner des amerikanischen Krieges bei seinem Besuch in Washington als Berlin-, Deutschland- und Europafeinde betrachtet, oder Minister Strauß es schon 1964 für militärisch nützlich hielt, „Offiziere aus der Bundeswehr zur Ausbildung im Partisanenkrieg nach Südvietnam zu schicken.“ (Industriekurier 17. 11. 64.)

Die USA haben sich nach dem zweiten Weltkrieg zur stärksten und vorherrschenden imperialistischen Macht herausgebildet. Daher erklärt sich ihre Rolle als Vorreiter im Unterdrückungskampf gegen alle Befreiungs-

bestrebungen der heute noch unterdrückten Völker. Wo immer auch ein Volk seine nationale und politische Unabhängigkeit erkämpft, nimmt es damit den USA und dem internationalen Imperialismus ein Stück seines Einflußbereichs weg, nimmt es ihm ein Stück Leben. Deshalb sind heute die Vereinigten Staaten von Amerika zum Weltgendarm Nummer 1 geworden.

Literaturhinweise:

- Heinrich Loth: INTERVENTIONEN (Kuba, Vietnam, Korea, Kongo, Laos, Algerien, Dominikanische Republik usw.), Dietz-Verlag, Berlin (Ost)
- „Der Zerfall des Kolonialsystems und der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung“, Kleines Nachschlagewerk, Dietz-Verlag, Berlin (Ost)
- Paul A. Baran: „Unterdrückung und Fortschritt“, edition suhrkamp
- Kurt Steinhaus: „Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes“, Verlag Neue Kritik.
- Kurt Steinhaus: „Vietnam – Zum Problem der kolonialen Revolution und Konterrevolution“, Verlag Neue Kritik
- Carlos Fuentes: „Rede an die Bürger der USA“, in KURSBUCH Nr. 2, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt.
- Bo Gustavsson: „Versuch über den Kolonialismus“, in KURSBUCH Nr. 6, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt.
- Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Werke Band 22
- Thomas B. Ross / David Wise: „Die unsichtbare Regierung“, Scheffler-Verlag
- „Deutsche Außenpolitik“, Sonderheft II 61, Verlag Ruetten-Loening, Berlin (Ost)
- „Süd- und Mittelamerika II“, Fischers Weltgeschichte, Fischer-Verlag
- Bahman Nirumand: „Persien – Modell eines Entwicklungslandes“, ro-ro-ro 945



Hits

LADY MADONNA/THE BEATLES (*)**
— Odeon —
Ist's möglich? — fragte ich mich beim ersten Anhören: Da sind sie wieder, das hämmernde Piano, die kräftige Baßgitarre, der harte Rhythmus, die alten Töne aus der glorreichen Zeit Chuck Berrys („Rock and Roll Music“). Die Platte kennzeichnet sicherlich keinen bedeutenden musikalischen Fortschritt der vier Wunderknaben, ist aber dennoch ungemein reizvoll.

DELILAH/TOM JONES (*)**
— Decca —
Der „Tiger aus Wales“ jauchzt und schluchzt, schreit und schmettert wieder mit einem Temperament und einem Stimmvolumen, das nicht einmal ein Engelbert Humperdinck besitzt. Der Song selbst wurde von Les Reed und Barry Mason geschrieben (aus deren Werkstatt auch „I'm Coming Home“ stammt) und erzählt von einem neuzzeitlichen Othello, der seine Geliebte erdolcht und nach seiner Inhaftierung von heftigen Schuldgefühlen befallen wird.

THE LEGEND OF XANADU/DAVE DEE & CO. ()**
— Fontana —
Das ist zweifellos die phantasievollste (und aufwendigste) Platte, die man bislang von Dave Dee & Co. zu hören bekam: Eingeleitet mit Trompetenschmelzen, begleitet mit Trompetengeschmetter und Mandolinengeklimper rauscht die wilde Mär von Xanadu, dem „Schwarzen Baron“, vorüber.

CINDERELLA ROCKEFELLA/ESTHER & ABI OFARIM ()**
— Philips —
„Ein nettes Liedchen, aber nichts für die Top Twenty“ — so tönten Großbritanniens Popblätter bei Erscheinen der Platte. Nicht viel später war sie in zwei Riesensätzen auf den ersten Platz der englischen Hitlisten gesprungen. Melodie und Instrumentierung sind recht schlicht; der Text: Esther und Abi geben einander ulkige Liebeserklärungen.

ROSIE/DON PARTRIDGE ()**
— Columbia —
Selbst ist der Mann! dachte sich Don Partridge, verzichtete auf eine Begleitband und spielte eigenhändig alle erforderlichen Instrumente. Dazu besingt das musikalische Faktotum mit matter Aristokratentimme eine weibliche Schönheit, deren Bild er „an den Himmel malen“ will. Eine recht nette Aufnahme, die stark zum Folksong tendiert.

Mein Bewertungssystem für Schallplatten:
**** = Sensation auf dem Popmarkt
*** = sehr gut gelungen
** = anhörenswert
• = Durchschnitt

Informationen

FAST 600 SEITEN umfaßt die Beatles-Biographie eines gewissen Huter Davis, der allein für die Zusammenstellung des Materials 14 Monate benötigte. Erscheinen soll das gewichtige Buch im September dieses Jahres.

THE PINK FLOYD, bekannt durch ihre Singles „See Emily Play“, „Apples and Oranges“ und die LP „Piper At The Gates Of Dawn“, haben ihre Beteiligung an den „Internationalen Essener Song-Tagen“ vom 25. — 29. September 1968 zugesagt.

UNSTIMMIGKEITEN innerhalb der Gruppe ließen den für 1967 geplanten Europatrip der LOVIN' SPOONFUL scheitern. Er soll aber in diesem Jahr bestimmt stattfinden, wie John Sebastian, Chefkomponist der bekannten Gruppe, kürzlich versicherte. Neuester Hit der LOVIN' SPOONFUL: „Money“ — Best. Nr. Kama Sutra 618 022.

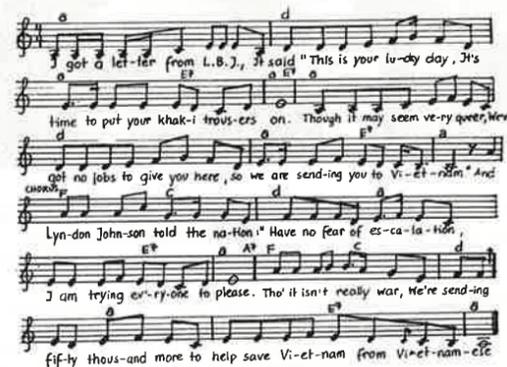
HITVERDÄCHTIGE NEUERSCHEINUNGEN auf dem englischen Schlagermarkt: „Me — The Peaceful Heart“/Lulu; „The Dock Of The Bay“/Otis Redding; „Dear Delilah“/Grapefruit; „Little Girl“/The Troggs; „Love Is Blue“/Paul Mauriat & His Orchestra; „Guitar Man“/Elvis Presley; „Up The Junction“/Manfred Mann; „The Bonnie And Clyde“/The New Vaudeville Band; „Pictures Of Today“/Paul & Barry Rayn;

„No Face, No Name And No Number“/Traffic; „Lovely Cities“/Cat Stevens; „Nevertheless“/Frankie Vaughn; „He's Our Dear Old Weatherman“/Mark Wirtz; „No Ode Can Break A Heart Like You“/The Dave Clark Five; „Do You Remember?“/The Scaffold; „Hey Hey Bunny“/John Fred & His Playboy Band; „If I Were A Carpenter“/The Four Tops; „Up From Th Skies“/The Jimi Hendrix Experience; „Jennifer Eccles“/The Hollies.

EINE ROCK 'N' ROLL-SYMPHONY hat Monkee Mike Nesmith komponiert und bereits — unter Mitarbeit von über fünfzig namhaften Jazz-Musikern — produziert. Titel des denkwürdigen Opus: „The Wichita Train Whistle“.

Carsten Linde SONG MAGAZIN

Das Porträt: Tom Paxton



Lyndon Johnson told the nation

I got a letter from L. B. J.,
It said, „This is your lucky day,
And cussed until the captain called me down,
Thought it may seem very queer,
We've got no jobs to give you here,
So we are sending you to Vietnam.“

Chorus:
And Lyndon Johnson told the nation,
„Have no of escalation,
I am trying everyone to please.
Tho' it isn't really war,
We're sending fifty thousand more
To help save Vietnam from Vietnamese.“

I jumped off the old troop ship,
I sank in mud up to my hips,
And cussed until the captain called me down,
„Never mind how hard it's raining,
Think of all the ground we're gaining,
Just don't take one step outside of town.“

We go 'round in helicopters
Like a bunch of big grasshoppers
searching for the Vietcong in vain,
They left a note that they had gone,
They had to get back to Saigon,
Their government positions to maintain.

Well, here I sit in this rice paddy,
Wondering about Big Daddy,
And I know that Lyndon loves me so
Yet how sadly I remember
Way back yonder in November
When he said I'd never had to go.



geboren am 31. 10. 1937 in Chicago, zählt neben Bob Dylan und Phil Ochs zu den „Großen Drei“ des amerikanischen Protest- und Topical-Songs.
Paxton wollte zuerst Schauspieler werden und studierte deshalb nach erfolgreichem Schulabschluß Theaterwissenschaft und legte darin ein Examen ab. Während seiner Studienzeit interessierte er sich immer stärker für die traditionelle amerikanische Folklore. Als er Ende 1960 seinen Militärdienst beendet hatte, versuchte Tom Paxton als Folksinger in New York aufzutreten. Im „Gaslight Cafe“, dem Zentrum der jungen Liedermacher, erinnert man sich an ihn: „Er konnte weder Gitarre spielen noch singen, aber er gehörte doch dazu.“ Und Tom Paxton selbst sagt: „Es waren zwei Jahre, in denen ich beinahe verhungert wäre.“
Durch intensives Üben, Zuhören und Kritisieren fand Tom Paxton allmählich einen eigenen Ton, er engagierte sich politisch und nahm an mehreren Sit-ins teil. Er schrieb nun eigene Lieder, die sich schnell verbreiteten. Als Pete Seeger schließlich 20 von seinen Songs in sein Repertoire aufnahm, begann für Tom Paxton der Ruhm, der durch seine eigenen Schallplatten noch gefestigt wurde. Paxton schreibt wie sein großes Vorbild Woody Guthrie, Kommentare in Liedform zu allen Vorfällen aus dem täglichen Leben. Er übt bissige Kritik am amerikanischen Militarismus (The Willing Conscript) und der Aggression in Vietnam (Lyndon Johnson told the nation have no fear of escalation), singt für Kinder (Going to the Zoo) und hat ergreifende Liebeslieder (My lady's a wild flying dove) gedichtet. Seine Songs berichten vom Leben der Unterdrückten in Johnsons „Großer Gesellschaft“. Tom Paxton singt für streikende Bergarbeiter (Hazard/Kentucky), Atomwaffengegner (1964 beim Ostermarsch in England) oder demonstrierende Neger. Seine Melodien, die er im Stile der ländlichen amerikanischen Country-Musik komponiert, sind geeignet, schnell aufgefaßt und ebenso schnell zu Hits (Bottle of Wine) zu werden.
1968 nimmt er am deutschen Ostermarsch teil.

Schallplatten bei
ELEKTROLA RECORDS:

1. „Ramblin' Boy — EKS 7277“ —
2. „Ain't that News! — EKS 7298“ —
3. „Outward Bound — EKS 7317“.

Buch mit 40 Songs: „Ramblin' Boy and other songs by Tom Paxton“, Oak-Publications, New York, 1965.

DAS SONGBUCH von Rolf Ulrich Kaiser, lange angekündigt, ist nun im Damokles-Verlag erschienen. Es enthält zwei Situationsbeschreibungen über die Song-Szenen in den USA und in Deutschland (die beide ausführlicher und kritischer sein könnten), fünf Interviews (Seeger, Baez, Ochs, Deegenhardt, Süverkrüp), ein „Song-Lexikon“, das in wenigen Sätzen und Buch- und Plattenkritiken die großen Stars vorstellt (die Auswahl hierfür ist einseitig und unreflektiert), sowie dreizehn exemplarische Song-Texte ohne Noten. In keinem seiner verschiedenen Abschnitte ist dieses Buch vollständig, der journalistische Stil verzerrt manche Darstellungen. Der Wert von Kaisers Songbuch liegt für den deutschen Folk-Song-Fan darin, daß er sich schnell und zusammenhängend über die bekanntesten Liedermacher in den USA und Europa informieren kann und nicht länger auf einzelne Nachrichten-Fragmente angewiesen bleibt.

IAN & SYLVIA sind hierzulande wenig bekannt. Sie singen mit viel Swing traditionelle Volkslieder aus den USA und Canada, sowie eigene Songs. Ihr Instrumentalspiel (Gitarren und Autoharp) und ihr stimmlicher Ausdruck sind perfekt. Zwei ihrer LPs zeigen, daß sie besser (weil unsentimentaler) sind als Peter, Paul & Mary, mit denen sie oft verglichen werden. Es sind: EARLY MORNING RAIN Amadeo VRS 9181 (19,—) und PLAY ONE MORE Amadeo AVRS 9126 (19,—).

FRITZ GRASSHOFF erfreut sich unter jungen Bänkelsängern großer Beliebtheit. Nach dem großen Erfolg seiner „Halunkenpostille“ (Buch bei dtv. LP bei Electrola SME 83352) liegt nun eine neue Schallplatte seiner schrägen Songs vor: „Damen dürfen erröten (Electrola SME 83949, 19,—)“. Von herzerfrischender Offenheit ist das „Neue Soldatenlied“ (Interpret Hannes Messmer), das die Dinge unverblümt beim Namen nennt.

GEORGES BRASSENS — Frankreichs großer Chansonnier, dessen Lied-Gedichte von der Acade-

mie Francaise 1967 preisgekrönt wurden — ist vielen seiner deutschen Freunde unverstänlich, weil die wenigsten alle seine Wortspiele und Zweideutigkeiten verstehen können. Für Georges Brassens ist aber der Text seiner Chansons wichtiger als die dazugehörige Musik. Im Damokles-Verlag, Ahrensburg, erschienen zwei Bände mit seinen Texten in der Originalsprache und mit deutschen Übertragungen. „Georges Brassens Text 1“ enthält 22 Nachrichten von Gerd Semmer, „Georges Brassens Text 2“ umfaßt 20 Übertragungen von Martin Remané. Beide Bände (120 und 136 Seiten) sind mit Zeichnungen von Graf-Edzard Habben illustriert und rechtfertigen durch ihre sachkundige Herausgabe den Preis von 15,80 DM bzw. 14,80 DM.

WALDECK-FESTIVAL vom 12. — 17. Juni 1968: Phil Ochs hat bereits seine Teilnahme zugesagt. Aus den USA wurden ferner eingeladen: Pete Seeger, Arlo Guthrie, Bob Dylan, Judy Collins, Buffy St.-Marie u. a.

PETE SEEGER'S GREATEST HITS heißt eine neuere LP, die bei CBS (S 63 008 19,— DM) veröffentlicht wurde. Sie enthält zwölf der größten Erfolge Pete Seegers, welche die Platte sicherlich zu einem Verkaufshit werden lassen. U. a. singt Seeger darauf Talking Union, Which Side Are You On, Where Have All The Flowers Gone, Turn! Turn!, Guantanamo, Little Boxes, The Bells Of Rhymney, We Shall Overcome. Besonders gefällt ein Gitarrensolo: Living in the Country.

Nun gibt es auch in Karlsruhe einen **FOLK-CLUB**. Gegründet und ausgebaut wurde er von mehreren Nachwuchssängern, die hier zunächst zweimal wöchentlich zu Workshops und Veranstaltungen zusammen kommen wollen. Geplant sind Konzerte mit führenden Waldeck-Sängern. Adresse: Folk-Club Karlsruhe, Lessingstraße 70. Auskünfte über Programme und andere Einzelheiten erteilt: Helga Linde, 752 Bruchsal, Augartenstr. 13.

BRD

1. Judy in Disguise
2. Words
3. Tin Soldier
4. Mighty Quinn
5. John Brown's Body
6. Bend me, shape me
7. Everlasting Love
8. Hello, Goodbye
9. My Maria
10. Magical Mystery Tour

John Fred + his Playboy Band (Vogue)
Bee Gees (Polydor)
Small Faces (Columbia)
Manfred Mann (Fontana)
Lords (Columbia)
Amen Corner (Deram)
Love Affair (CBS)
Beatles (Odeon)
Roland W. (Cornet)
Beatles (Odeon)

ENGLAND

1. Cinderella Rockefeller
2. Legend of Xanadu
3. Fire Brigade
4. Rosie
5. Jennifer Juniper
6. Green Tambourine
7. Delilah
8. Mighty Quinn
9. She wears my ring
10. Me, the Peaceful Heart

Esther and Abi Ofarim (Philips)
Dave Dee + Co. (Fontana)
Move (Polydor)
Don Partridge (Columbia)
Donovan (Pye)
Lemon Pipers (Pye)
Tom Jones (Decca)
Manfred Mann (Fontana)
Solomon King (Columbia)
Lulu (Columbia)

FRANKREICH

1. Dans une Heure
2. Comme d'Habitude
3. Days of pearly spencer
4. La dernière Valse
5. The Ballad of Bonnie and Clyde
6. Hello, Goodbye
7. Les Roses blanches
8. Histoire de Clou
9. Comme un Garçon
10. Pata Pata

Sheila (Philips)
Claude Francois (Philips)
David McWilliams (Ariola)
Mireille Mathieu (Barclay)
Georgie Fame (CBS)
Beatles (Odeon)
Sunlight (AZ)
Adamo (Pathé)
Sylvie Vartan (RCA)
Miriam Makeba (Reprise)

USA

1. Love is blue
2. The Valley of the Dolls
3. The Dock of the Bay
4. Simon says
5. I wish it would rain
6. Just dropped in
7. I wonder what she's doing tonight
8. La-La means I love you
9. Everything that touches you
10. Spooky

Paul Mariat (Philips)
Dionne Warwick (Vogue)
Otis Redding (Atlantic)
1910 Fruitgum Co. (Buddha)
Temptations (Gordy)
First Edition
Tommy Boyce + Bobby Hart (A+M)
Delfonics
Associations
Classics IV (Liberty)

Es lohnt sich!
 Preise stark herabgesetzt
 für Schreibmaschinen aus
 Vorführung und Retouren,
 trotzdem Garantie u. Umtausch-
 recht. Kleinste Raten. Fordern
 Sie Gratiskatalog N 286
NÖTHEL Deutschlands großes
 Büromaschinenhaus
 34 GÖTTINGEN, Postfach 601

WIR LIEFERN AUS:
PAWEL NAUMOW
Bonn
MACHT & OHNMACHT

Zum erstenmal gibt ein Russe eine zusammenhängende Darstellung der Entwicklung der Bundesrepublik aus sowjetischer Sicht.

PAWEL NAUMOW
 BONN — MACHT UND OHNMACHT

Naumow kennt die Bundesrepublik von seiner langjährigen Tätigkeit als Bonner Korrespondent der Moskauer Parteizeitung „Prawda“ her, sowie von zahlreichen Informationsbesuchen. Wer die Möglichkeiten einer echten Verständigung mit der Sowjetunion abschätzen will, sollte wissen, wie ein kommunistischer Publizist sowjetischen Lesern die Bundesrepublik schildert. 376 Seiten. **DM 14,80**

RÖDERBERG-VERLAG GMBH.
 6 Frankfurt/M., Schumannstr. 56, Postfach 2409
Bestellschein

Ich/Wir bestelle(n) Exemplare
PAWEL NAUMOW BONN — MACHT UND OHNMACHT
 376 Seiten — DM 14,80
 Name:
 Vorname:
 Ort (Postleitzahl):
 Straße und Haus-Nr.:
Als Drucksache (DM 0,20) bitte einsenden an:
RÖDERBERG-VERLAG GMBH., 6 FRANKFURT a. M.,
POSTFACH 24 09
 (Bitte deutlich — Maschinenschrift oder Druckbuchstaben — schreiben)



Detlef Langer



film
magazin

Ein
Liebesfall

Ein jugoslawischer Film von Dusan Makavejev. Der erste junge jugoslawische Film, der in einen deutschen Verleih kam. Ein so moderner, frischer Film, daß man all denen recht geben will, die sagen, der jugoslawische Film löse im Osten den tschechischen Film ab. Zumindest ist „Ein Liebesfall“ ein Zeichen für einen beachtlichen Wandel des Filmstils in diesem Lande. Nach einer Phase der Partisanen-Filme setzte eine Welle rein „psychologisierender“ Filme ein, und nun kommt wieder Politik in den jugoslawischen Film. Allerdings laufen in „Ein Liebesfall“ die private und die politisch-gesellschaftliche Ebene unbeeinflusst nebeneinander her. Die Politik reicht nicht in die Privatsphäre, sie erscheint nur vermittelt durch Fernsehfilme, Transparente, Parolen und Lieder.

Die Story des Films ist leicht heruntergezählt. Die junge Telefonistin Isabella trifft einen Sanitätsinspektor (Achmed): er ist schüchtern, solide, Parteimitglied und geht ganz in seinem Kampf gegen die Rattenplage auf. Isabella verführt ihn, sie ziehen zusammen in eine neue Wohnung. Augenblicke häuslicher Idylle. Sie lieben sich. Als Achmed für längere Zeit auf einer Dienstreise ist, hält Isabella es nicht so lange aus und betrügt ihn mit einem verführerischen Telegrammboten. Die Sache ist nicht folgenlos, Isabella erwartet ein Kind. Die Idylle ist aus, sie wirft Achmed vor, durch ein Kind werde sie von ihm abhängig. Darauf verläßt Achmed sie, er fängt an, sich herumzutreiben und zu trinken. Isabella spürt ihn auf und will ihn zurückholen. Doch Achmed möchte nicht zurück, bei einem Handgemenge stößt er sie, mehr aus Versehen, in einen alten Brunnen. Die Leiche wird entdeckt. Achmed wird von der Polizei aus seinem Versteck geholt und verhaftet.

So banal, wie hier erzählt, erscheint die Story im Film allerdings nicht. Makavejev reißt die Geschichte auseinander. Schon sehr früh bringt er die Mordszene, zwischen die Handlung schaltet er Interviews mit einem Sexualwissenschaftler und einem Kriminalexperten oder einen anonymen Porno-Streifen oder ein Gedicht über Ratten. Damit löst er den chronologischen Zusammenhang auf und läßt dem Zuschauer Raum für eigene Gedanken. Denn er ist nicht mehr „gefangen“ oder „gefesselt“ von einer durchgehenden Handlung. Diese Haltung des Regisseurs zeugt von Achtung gegenüber dem Publikum, denn er will ihm keine „Illusion“ anbieten. Und sie zeugt von einem kritischen Bewußtsein gegenüber der Realität, denn der Regisseur will nicht den Anschein erwecken, er durchschaue alles, er habe die Realität „im Griff“.



Makavejev sagte zu seinem Film in einem Interview (Filmkritik 2/68), er fasse ihn als Beitrag zu der gesamt-nationalen Diskussion über die neue Gestalt der jugoslawischen Gesellschaft auf. Als Reflexion über die „dialektische“ Spannung zwischen dem privaten Bereich und dem politisch-gesellschaftlichen.
 Diese Aussagen machen vor allem deutlich, wie vorsichtig man bei Urteilen und Interpretationen über ausländische Filme sein sollte, wenn man nicht den politisch-geschichtlichen Hintergrund des Landes kennt, nicht die Wirkung einzelner Szenen auf den jugoslawischen Betrachter. Und „Ein Liebesfall“ ist ein so „jugoslawischer“ Film, wie „Abschied von gestern“ (A. Kluge) ein „deutscher“ Film war.
 Das heißt nicht: er ist für uns uninteressant. „Ein Liebesfall“ ist ein sehr moderner Film mit hinreißend „starken“ Bildern. Ein Film, der die Sexualität als die „natürlichste Sache der Welt“ in die Geschichte integriert und

dafür plädiert, sie vom „Geruch des Obzönen“ zu befreien.
 „Ein Liebesfall“ zeigt den Versuch eines privaten Glücks, eines „kleinbürgerlichen Idylls“. Es basiert auf gegenseitiger Zuneigung, das ist seine Stärke und zugleich seine Schwäche, ist es doch wankenden Gefühlen und unberechenbaren Trieben ausgesetzt. Das Verhältnis beruht auf „Gleichwertigkeit“, nicht nur indem sich Isabella und Achmed gegenseitig vertrauen, sondern auch durch gegenseitige Geschenke. (Achmed schenkt einen Plattenspieler, Isabella „schenkt“ einen Kuchen, dann ein schönes Lied, darauf schenkt Achmed eine Wasserbräuse).
 Isabella stört das zarte Gleichgewicht der Beziehung, indem sie Achmed betrügt. Eine „Art Sündenfall“ in ihrem kleinen Paradies. Die Folge: aus dem Gleichgewicht wird ein Abhängigkeitsverhältnis. (Ich habe auf jeden Fall nicht unterschrieben, daß ich deine Sklavin bin!) Ihr „Paradies“ ist verloren.

Zur Sache Schätzchen

Zur Sache Schätzchen wurde in Schwabing von der fünfundzwanzigjährigen May Spils gedreht. Die richtige Gegend für Typen. Wie Martin (Werner Enke), der ungern aus dem Bett kommt, wenig arbeitet und seine Zimmerwand mit Kreuzchen bemalt, für jeden Tag eines, bis er vollkommen „abgeschlafft“ und alt ist. Der „normale“ Bürger würde ihn einen Gammler nennen.

Und das macht den Reiz des Filmes aus: nicht der Gammler erscheint seltsam, etwas verrückt, sondern der „normale“ Bürger, der so reagiert, wie wir es erwarten, wie wir es gewohnt sind. Etwa der Polizist: er handelt richtig nach seinen Vorschriften, wenn er auf Martin schießt, der eine Pistole in der Hand hält. Und doch zeigt sich der Polizist hilflos, unterlegen. Denn Martin „spielt“ mit ihm. Sein Verhalten läßt etwas von jener heiteren Freiheit ahnen, die der „normale“ Bürger in seiner Angepaßtheit verloren hat. Ein „leichter“ Film.



Tanz der Vampire



Tanz der Vampire ist Roman Polanskis neuester und perfektester und elegantester Film. Ein Film für Leute, die den Horrorfilm lieben und kennen, die burleske Komik schätzen und Geschmack an morbider Schönheit haben. Ein Film für jene, die im Kinossessel stöhnen, wenn eine Einstellung oder eine Szene schön und gekonnt ist. Wer Horror-Filme kennt, wird den spielerischen Umgang Polanskis mit den eingefahrenen Regeln der Filmgattung merken. Polanski überspitzt, parodiert, fügt neue Varianten ein (etwa ein homosexueller Vampir), zeigt deutlich, was die normale Horrorproduktion nur durchscheinen läßt: der Vampirkuß macht den Mädchen Spaß. Dabei gleitet dieser Film nicht in billige Parodie oder Hochmut über diese Filmgattung ab, das wäre zu einfach. „Tanz der Vampire“ ist nicht allein der Spaß eines Horrorfilmliebhabers, sondern auch ein perfektes Beispiel eines „märchenhaften“ Filmes, in dem eine „eigene, imaginäre“ Welt präsentiert wird und nur Einleitung und Schluß des Films darauf hindeuten, daß es noch eine andere Welt gibt. Ein Kino-Traum.

Ich bin neugierig (gelb)

Ich bin neugierig (gelb) ist der erste Film zur „Lage Schwedens“, den Vilgot Sjöman („491“) drehte. Ein zweiter Film wird den Zusatz „blau“ tragen, „gelb“ und „blau“ ergeben die Landesfarben Schwedens. Dieser kleine Gag entspricht dem filmischen Konzept: Sjöman koppelt politische Aktivitäten eines Mädchens (Interviews mit bekannten politischen Persönlichkeiten) mit Bettszenen. Der Zusammenhang wird jedoch nicht einsichtig, er wirkt konstruiert. Und so lautet das Urteil diesem Denkschema entsprechend: „sehr zwiespältig“.

Film-Notizen

Filmplakate sind up-to-date. Als preiswerte und moderne „vervielfältigte Kunst“. Die deutschen Filmplakate (etwa von den Verleihen Atlas und Neue Filmkunst) haben inzwischen das Niveau tschechischer und polnischer Plakate erreicht. Zu beziehen sind sie über: Verlag Filmkritik GmbH, 6 Frankfurt, Rückertstr. 39. Man kann kostenlose und bebilderte Verzeichnisse anfordern.

Sozialistische Jung-Filmer haben während der Hamburger Filmschau eine „Cooperative der unabhängigen Filmer“ gegründet. Sie wollen auf Genossenschaftsbasis zusammenarbeiten, sich gegenseitig finanziell unterstützen und die Filme gemeinsam auswerten. Unabhängig vom bestehenden Produktions- und Verleihsystem. Also: in den Jugendclubs, in den Universitäten, Schulen, in den Wohnzimmern. Wer Interesse an dem Programm hat und diese progressiven Filme vorführen will (es sind 16 mm und 8 mm-Filme), schreibe an: Filmcooperative, Hamburg 36, Brüderstraße 17.

Kinema ist eine neue Filmzeitschrift. Nur ein paar Seiten, aber mit einer guten Idee. Sie meint: „Viele filmen. Viele Filmer. Aber alle nur für sich. Aus dieser Abkapselung muß man herauskommen. Kinema will das versuchen. Informieren Sie bitte Kinema über Ihre Arbeiten. Schicken Sie Fotos. Ziel ist ein zentrales Datenarchiv des jungen Films, der Filme außerhalb der Kino-Industrie.“ Kinema bezieht man über: Martin Höllen, 1 Berlin 42, Schulenburgring 127 für DM 0,50. (Zwei Nummern sind erschienen, ein neues Heft erscheint März/April)

We like Beech-Nut,



denn Beech-Nut ist ganz große Klasse. Schmeckt genauso wie in U.S.A. Kein Wunder - er wird nach Original-U.S.A.-Rezept hergestellt.



BEECH-NUT KAUGUMMI



Lieder der Sowjetunion

Sowjetischer Armeechor in Paris
(Leitung: Boris Alexandrow):
Vol. 1, LDX-S 4260, 30 cm, DM 18,—
Vol. 2, LDX-S 4274, 30 cm, DM 18,—
Vol. 3, LDX-S 4290, 30 cm, DM 18,—

Chöre der sowjetischen Flotte
(Leitung: Bogolepow):
LDX-S 4231, 30 cm, DM 18,—

EP 3.055, 17 cm, DM 8,—

Chöre der Wolga:
LD-S 4.164, 25 cm, DM 15,—

Lieder und Tänze aus Armenien:
LD-S 4.195, 25 cm, DM 15,—

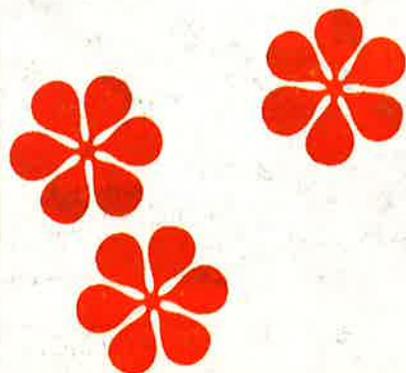
Lieder aus dem sowjetischen Orient:
LD-S 4.224, 25 cm, DM 15,—

Lieder und Tänze der Ukraine:
LD-S 4.225, 25 cm, DM 15,—

Kinderlieder aus der Sowjetunion:
LDY 4.100, 17 cm, DM 8,—

Diese Platten sind nur noch in geringer Auflage vorhanden.

Bestellungen



Folksongs

Judy Collins (mit Jim McGuinn)
LDX-S 4.324, 30 cm, DM 18,—

Peggy Seeger: Felsen von Kentucky
LDY 4.154, 17 cm DM 8,—

WESTERN STORY — Frontier Ballads by Pete Seeger
FWX-M 55.003, 30 cm, DM 18,—

FOLKSONG SELECTION — Traditional and Western, Rhythm and Blues

(Pete Seeger, Cisco Houston, Leadbelly, Big Bill Broonzy, Champion Jack Dupree u. a. m.)
FWX-SP 1.601, 30 cm, DM 18,—

Amerikanische Folklore mit Pete Seeger, Cisco Houston, Sonny Terry, City Ramblers u. a. m.
K 54, 30 cm, DM 18,—

Lieder und Tänze Bulgariens
LDY 4030, 17 cm, DM 9,—

Lieder und Tänze Rumäniens
LDY 4028, 17 cm, DM 9,—

Lieder und Tänze Ungarns
LDY 4038, 17 cm, DM 9,—

Lieder aus Vietnam
LDY 4046, 17 cm, DM 9,—

Lieder und Tänze Lateinamerikas (u. a. Argentinien, Bolivien, Brasilien, Mexico)
LD/S 4208, 30 cm, DM 19,—

Lieder von Mikis Theodorakis
LDX/S 4327, 30 cm, DM 19,—

Weltkreis verlags- GmbH.

Schallplatten vertrieb



Revolutionslieder

Lieder des spanischen Bürgerkrieges
LDX-S 4279, 30 cm, DM 19,—

Kubanische Revolutionslieder
LDX-S 4288, 30 cm, DM 19,—

Mexikanische Revolutionslieder
LDX-S 4309, 30 cm, DM 19,—

Lieder der FNL Südvietnam
LDX-S 4316, 30 cm, DM 19,—

Revolutionslieder (u. a. Marseillaise, Internationale)
EP-45 3001, 17 cm, DM 9,—

Lieder der Freiheit — Die Geschichte Frankreichs im Chanson (1789—1848—1871)
LDX - S 4336, 30 cm, DM 19,—

Weiterhin zu beziehen: Folklore aus fast allen Ländern der Erde.

6000 Frankfurt/ Main Robert- Mayer-Str. 50